

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2-3| Grundrechte-Bericht 2025 • Frankreich: Änderungen am Rentengesetz • Stimmen aus der Linkspartei: Wahl der Richterinnen und Richter ist kein parteipolitisches Wunschkonzert • Selbstauflösung der PKK, kurdische Initiative zu ei-



nem neuen Friedensprozess in der Türkei. Dok: Abdullah Öcalan, Juli 2025: „Übergang zu einer Phase demokratischer Politik“

4| Spanien: Korruptionsskandal erschüttert PSOE und Linksregierung • EU-Kommission warnt vor Korruptionsgefahren in Spanien • Amnestie für den katalanischen Prozess verfassungsgemäß

6| Russland/Ukraine: Neues EU-Sanktionspaket, US-Luftabwehrsysteme europäisch finanziert • RF-Aggression: Anzeichen strategischer Schwächen, terroristische Kriegführung

7| 80. UNO-Jahrestag: Grundlegende Prinzipien gegen Großmachtpolitik verteidigen!

8| Israel / Palästina / Nachrichten und Quellenhinweise

9| Guam: Indigene Bevölkerung contra US-Truppen



10-11| EU-POLITIK. „Linke Antworten auf reale Bedrohungen“. Interview mit Martin Schirdewan • Dänischer Vorsitz im Rat der EU: 1. Juni bis 31. Dezember 2025 • EU: Stichwort AstV

12-13| Aktionen/Initiativen: „Bau-Turbo“ unter Fachkritik

14-15| ... wir berichteten: Kirche kritisch gegen Krieg und Kriegsgeschrei • Altschuldenregelung für NRW beschlossen

15-17| Olympiabewerbungen: Wie positioniert sich Die Linke? Hamburg • NRW • Berlin • München

**Milliarden für
Olympia statt
für Berlin?!**

18-19| Sportanlagen gehören zur Daseinsvorsorge

20-21| „Wir sind bei den Beschäftigten von Ford mit Herz und Verstand“ • Stellenabbau und gewerkschaftliche Initiativen • Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns

22-23| Kalenderblatt: 22.4.1971. Welt-Roma-Kongress. „Zweite Verfolgung“ und Emanzipationsbewegung der Sinti und Roma in der BRD

24| Das Neue Jerusalem. Vor 80 Jahren gewinnt die Labour Party die britischen Wahlen und führt einen modernen Sozialstaat ein

26| Eine Anmerkung zu „Teddy Thälmann – Buchbesprechung.“
TERMIN: ArGe-Sommerschule – Diskussion mit Gästen

27| Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen • Fünf Prozent für die „teuflische Homolobby“ • Compact-Verbot aufgehoben, aber ... • VGH Bayern: ein mehr als zweifelhaftes Urteil



• Neu: Michael Moos: „Und nichts mehr wurde, wie es war ...“

28| Gelungene Aufarbeitung? Eine Veranstaltung zu 60 Jahre Urteile im Frankfurter Auschwitzprozess

28| „Sprachkampf“ von rechts

29| Bewegungen gegen die Faszisierung in den USA und die historischen Wurzeln der MAGA-Bewegung

30| EU-Rechte: Le Pen scheitert vor EuGMR. • Fraktion ID: Rechtswidrige Verwendung von EU-Geldern? • Italien: „Anti-Gandhi-Gesetz“ • „Die Finnen“ verlieren Kommunalwahlen. • Fico will Nato verlassen.

31| Solidarisches Europa: EGB – Für Tariffindung, Steuergerechtigkeit, starke Bildung – gegen Deregulierung und Autoritarismus • Elends-



bedingungen bei Landarbeit • 113. ILO-Arbeitskonferenz

32| Ein Jahrhundert später: Ein erneuter offener Brief gegen die Rückkehr des Faschismus

Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 5/2025: 9.10.2025

Ausgabe Nr. 4 am 24. Juli 2025, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.

Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Grundrechte-Bericht 2025

Rolf Gehring, Brüssel. Die in Wien ansässige Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA – Fundamental Rights Agency) veröffentlichte Anfang Juni ihren Jahresbericht 2025. Sie arbeitet im Auftrag der EU, untersteht aber nicht direkt den EU-Institutionen. Der 144-seitige Bericht liegt in Englisch vor, eine 30-seitige Zusammenfassung auch in Deutsch.

Der Jahresbericht fokussiert auf drei Schwerpunktthemen. „Wahlen, geschlechtsspezifische Gewalt und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Die FRA-Stellungnahmen legen den Standpunkt der FRA dar und sind Aufrufe zum Handeln.“ Der Bericht schlussfolgert: „Durch geopolitische Veränderungen und sowohl legislative als auch gesellschaftliche Entwicklungen sind die Grundrechte in der EU im Jahr 2024 unter Druck geraten.“ Zwar gebe es auch legislative Fortschritte, aber in vielen Bereichen keine in der gesellschaftlichen Praxis, eher Verschlechterungen. Der Zusammenfassung befasst sich insbesondere mit Rassismus, Hassreden (im Internet) und Migration, hier insbesondere mit den Ertrunkenen im Mittelmeer und Rechtsverletzungen an den Grenzen. Schwerpunkt der Kritik des Berichts sind die fehlende Seenotrettung und die Misshandlungen und weiteren Grundrechtsverletzungen an den Grenzen, einschließlich der Push-Backs. Unterstrichen wird auch die Rolle der Zivilgesellschaft in der Seenotrettung und ihre Behinderung und Kriminalisierung.

Ebenfalls Teil der Zusammenfassung sind Hinweise auf Berichte und Forschungen der Agentur. So wurde 2024 ein erster Bericht über Rassismus in der Polizeiarbeit in Europa vorgelegt. Erhebungen der Agentur zeigen eine Zunahme von antimuslimischen und antijüdischen Einstellungen, gleichfalls gegenüber der LGBTIQ-Community. Die FRA erhebt in diesem Bereich auch Daten zu den gesellschaftlichen Erfahrungen der Roma. Hierzu soll 2025 ein Bericht

veröffentlicht werden, auch, um eine Zwischenbewertung des „EU-Rahmens“ für die Roma 2020 bis 2030 vorzunehmen. Im letzten Teil der Zusammenfassung werden vor allem die Stellungnahmen der Agentur zu den drei oben genannten Schwerpunkten des Berichts vorgestellt, die in weiten Teilen durch die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Bewegungen geprägt und auch von ihnen genutzt werden können.

(https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2025-fundamental-rights-report-2025-opinions_de.pdf)

Frankreich: Änderungen am Rentengesetz

Matthias Paykowski, Karlsruhe. Ein weiteres Misstrauensvotum Ende Juni gegen die Minderheitsregierung Bayrou ist gescheitert, das achte seit Antritt der Regierung im Dezember 2024. Diesmal hatte es die Sozialistische Partei (PS) beantragt. Die Regierung habe nicht wie versprochen in der Rentenfrage geliefert. Im Juni waren von der Regierung initiierte Verhandlungen (Konklave) zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gescheitert. Die Arbeitgeberverbände hatten einen Kompromissvorschlag abgelehnt. Einige wenige Punkte werden es dennoch ins Gesetz schaffen, wie etwa Besserungen bei den Renten von Frauen.

Die CFDT erklärte zum Scheitern des Konklaves: „Die Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber und ihre Unfähigkeit, einen Kompromiss zu finden, haben die Rentendiskussionen am 23. Juni beendet. Die gestern vom Premierminister in seiner öffentlichen Erklärung genannten Fortschritte sind real: Die Verbesserung der Renten für Frauen und die Berücksichtigung von zwei zusätzlichen Quartalen pro Kind für einen leichteren Zugang zum System der langen Erwerbsbiografien sowie die Senkung des Abzugsalters sind das Ergebnis dieser viermonatigen Gespräche.“

Die Gewerkschaften, die eine Anhebung des Rentenalters weiterhin ablehnen, wollten in den Verhandlungen

auch mit dem Gesetz 2023 beseitigte Regelungen wieder aufnehmen, die eine früherer Verrentung für „schwere Berufe“ ermöglicht hatten: „Die Gewerkschaften CFDT, CFTC und CFE-CGC, die sich entschieden gegen die Anhebung des Rentenalters auf 64 Jahre aussprechen, haben sich dafür eingesetzt, die Ungerechtigkeiten der Reform von 2023 gegenüber Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in schweren Berufen zu beseitigen. Mit ihrer Forderung nach der Wiedereinführung ergonomischer Kriterien in das berufliche Präventionskonto, das die Möglichkeit einer Frühverrentung eröffnet, sind sie ihren Verpflichtungen treu geblieben.“

Drei der in den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden erzielten Vereinbarungen wurden von einer paritätischen Kommission aus Senat und Nationalversammlung zu einer Gesetzesvorlage verarbeitet. Sie soll bei der Wiederaufnahme der Beratungen in der Nationalversammlung im September behandelt und ins Arbeitsgesetzbuch aufgenommen werden: über die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, über berufliche Umschulungen und zu gewählten Personalvertretern.

<https://www.cfdt.fr/sinformer/communiqués-de-presse/retraites-penibilite-et-efforts-partages-la-seule-voie-de-passage> Erklärung der CFDT, 26.6.2025. Le Monde, 10.7.2025

Stimmen aus der Linkspartei: Wahl der Richterinnen und Richter ist kein parteipolitisches Wunschkonzert

linksfraktionmv.de. 11. Juli 2025. Zur Wahl neuer Richterinnen und Richter am Bundesverfassungsgericht erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Elke-Annette Schmidt:

„Wer nicht in den politischen Kram passt, wird nicht gewählt – das kann und darf nicht die Devise bei der heutigen Wahl der Verfassungsrichterinnen und -richter sein. Die Entscheidung muss sich nach fachlicher Kompetenz und Unabhängigkeit richten – nicht nach parteipolitischem Gusto.“

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Titel: Alfred Küstler (verantwort.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.

Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwort.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.

EU-Politik: Rolf Gehring (verantwort.), rolf_gehring@outlook.de; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de.

Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantwort.), ulli.jaekel@hotmail.de.

Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwort.), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaekel@hotmail.de; Bruno Rocker.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwort.), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, rolf_gehring@outlook.de;

Demokratie verteidigen: Rosemarie Steffens (verantwort.), rosemarie.steffens@icloud.com; Christiane Schneider, chsneiderhh@posteo.de

Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwort.), fochlermuenchen@gmail.com.

Solidarisches Europa: Michael Juretzek (verantwort.), michael.juretzek@nord-com.net

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, babburkhardt@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €. Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, alfred.kuestler@politische-berichte.de

Besonders irritierend ist, dass erneut das Thema Schwangerschaftsabbruch für parteipolitische Blockaden missbraucht werden soll. Die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ist eine überfällige gesellschaftliche Debatte. Wenn eine hochqualifizierte Juristin nun ausgerechnet dafür abgestraft werden soll, dass sie sich für die Selbstbestimmung von Frauen eingesetzt hat, ist das ein fatales Signal.

Das Bundesverfassungsgericht ist die höchste juristische Instanz in Deutschland. Hier geht es nicht darum, wem welche Position gerade genehm ist, sondern um Verfassungsrecht, Grundrechte und die Wahrung unserer demokratischen Ordnung. Alles andere schwächt das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz.

Gerade in einer Zeit, in der die Demokratie vom rechten Rand zunehmend unter Druck gerät, sind starke unabhängige Gerichte unerlässlich. Die Parteien müssen dieser Verantwortung gerecht werden und das Bundesverfassungsgericht nicht für parteitaktische Manöver instrumentalisieren.“

wawzyiak.de, 17. Juli 2025*. Die Debatte um die eigentlich längst geklärte juristische Frage der Identität von Würde des Menschen und des Schutzes des Rechts auf Leben, die um die Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zum Bundesverfassungsgericht (BVerfG) aufgeführt wurde, hat sich an der Frage Schwangerschaftsabbruch festgemacht.

Ich gebe gern zu, für Nichtjurist*innen ist die Sache mit der Würde und dem Schutz des Rechts auf Leben, in welches durch Gesetz eingegriffen werden darf, nicht ganz einfach zu verstehen. Es ging aber nie um eine rechtliche Debatte, es ging um die Instrumentalisierung einer angeblichen Rechtsposition für eine bestimmte Rechtslage, hier den Schwangerschaftsabbruch. Für andere Fallkonstellationen würde die vorgenommene Positionierung schlichtweg verneint werden.

Die Debatte um Identität von Würde des Menschen und Schutz des Rechts auf Leben, welches nicht abwägbar ist, hat einen Aspekt nur am Rande beleuchtet: Welche Auswirkungen wären mit dieser Position im Hinblick auf den Durchgriff des Staates auf Lebensentwürfe von Frauen und den weiblichen Körper verbunden. Es scheint tendenziell eine Position zu existieren, dass dieser Durchgriff eine Selbstverständlichkeit ist. Nach der Schwangerschaft ist nämlich vor dem Leben und der Verantwortung für ein Kind – und die Lasten tragen vor allem Frauen.

* Halina Wawzyiak ist promovierte Juristin, war von 2009 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und dabei in der Linksfraktion für Rechts- und Netzpolitik zuständig.



Feleknas Uca als Hauptrednerin auf der Veranstaltung in Mannheim (Bild ANF vom 27.6.2025)

Selbstauflösung der PKK, kurdische Initiative zu einem neuen Friedensprozess in der Türkei

Dazu fand am 27. Juni 2025 in Mannheim, organisiert vom Mesopotamischen Kulturzentrum und dem Bündnis „Solidarität mit Rojava“, eine Diskussionsveranstaltung mit Feleknas Uca statt.

Feleknas Uca wurde in Deutschland geboren und ist eine deutsch-kurdische Politikerin mit kurdisch-jezidischer Biographie. Sie war von 1999 bis 2009 Abgeordnete im Europaparlament für die Partei Die Linke bzw. für ihre Vorläuferorganisation PDS. 2015 wurde sie für die HDP (demokratische Partei der Völker) für den Wahlkreis Diyarbakir und von 2018 bis 2023 als Abgeordnete für Batman in die Große Nationalversammlung der Türkei gewählt. Wegen eines Verfahrens wegen „Terrorpropaganda“ befindet sie sich derzeit in Deutschland.

In ihrem Beitrag befasste sich Feleknas Uca insbesondere mit dem politischen Perspektiven eines demokratischen Zusammenlebens in der Türkei und im Nahen Osten nach der Erklärung zur Selbstauflösung der PKK vom Februar 2025.

Uca hob hervor, dass Öcalans Friedensinitiative der Selbstauflösung der PKK der ernsthafte Versuch sei, den jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt durch politische Mittel zu beenden.

Dazu aber habe die türkische Regierung ihrerseits bisher keine Schritte unternommen, um auf den Vorschlag ein-

zugehen. Repression und Inhaftierungen würden in der Türkei weiter gehen, die Luftangriffe in Nordsyrien, in Rojava, sind nach wie vor nicht beendet. Aber, so Uca, „ein echter Dialog setzt voraus, dass Gewalt und politische Ausgrenzung beendet werden“.

Sie kritisierte die nach wie vor bestehende Diskriminierung und rechtliche Ausgrenzung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Die kurdische Sprache sei bis heute nicht als weitere Amtssprache anerkannt. Am eigenen Beispiel und aus ihrer Zeit als Abgeordnete im türkischen Parlament berichtete sie über die Repressionen gegen kurdische Abgeordnete.

Feleknas Uca betonte, dass auch die Stimmen der internationalen Öffentlichkeit und die Auseinandersetzung um die Aufhebung des PKK-Verbots einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung des Friedensprozesses in der Türkei haben können.

Sie verwies auch auf die anhaltende Isolationshaft Abdullah Öcalans. Er ist seit über 26 Jahren, seit seiner Verschleppung in die Türkei, auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert. Kontakte zu seinen Anwälten und Angehörigen sind weitgehend unterbunden. In mehreren europäischen Ländern gibt es bereits Kampagnen zur Aufhebung seiner Isolationshaft.

Abdullah Öcalan, Juli 2025: „Übergang zu einer Phase demokratischer Politik“

Am 9. Juli 2025 berichtete die kurdische Nachrichtenorganisation ANF:

„Im aktuellen türkisch-kurdischen Dialog, der seinen Anstoß im Aufruf Abdullah Öcalans für Frieden und eine demokratische Gesellschaft nahm, werden in dieser Woche weitere Schritte erwartet. Als einen davon veröffentlichen wir einen neuen Aufruf des kurdischen Repräsentanten, diesmal im Videoformat. Es ist seit 1999 die erste Botschaft von Öcalan in Bild und Ton, die die Öffentlichkeit erreicht. ANF dokumentiert

nachfolgend den Appell in deutscher Übersetzung.“ (<https://anfdeutsch.com/aktuelles/-47007>, mit vollem Wortlaut der Erklärung)

Wir dokumentieren nachfolgend Auszüge aus dem Aufruf vom Juli 2025. (Red. Politische Berichte)

Werte Genossinnen und Genossen,
Ich betrachte es als meine ethische Pflicht, Euch angesichts der aktuellen Lage unserer kommunalistischen Bewegung noch einmal mit einem umfas-

senden, erläuternden und gleichzeitig kreativen Schreiben Auskunft zu geben – seien es die erreichten Entwicklungen, die konkret gelebte Situation, bestehende Probleme oder mögliche Lösungswege.

1. Ich stehe weiterhin hinter dem Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft vom 27. Februar 2025.

2. Dass Ihr mit dem 12. Auflösungskongress der PKK inhaltlich umfassend und positiv darauf geantwortet habt, werte ich als eine historische Resonanz.

3. Der erreichte Punkt ist von außerordentlichem Wert und historischer Dimension. Besonders hervorheben möchte ich auch die Mühen jener Genoss:innen, die in vermittelnder Funktion Brücken geschlagen haben – ihr Beitrag ist von gleichem Wert und verdient höchsten Respekt.

4. Als Ausdruck dieses gesamten Prozesses habe ich ein *Manifest der Demokratischen Gesellschaft* verfasst, das ich als historisch einstuft. Es ersetzt inhaltlich das rund 50 Jahre alte Manifest „*Der Weg der Revolution Kurdistans*“. Ich bin überzeugt, dass es nicht nur für die kurdische Gesellschaft, sondern auch für die Region und globale Kontexte tiefgreifende Relevanz besitzt – als ein Beispiel für gelungene politische Manifesttradition.

5. Ich möchte deutlich hervorheben, dass all diese Entwicklungen aus den Gesprächen hervorgegangen sind, die ich auf Imrali geführt habe. Dabei wurde größtmögliche Sorgfalt darauf verwendet, dass diese auf der Grundlage freier Willensbildung stattfanden.

6. Der erreichte Status verlangt nach nächsten, konkreten Schritten in die Praxis. Es ist von zentraler Bedeutung, anzuerkennen, dass wir uns in einem historischen und entscheidungsprägenden Prozess befinden. Diese Erkenntnis gilt es zu festigen und konsequent umzusetzen.

a) Die PKK-Bewegung, deren Grundlage in der Leugnung der Existenz und im Ziel eines eigenen Nationalstaates lag, sowie die darauf aufbauende Strategie des nationalen Befreiungskampfes, sind beendet worden. Die Existenz des kurdischen Volkes wurde anerkannt – das zentrale Ziel ist damit erfüllt. In diesem Sinne hat das Projekt seinen historischen Auftrag erfüllt. Alles darüber Hinausgehende würde in bloße Wiederholung und politische Sackgassen führen.

Auf dieser Grundlage wird der Prozess umfassender Kritik und Selbstkritik fortgeführt.

b) Da Politik kein Vakuum duldet, muss die entstandene Leere durch das Programm „Frieden und demokratische Gesellschaft“ – auf Basis demokratischer Politik, Rechtsstaatlichkeit und strategischer Kohärenz – gefüllt werden. Wir

sprechen hier von einem historischen und schicksalhaften Prozess.

c) Eine freiwillige Entwaffnung und die Einrichtung einer parlamentarischen Kommission auf Grundlage des Gesetzes sind für den Prozess entscheidend. Dabei ist es essenziell, sich nicht in „Wertzuerst“-Debatten zu verlieren. Ich bin überzeugt, dass diese Schritte erfolgreich sein werden. Ich sehe die Ernsthaftigkeit und vertraue dem Prozess.

d) Dementsprechend wird nun versucht, zu noch praktischeren und konkreteren Schritten überzugehen, die als Schlüssel zur Lösung dienen können. Zu den zentralen Vorschlägen, die ich in diesem Zusammenhang unterbreite, gehören:

1. Das Ziel von Frieden und einer demokratischen Gesellschaft kann nur erreicht werden, wenn alle auf Grundlage einer positiven und integrativen Perspektive handeln. Die PKK hat sich von ihrem nationalstaatlichen Ziel und der damit verbundenen Kriegsstrategie verabschiedet und ist als Organisation zu einem Abschluss gekommen. Nun ist es unsere Aufgabe, diesen historischen

Punkt weiterzutragen.

2. (...) Die Einrichtung eines institutionalisierten Mechanismus zur Entwaffnung stellt in diesem Zusammenhang einen entscheidenden Schritt zur Vertiefung des begonnenen Transformationsprozesses dar. (...)

3. Die im Parlament vertretene DEM-Fraktion wird – gemeinsam mit weiteren relevanten politischen Akteuren – ihren Beitrag zum Gelingen dieses historischen Prozesses leisten.

4. Was meine eigene Freiheit betrifft, die in sämtlichen Beschlussfassungen als unverzichtbare Bedingung verankert wurde, so sei erneut betont: Ich habe meine Freiheit niemals als bloß individuelles Anliegen verstanden.

(...) Mein Aufruf für die kommende Zeit lautet daher: Lasst uns die Phase, die durch die Kongressbeschlüsse und die in diesem Schreiben formulierten Ideen geprägt ist, gemeinsam weitertragen – auf der Grundlage von Erfolg und politischer Klarheit.

Mit bleibendem solidarischem Gruß und herzlicher Verbundenheit.

19. Juni 2025, Abdullah Öcalan

Spanien: Korruptionsskandal erschüttert PSOE und Linksregierung

Claus Seitz, San Sebastián

Ermittlungen der Guardia Civil enthüllten ein mutmaßliches Netzwerk aus Einflussnahme, Bestechung und illegaler Provisionen im Zusammenhang mit öffentlichen Aufträgen, in dessen Zentrum drei Personen stehen: José Luis Ábalos (Ex-Verkehrsminister, Ex-Organisationssekretär der sozialistischen Partei PSOE), dessen politischer Berater und Assistent Koldo García sowie Santos Cerdán (Nachfolger von Ábalos als Organisationssekretär), der als zentrale Figur des Netzwerks ca. 600 000 Euro Bestechungsgelder verteilt haben soll und wegen Verdunkelungsgefahr in Untersuchungshaft sitzt.

Insbesondere aus dem Umstand, dass Premier Sanchez ausgerechnet Cerdán als wichtigsten Unterhändler mit den katalanischen und baskischen Nationalisten einsetzte und ihm die Parteiorganisation anvertraute, resultieren bei den progressiven Wählern und in der öffentlichen Meinung schwere Zweifel an dessen Führungskompetenz und Glaubwürdigkeit.

Sanchez reagierte mit der sofortigen Entlassung von Cerdán, einer öffentlichen Entschuldigung und der Initiierung einer externen Prüfung der Parteifinanzen.

In der PSOE-internen Debatte gewannen Stimmen für Neuwahlen oder zumindest für den Rücktritt von Sanchez kein wesentliches Gewicht. Beschlossen wurde ein personeller Umbau im Parteiapparat, um den innerparteilichen Dialog, Dezentralisierung und das Gleichgewicht der Kräfte zu stärken.

Der linke Koalitionspartner Sumar forderte einen Koalitions-„Reset“, umfassende Antikorruptionsmaßnahmen und institutionelle Reformen.

Ein Versuch von Partido Popular (PP) und Vox, im Parlament konservative Parteien wie die baskische PNV oder die katalanische Junts aus dem Regierungsbündnis herauszubrechen und für ein Misstrauensvotum gegen Sanchez zu gewinnen, scheiterte.

Die Allianzpartner der Regierung zeigten sich kritisch und verlangten interne Reformen. Eine Abwahl von Sanchez aber zog niemand in Betracht. Von einer alternativen Regierung aus PP und Vox befürchteten die einen massive Rückschritte bei sozialen Rechten und gesellschaftlichen Fortschritten, die anderen ein Rollback bei der staatlichen Dezentralisierung.

2018 wurde die Partido Popular wegen illegaler Parteienfinanzierung im Rah-

men diverser Korruptionsskandale aus dem Amt gejagt. Sollten jetzt vergleichbare Fakten manifest werden, würde die Haltelinie für die Linksregierung sicher überschritten und Neuwahlen unvermeidlich.

Die Links-Regierung versucht mit Transparenz und Reformen Kurs zu halten. Ein 15-Punkte-Maßnahmenkatalog gegen Korruption wurde beschlossen, unter anderem: Ausschluss verurteilter Unternehmen von öffentlichen Aufträgen, Transparenz bei Parteispenden, Whistleblower-Schutz, Unabhängige Kontrollinstanz und KI-gestützte Betrugsprävention, längere Verfolgungsfristen ... Ein Plan für die Reform des katalanischen Finanzstatus und generell der Finanzierung der autonomen Gemeinschaften wurde vorgelegt.

Am 13.7. vertritt Carlos Cué in der Zeitung „El País“, dass die Krise nur durch einen Staatshaushalt 2026 gelöst werden könne. „Unter normalen Umständen kann eine Regierung nicht drei Jahre ohne Haushalt durchhalten. Aber in der spanischen Politik ist schon seit langer Zeit nichts mehr normal.“

EU-Kommission warnt vor Korruptionsgefahren in Spanien

„Öffentliche Auftragsvergabe, Infrastrukturprojekte sowie die Parteienfinanzierung gelten als Bereiche mit einem hohen Korruptionsrisiko“ (EU-Kommission im Bericht zur Rechtsstaatlichkeit Spaniens für das Jahr 2023).

Im Bericht 2024 heißt es: „Mit der Ausarbeitung einer nationalen Antikorrupsionsstrategie wurde noch nicht begonnen.“ „Trotz der Aufnahme von Antikorrupsionsprioritäten in sektorale Pläne und Strategien besteht durch das Fehlen einer einheitlichen Strategie die Gefahr der Zersplitterung und unzureichender Aufsicht der Maßnahmen.“

Einer der Parameter, die die EU-Kommission zur Analyse der Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge heranzieht, ist die Fähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), Zugang zu Ausschreibungen zu erhalten. Denn der Mangel an Wettbewerb be-

günstigt das Entstehen von Korruption. Tatsächlich entfielen in Spanien 75,94 Prozent des gesamten Auftragsvolumens auf Großunternehmen, während nur 24,06 Prozent der öffentlichen Mittel an kleine und mittlere Unternehmen gingen.

„Die öffentliche Auftragsvergabe in Spanien ist besonders anfällig für Korruption, was vor allem auf das enorme Volumen der eingesetzten öffentlichen Mittel, die Komplexität des Vergabesystems sowie auf die besondere territoriale Struktur und die verschiedenen Kontrollebenen zurückzuführen ist.“

In Spanien sei ein Problem besonders ausgeprägt: der äußerst geringe Anteil grenzüberschreitender Auftragsvergaben, der lediglich fünf Prozent beträgt. Nur ein sehr kleiner Teil der öffentlichen Aufträge wird an Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten vergeben. Diese Situation verzerrt in gewissem Maße den Binnenmarkt, da öffentliche Ausschreibungen 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU ausmachen.

Amnestie für den katalanischen Prozess verfassungsgemäß

Das am 10.6.2024 vom spanischen Parlament verabschiedete „Gesetz über die Amnestie zur institutionellen, politischen und sozialen Normalisierung in Katalonien“ ist nach Auffassung des spanischen Verfassungsgerichts „verfassungsgemäß, verhältnismäßig, nicht willkürlich und verstößt nicht gegen die Gewaltenteilung“. Es verfolgt ein Ziel von allgemeinem Interesse: „die Überwindung der sozialen und politischen Spannungen, die durch den sogenannten Unabhängigkeitsprozess entstanden sind.“

Das Verfassungsgericht äußert sich kategorisch zur Verfassungsmäßigkeit der Amnestie und zum Verfahren ihrer Umsetzung: „Der Gesetzgeber kann alles tun, was die Verfassung nicht ausdrücklich oder implizit verbietet.“ Das ist hier der Fall. Die Verfassung erwähnt die Amnestie nicht ausdrücklich, was bedeutet, dass ihre Regelung dem Gesetzgeber obliegt.

Abgelehnt hat das Verfassungsgericht damit eine Klage der Partido Popular, der nur in drei Aspekten geringerer Bedeutung Recht gegeben wurde, z.B. dass die Amnestie nicht

über den 23.11.23 hinaus angewandt werden darf.

Bisher wurden 210 katalanische Aktivisten und Politiker, sowie 164 Polizeibeamte begnadigt. Durch das Urteil werden über 500 blockierte Verfahren

wieder freigegeben, wovon Hunderte weiterer Betroffener profitieren könnten.

Im Urteil wurden wichtige Einzelthemen noch nicht behandelt. Seit dem 15.7. verhandelt aber der Europäische Gerichtshof (EuGH) in zwei Anhörungen über die Vereinbarkeit der Amnestie mit dem EU-Recht, insbesondere bei den Fällen von Veruntreuung und Terrorismus. Von der Entscheidung Europas wird maßgeblich abhängen, ob 33 führende katalanische Politiker, darunter Puigdemont (Junts), Artur Mas (katalanischer Ex-Präsident) und Junqueras (ERC) amnestiert werden, ob es künftig praktisch unmöglich sein wird, neue Auslieferungersuchen des Obersten Gerichtshofs gegen Carles Puigdemont zu stellen und ob die Mitglieder der CDR-Gruppen, die des Terrorismus beschuldigt werden, vor einer Gefängnisstrafe bewahrt werden können.

Ein Urteil des EuGH könnte im Herbst vorliegen. Einige Wochen zuvor, voraussichtlich nach der Sommerpause, wird der Generalanwalt der EU seine Einschätzung der Fälle darlegen.

Die Entscheidung des EuGH ist für die spanischen Gerichte verbindlich.



Verfassungsgericht in Madrid.

Wikipedia

Russland/Ukraine: Neues EU-Sanktionspaket, US-Luftabwehrsysteme europäisch finanziert

Christoph Cornides, Mannheim

Trumps Prahlern, er werde in kürzester Zeit den Krieg Russlands gegen die Ukraine beenden, hat sich auch für die letzten seiner Anhänger als leeres Gerede herausgestellt. Solange Putin im eigenen Land die Hoffnung auf Vormarsch in der Ukraine noch schüren kann, ist er zu einem Waffenstillstand zwecks Einleitung von Friedensverhandlungen nicht bereit. Was auch noch bleibt und immer weiter steigt, sind die US-Staatsschulden, an denen die Militärausgaben einen wesentlichen Anteil haben. Über 36 Billionen Dollar beträgt die Summe allein der US-Bundes-Staatsschulden im März 2025.

Dazu verkündete Trump anlässlich des Besuchs von Nato-Generalsekretär Rutte am 14. Juli 2025: Ja, die USA werden die Ukraine jetzt doch weiter mit Waffenlieferungen unterstützen, aber nein, diese würden nicht von den USA bezahlt, sondern von europäischen Staaten, die sie in den USA kaufen und an die Ukraine weiterleiten. Und: Trump ändert die US-Russland-Politik und droht Russland und dessen Handelspartnern mit neuen Wirtschaftssanktionen, die er mit einem Ultimatum verbindet. Er werde sogenannte Sekundärzölle erheben, wenn Russland nicht innerhalb von 50 Tagen einem Waffenstillstand im Ukraine-Krieg zustimmt, und zwar Zölle „in Höhe von rund 100 Prozent“. (Tagesschau vom 14.7.2025). Was von dem US-Ultimatum dann nach fast zwei Monaten übrig bleibt, wird sich zeigen. Relativ sicher scheint, dass die Nato-Staaten die Luftabwehr der Ukraine gegen die permanenten russischen Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung und Infrastruktur unterstützen wollen. „Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hatte am Montag bei seinem Besuch in Washington noch keine Einigung erzielen können. Ursprünglich war geplant, zwei Patriot-Systeme für jeweils etwa eine Milliarde Euro in den USA zu kaufen und direkt in die Ukraine zu bringen. Da sie aber nicht sofort lieferbar sind, soll nun die Bundeswehr zunächst zwei von ihnen noch neun Patriots an die Ukraine abgeben und später Ersatz aus den USA bekommen.“ (Tagesspiegel v. 17.7.2025)

Auf Seiten der EU wurde im Juli 2025 das lange verhandelte 18. Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet, nachdem die Slowakei gegen Zugeständnisse der EU ihren Widerstand gegen die Sanktionen eingestellt hatte. „Kaja Kallas, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, erklärte: „Die EU hat gerade eines ihrer stärksten Sanktions-

pakete gegen Russland angenommen. Jede Sanktion schwächt Russlands Fähigkeit, Krieg zu führen. Die Botschaft ist klar: Europa wird seine Unterstützung für die Ukraine nicht zurücknehmen. Die EU wird den Druck weiter erhöhen, bis Russland seinen Krieg beendet.“ (Pressemitteilung Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland v. 18.7.2025) Nach Meldung der Pressestelle konzentrieren sich die neuen Maßnahmen auf fünf Bausteine: „Russlands Einnahmen im Energiebereich zu mindern, den russischen Bankensektor zu treffen, seinen militärisch-industriellen Komplex weiter zu schwächen, stärker gegen Sanktionsumgehungen vorzugehen und Russland für seine Verbrechen gegen ukrainische Kinder und das kulturelle Erbe zur Rechenschaft zu ziehen. Mit diesem Paket erreicht die Zahl der gelisteten Schiffe der russischen Schattenflotte insgesamt 444, und die Zahl der in den Sanktionslisten geführten Personen übersteigt 2 500. Dieses Paket enthält auch neue Sanktionen gegen Belarus.“

Bemerkenswert ist dabei u.a. auch die offizielle Listung von 444, zur Umgehung von Sanktionen und Embargos unter fremder Flagge fahrenden Schiffen der russischen „Schattenflotte“. ¹

Die Slowakei hatte sich wochenlang geweigert, diesem Sanktionspaket zuzustimmen. Hintergrund war der Streit um das geplante Verbot von Gasimporten aus Russland. Schließlich aber gab die Slowakei ihre Blockade auf. Ursprünglich wollte Robert Fico, Ministerpräsident der Slowakei, eine Ausnahmeklausel für

1 Ausführliche Dokumente und Informationen s. ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1840, EU adopts 18th package of sanctions against Russia

sein Land durchsetzen. Diese sollte es erlauben, einen Vertrag über Erdgaslieferungen des russischen Staatskonzerns Gazprom an die Slowakei bis zum Jahr 2034 laufen zu lassen. Ziel der EU ist aber die Beendigung aller Gasimporte aus Russland bis zum 1. Januar 2028.

Ermöglicht wurde die Einigung durch Zugeständnisse. Die Slowakei bekam zugesichert, dass sie keine schwerwiegenden wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen fürchten muss, wenn nach dem neuen Sanktionspaket auch noch ein Plan für einen kompletten Importstopp von russischem Gas umgesetzt wird. Diesen Plan kann Fico nicht blockieren, weil er im Gegensatz zu dem Sanktionspaket auch per Mehrheitsentscheidung gegen den Willen der Slowakei entschieden werden kann. (Zeit online, Tagesspiegel).

Ein weiterer Aspekt, der im 18. Sanktionspaket geregelt ist und zu dem auch Staaten wie Malta, Griechenland und Zypern Einwände hatten, ist der sog. „Ölpreisdeckel“. Das ist der Preis, zu dem russisches Öl auch von Drittstaaten gekauft oder an diese weiterverkauft wird. Bei Verstößen gegen den Ölpreisdeckel drohen Sanktionen der EU. Als Kompromiss wurde nun vereinbart, die Preisobergrenze regelmäßig anzupassen, sodass sie langfristig nicht mehr als 15 Prozent unter dem durchschnittlichen Marktpreis liegt. In einem ersten Schritt soll sie von derzeit 60 auf 47,60 US-Dollar pro Barrel (159-Liter-Fass) reduziert werden.

Dass es zu den genannten Einigungsprozessen zur Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine kommt, ist selbst aber Ergebnis der Tatsache, dass ein Leben unter russischer Okkupation für viele keine Perspektive ist, so dass nur die Alternative bleibt: Das Land verlassen oder Widerstand leisten.

RF-Aggression: Anzeichen strategischer Schwächen, terroristische Kriegführung

Martin Fochler, München

Nach jüngsten Meldungen stellt die Russische Föderation ihren noch in Zeiten der Sowjetunion gebauten einzigen Flugzeugträger außer Dienst. Ein zweites Schiff dieses Typs wurde 1998 nach China verkauft und dort fertig gebaut. Die seit längerem in Murmansk auf Werft liegende „Admiral Kusnezow“ war das letzte Mal 2016 bei der Intervention in Syrien im Einsatz, wegen technischer Probleme aber mit geringem Effekt. Flugzeugträger gelten als mobile Militärbasen. Sie operieren in Verbänden, deren Konzeption, Bau und Unterhalt finanziell

und technisch fordernd ist. Mit dem Abschied von diesem Waffensystem ist die RF auf den Weltmeeren keine Großmacht mehr. Sie muss sich – so wie andere kleine oder mittlere Staaten auch – für den Schutz ihrer Rohstoffexporte zur See weitgehend auf internationale Konventionen verlassen. Für Denken in imperialen Traditionen eine schwere Kränkung, die kaum freiwillig erfolgt, sondern ein Eingeständnis begrenzter Ressourcen bedeutet. Die RF kann Maßnahmen zum Ausschluss von Handelsbeziehungen unterlaufen, z.B. durch Konstruktion ihrer

Schattenflotte. Die Durchfahrt einer solchen Flotte etwa per Geleitzug erzwingen kann sie nicht. Sie kann auch nicht mehr, wie zuletzt vor Syrien noch einmal versucht, mit einem Verband aufkreuzen, um ein abhängiges Regime zu stützen. Dieser offenbare Machtverlust wird es der RF erschweren, Partner für die Umgehung von Sanktionen zu finden, und eine weitere strategische Schwächung nach sich ziehen.

Die Kapazitäten zur Kriegführung zwecks Eroberung der Ukraine werden von diesem in globaler Hinsicht erheblichem und langfristig wirksamen Machtverlust kurzfristig nicht betroffen. Ideologisch nicht, weil in der imperialen Logik der Verlust von Weltgeltung durch Ausdehnung des eigenen Territoriums ausgeglichen werden kann. Praktisch nicht, weil eine Verschiebung von Produktions- und Personalkapazitäten auf die Eroberung der Ukraine erfolgen kann.

Der Versuch, die Infrastruktur der Ukraine durch gezielte Angriffe zu zerschlagen und das Wirtschaftsleben zum Erliegen zu bringen, hat nicht zum Erfolg geführt. Nach unbestrittenen Meldungen gelingt es der Ukraine sogar, ihre Produktion von Abwehrwaffen zu steigern. Die RF, die mit ihren Versuchen, die Infrastruktur der Ukraine durch Luftangriffe zu zerstören, nicht erfolgreich war, hat sich nun auf breitflächigen, weit ins Land reichenden und auch auf kleine Siedlungen treffenden Terror aus der Luft verlegt. Sie operiert mit Drohenschwärmen, die gar nicht treffsicher sein müssen, um Schrecken und Unsicherheit im ganzen Land zu verbreiten.

Findet die Ukraine Abwehrmittel, gegen diese breitflächigen angesetzten, terroristischen Angriffe? Diese müssen kostengünstig herzustellen und leicht zu bedienen sein. Die Ukraine hat bei der Produktion solcher Abwehrmittel große Fortschritte gemacht und will nun die Produktion steigern. Auch scheint

es, dass die unter dem Sammelbegriff „Drohnen“ gefassten modernen Mittel zur Aufklärung von Truppenbewegungen und genau gezielten Angriffen auf Kampfverbände großräumige Vorstöße und Einkreisungsoperationen erheblich erschweren.

Die RF muss ihre zahlenmäßige Überlegenheit im verlustreichen Infanterieangriffen auf einzelne Orte zum Tragen bringen. Es bleibt aber dabei, dass die RF in der Lage ist, an jedem Punkt ihrer Westgrenzen – vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer – zahlenmäßig überlegene Angriffsformationen aufzustellen. So wird erklärlich, dass nicht nur die Ukraine, sondern auch Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen aus dem Abkommen gegen Einsatz, Herstellung und Verbreitung von Landminen aussteigen. Wie die Karte zeigt, waren die USA und die RF, China, Indien sowie eine Reihe kleinerer Staaten diesem Abkommen gar nicht beigetreten. Dennoch war es ein Meilenstein der Entwicklung des „Rechts im Krieg“. Es macht etwas aus, wenn besonders grausame Mittel der Kriegführung geächtet werden. Antipersonenminen führen zu schrecklichen Verstümmelungen. Sie zu räumen ist schwierig, noch Jahres später kommt es zu Explosionen. In der Verteidigung wird dieses Kampfmittel unter Inkaufnahme eigenen Schadens eingesetzt. Eine Aggression, die ohne Rücksicht auf Verlust vorgeht, lässt sich damit nicht aufhalten, sondern nur verzögern.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ukraine wirksame Mittel gegen die Terrorangriffe durch Drohenschwärme findet. Eine Verbesserung der Lage an der – wie es beschönigend heißt – „Kontaktlinie“ setzt voraus, dass es gelingt, die logistischen Linien der Angriffsformationen zu treffen. Dann wäre ein Zustand denkbar, in dem das Regime Putin sieht, dass es durch weitere Verweigerung eines Waffenstillstandes mehr verlieren als gewinnen dürfte.



80. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen:

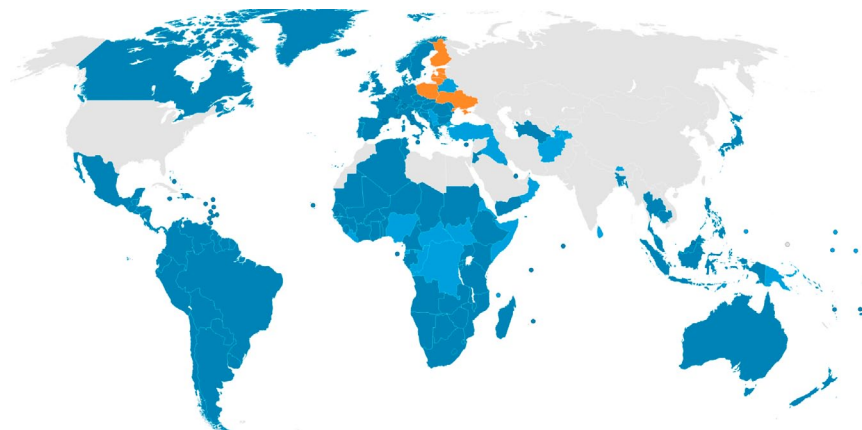
Grundlegende Prinzipien gegen Großmachtpolitik verteidigen!

Ulli Jäckel, Hamburg

Am 26. Juni kamen die Delegierten der UN-Vollversammlung zusammen, um diesen Jahrestag zu würdigen. Sie hoben die Erfolge der Weltorganisation beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, der Unterstützung der Dekolonisierung, der Friedenssicherung, Förderung der Menschenrechte und Entwicklung, Bereitstellung von Hilfslieferungen und dem Kampf gegen Bedrohungen wie den Klimawandel hervor. Angesichts der fortgesetzten Konflikte in Gaza, Ukraine und Sudan und der zunehmenden Herausforderungen für den Multilateralismus bezeichnete der Präsident der 79. Vollversammlung, Philemon Yang (Kamerun) die Lage aber als düster. Er forderte die Nationen auf, zu Dialog und Diplomatie zurückzukehren statt zu zerstörerischen Kriegen.

UN-Generalsekretär Guterres, der ebenfalls die Errungenschaften der Charta hervorhob, sagte:

„Wir erleben heute Angriffe auf die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen wie nie zuvor. Die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen souveräne Nationen. Die Verletzung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen. Angriffe auf Zivilisten und zivile Infrastruktur. Die Instrumentalisierung von Nahrungsmitteln und Wasser. Die Aushöhlung der Menschenrechte. Wir beobachten immer wieder ein allzu bekanntes Muster: Man befolgt die Charta, wenn sie passt, und ignoriert sie, wenn sie nicht passt. Die Charta der Vereinten Nationen ist nicht optional. Sie ist kein À-la-carte-Menü. Sie ist das Fundament der internationalen Beziehungen. Wir können und dürfen Verstöße gegen ihre grundlegendsten Prinzipien nicht normalisieren. Mehr denn je müssen wir das Völkerrecht respektieren



• de.wikipedia.org/wiki/Admiral_Kusnezow • de.wikipedia.org/wiki/Liste_aktiver_Flugzeugtr%C3%A4ger • de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cber_einkommen_%C3%BCber_das_Verbot_des_Einsatzes_der_Lagerung_der_Herstellung_und_der>Weitergabe_von_Antipersonenminen_und_%C3%BCber_deren_Vernichtung

und uns erneut dazu bekennen – in Wort und Tat.“

Die „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen“ (DGVN) schreibt in ihrer „Bonner Erklärung“ zu diesem Anlass: „Zunehmende Machtpolitik, die Erosion des internationalen Rechts und der Rückzug aus multilateralen Vereinbarungen schwächen die in der Charta der Vereinten Nationen von allen Mitgliedsstaaten

bekräftigten Ziele und Grundsätze. (...) Die zunehmenden geopolitischen Spannungen zwischen China, Russland und den USA, eine sich verschärfende Finanz- und Liquiditätskrise, die auch die Vereinten Nationen betrifft, die dramatische Zunahme weltweiter Krisen – von Naturkatastrophen über Pandemien bis hin zu bewaffneten Konflikten und systematischen Menschenrechtsverletzungen – verdeutlichen, dass die internationalen Herausforderungen an Komplexität und

Dringlichkeit zunehmen, während die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen zu schwinden droht. (...) Stattdessen drohen die Vereinten Nationen unter dem Druck struktureller Unterfinanzierung und mangels strategischer Reformen zentrale Programme nicht weiter bedienen zu können.“ Sie ruft dazu auf, globale Krisen gemeinsam anzupacken: „Deutschlands Partnerschaften mit Ländern des sog. Globalen Südens können frische Impulse für das UN-System erzeugen und neue Koalitionen schmieden helfen“; Multilateralismus gegen Blockaden zu verteidigen; eine völkerrechtsbasierte internationale Ordnung zu stützen, die Zivilgesellschaft und die Jugend einzubinden und die finanzielle Handlungsfähigkeit der UN sicherzustellen. Gerade angesichts des Rückzugs anderer Geber sei Deutschland gefordert, gemeinsam mit weiteren Mitgliedsstaaten zusätzliche Beiträge zu leisten, um die Handlungsfähigkeit des UN-Systems zu bewahren. (dgvn.de/meldung/bonner-erklarung-fuer-starke-vereinte-nationen-in-einer-zerklufteten-welt-die-zeit-zum-handeln-ist-jetzt)

ISRAEL / PALÄSTINA / NACHRICHTEN UND QUELLENHINWEISE

Abbas kündigt Wahlen zum Nationalrat an. Am 19. Juli kündigte Präsident Abbas Wahlen zum Palästinensischen Nationalrat bis zum Ende des Jahres an. Der Nationalrat ist das höchste Organ des PLO, www.haaretz.com/middle-east-news/2025-07-20/ty-article/.premium/palestinian-president-abbas-announces-election-for-national-council/00000198-26b4-dd39-a5bb-2fbfc300000?utm_ www.israelheute.com/erfahren/abbas-ruft-zu-wahlen-fuer-das-plo-parlament-auf/

Ausschluss des arabischen Abgeordneten Odeh aus der Knesset gescheitert: In einer hitzigen Sitzung unterstützten am 14. Juli nur 73 der erforderlichen 90 Abgeordneten (von 120) den Antrag, den Hadash-Taal-Vorsitzenden Ayman Odeh aus der Knesset zu werfen. Odeh hatte nach der Waffenstillstandsvereinbarung vom Januar getwittert: „Ich freue mich über die Freilassung der [israelischen] Geiseln und [palästinensischen] Gefangenen.

www.972mag.com/ayman-odeh-knesset-palestinian-voters/; <https://www.timesofisrael.com/motion-to-expel-odeh-from-knesset-fails-to-pass-amid-heckling-by-coalition-members/>; Haaretz, 19. 07. 25

Israelische Armee: Zahl der Dienstverweigerer steigt. Laut Medienberichten sollen schon über 100 000 Reservisten den Dienst in der IDF verweigern. Die „Neue Zürcher Zeitung“ zitiert am 12. Juli vier Soldaten, die in Gaza gekämpft haben und jetzt den Dienst verweigern. Sie machen der Regierung schwere Vorwürfe und

www.nzz.ch/international/nun-sind-wir-nicht-mehr-auf-der-seite-der-guten-israelische-soldaten-fragen-sich-wofuer-sie-noch-kaempfen-vier-von-ihnen-erzaehlen-id.1893184?ga=1&id=nl217&mktcid=nled&mktcval=217&utm_medium=EMAIL&utm_source=MoEngage • www.haaretz.com/israel-news/2025-06-27/ty-article-magazine/.premium/idf-soldiers-ordered-to-shoot-deliberately-at-unarmed-gazans-waiting-for-humanitarian-aid/00000197-ad8e-de01-a39f-fbbe33780000?utm_

EU über Israel-Sanktionen gespalten. Die Forderung Spaniens, Irlands, Belgiens und Maltas, wegen der Verstöße Israels gegen das Völkerrecht den Kooperationsvertrag auszusetzen, fand in der Außenministerkonferenz keine Mehrheit. Unter Verweis auf ein Abkommen, in dem sich Israel bereit erkläre, mehr humanitäre Hilfe nach Gaza zu lassen, wurden Sanktionen abgelehnt. 13 ehemalige deutsche Botschafterinnen und Botschafter haben einen Appell an die Bundesregierung gerichtet und fordern darin eine klarere Nahostpolitik – insbesondere gegenüber Israel. Am 11. Juli veröffentlichten 23 ehemalige EU-Botschafter im Nahen Osten eine Er-

nicht zu verwechseln mit dem Palästinensischen Legislativrat, dem Parlament der Autonomiebehörde. Die Hamas und der Islamische Jihad gehören der PLO nicht an. Die Wahlen wären die ersten seit 2006.

Von nun an müssen beide Völker vom Joch der Besatzung befreit werden. Wir wurden alle frei geboren.“ 70 Abgeordnete aus der Regierungskoalition und der Opposition hatten daraufhin seinen Ausschluss aus der Knesset beantragt. Am 19. Juli umzingelten und attackierten rechtsextreme Aktivisten ein Fahrzeug, in dem sich Ayman Odeh befand. Dabei wurde die Windschutzscheibe durch einen Steinwurf zertrümmert.

berichten von sinnlosen Zerstörungen und wahllosen Tötungen, die von Vorgesetzten angeordnet wurden.

Bereits am 27. Juni hatten Soldaten der Zeitung „Haaretz“ berichtet, dass die Armee vorsätzlich das Feuer auf Zivilisten eröffnet habe, die auf humanitäre Hilfe warteten.

klärung, in der sie die Androhung wirksamer Maßnahmen seitens der EU forderten, sollte Israel sein Verhalten nicht ändern. „Das Untätigbleiben würde den bereits angeschlagenen Ruf der EU in der Region und allgemein ihre Außenpolitik weltweit weiter schädigen.“

Spanien, Portugal und Irland beteiligten sich an der Konferenz der Den-Haag-Gruppe in Bogota/Kolumbien, auf der 30 Staaten am 16. Juli Maßnahmen gegen Waffenlieferungen an Israel und die Unterstützung der internationalen Justiz bei der Aufklärung und Ahndung von Verbrechen im Zusammenhang der Besetzung und des Krieges in Gaza beschlossen.

335 ehemalige UN-Beamte und zahlreiche ehemalige Ministerpräsidenten und hochrangige Politiker des „Club de Madrid“ haben aus diesem Anlass einen „Aufruf zu Rückbesinnung“ unterzeichnet, in dem es heißt: „Wir, die wir der UNO und ihrer Charta gedient haben, haben ihr Versprechen, ihre Zerbrechlichkeit und ihre Wirksamkeit erlebt. Heute werden die Grundsätze, auf deren Wahrung wir geschworen haben, systematisch angegriffen. Kriege wüten. Autoritarismus breitet sich aus. Fakten gehen in der Propaganda unter. Junge Menschen sind von Ausgrenzung und Verzweiflung bedroht. Hier geht es nicht nur um die Missachtung des Völkerrechts. Es geht um die systematische Demontage der Rechtsstaatlichkeit, Stück für Stück, Norm für Norm. (...) Wir rufen dazu auf, das Völkerrecht zu stärken, gewaltsame Konflikte zu verhindern und die globalen Finanzsysteme so umzugestalten, dass sie Chancen für alle und überall schaffen, anstatt die Ungleichheit aufrechtzuerhalten.“ (<https://www.foggs.org/prg/call-un-charter-at-80/>)

Der Mit-Initiator des Aufrufs Giorgios Kostakos schreibt: „Wo bleibt in all dem die UN-Charta, abgesehen von den oft unehrlichen Verweisen nationaler oder regionaler Führungspersonlichkeiten darauf, die Selbstverteidigung für präventive Angriffe auf andere geltend machen, die schamlos „im Namen der internationalen Gemeinschaft“ sprechen und im Alleingang zu bestimmen versuchen, was mit dem Völkerrecht vereinbar ist und was nicht? Kollektive Gremien sind gelähmt,

The Capitals, 16. 07.; <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-07/nahostpolitik-botschafterinnen-aufruf-israel-gaza-voelkerrecht>; <https://euobserver.com/eu-and-the-world/ar1a42695e>; <https://cloud.progressive.international/s/>

insbesondere der UN-Sicherheitsrat. Die Vetos seiner ständigen Mitglieder, insbesondere der „P3“ (China, Russland, USA), ermöglichen die Fortsetzung von Angriffskriegen und regelrechtem Völkermord in der Ukraine, im Gazastreifen, im Nahen Osten, im Sudan und darüber hinaus. Die Resolutionen der Generalversammlung, die von der Mehrheit der Länder der Welt angenommen wurden, scheinen die richtige Balance zwischen der Hauptschuld und den zu ergreifenden Maßnahmen zur Wiedergutmachung von Ungerechtigkeiten zu finden. Anders als die Resolutionen des Sicherheitsrats, der gemäß Artikel VII der UN-Charta handelt, sind die Resolutionen der Generalversammlung für die Staaten der Welt jedoch nicht bindend. (...) Wenn wir uns nach so vielen Jahrzehnten multilateraler Praxis in diesem traurigen Zustand befinden, was kann man dann von der UN und ihrer Charta erwarten, in einer Zeit autoritärer politischer Führer und superreicher Einzelpersonen – manchmal sogar beides in einem –, die mächtige Militärs, Finanzen und Hochtechnologie kontrollieren? (...) Die schweigende Mehrheit der anständigen Menschen soll den Kopf erheben und eine Rückkehr zu verfassungsmäßiger Ordnung und Anstand, ethischer Regierungsführung und der Einhaltung internationaler Verträge und Abkommen fordern.“ (www.tovima.com/opinions/the-un-charter-turns-80-does-anybody-care/)

Der irakische Diplomat Mudhafar al-Jburi analysiert die bisherigen – erfolglosen – Versuche, die Charta zu reformieren und fordert, bei einer Blockade des Sicherheitsrates die Generalversammlung zum Handeln zu ermächtigen: „Das Veto, eigentlich als Instrument zur Konsenssicherung zwischen den Großmächten gedacht, ist stattdessen zu einer Waffe geworden, um nationale Interessen durchzusetzen, die Justiz zu behindern und Massengräueln zu begehen. Von Syrien über die Ukraine bis hin zum Gazastreifen ist das Veto einer der größten strukturellen Mängel des UN-Sicherheitsrats. Es untergräbt seine Glaubwürdigkeit und verrät das Prinzip der souveränen Gleichheit, zu dessen Wahrung die UN gegründet wurde. (...) Öffentlicher Druck und die Interessenvertretung kleinerer Staaten, der Zivilgesellschaft und der Weltbevölkerung sind entscheidend für Reformen. Die menschlichen Kosten der Untätigkeit des UN-Sicherheitsrats – Millionen Vertriebene, unzählige Todesopfer – hervorzuheben, kann Unterstützung für Veränderungen mobilisieren.“

(www.thenationalnews.com/opinion/comment/2025/07/09/for-80-years-now-superpowers-have-used-their-un-veto-like-a-dangerous-weapon/)

Guam: Indigene Bevölkerung contra US-Truppen

Edda Lechner, Norderstedt

Im nordwestlichen Pazifik, nahe den Nördlichen Marianen gelegen, gehört die kleine Insel Guam mit ihren rund 500 qkm Fläche und gerade mal 180 000 Einwohnern zu den sogenannten „Außengebieten“ der USA, zu denen im Pazifik außerdem zehn weitere meist unbewohnte „sonstige Inseln“ wie z.B. Samoa, das Johnston- und Wake-Atoll, die Midway-Inseln gehören. Unter diesem Schutzstatus konnten die gerade mal entstandenen Vereinigten Staaten Ende des 19. Jahrhunderts ähnlich den europäischen Mächten eigene koloniale Interessen durchsetzen – vor allem aus militärischen Gründen. So sind denn bis heute einige tausend amerikanische Marinesoldaten im Pazifik stationiert. Sie spielten nach dem Zweiten Weltkrieg in den heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem mit den deutschen und italienischen Nazis verbündeten Japanern im Kampf gegen Russland und China um den ostasiatischen Raum eine große Rolle.

Auf Guam und den Marianen lebten seit Jahrhunderten bis heute hin die indigene Bevölkerung der Chamoru. Bereits seit Beginn der amerikanischen Verwaltung geriet deren Sprache systematisch unter Druck. Die US-Marine führte von Anfang an eine Reihe von Maßnahmen ein, um die Sprache der dort lebenden Menschen aus dem Alltag und insbesondere dem Bildungssektor zu verdrängen. Bis in die 1970er-Jahre hat eine Kombination aus heftigen Bestrafungen bei Verwendung der Chamoru-Sprache und gleichzeitigem Druck, sich an die amerikanische Kultur anzupassen, dazu geführt, dass heute kaum mehr als 5% der jungen Menschen auf Guam ihre eigene Sprache fließend sprechen können.

Inzwischen setzen sich aber immer mehr Chamoru dafür ein, ihre althergebrachte Sprache wiederzubeleben und damit ihre 3500 Jahre alte Kultur zu erhalten. Sie haben dazu eigene Kindergärten und Schulen eingerichtet und es gibt vor allem für junge Leute wie auch für Erwachsene ein wachsendes Angebot an Online-Materialien und Sprachkursen. Und damit hat sich das brutal eingeführte imperiale Verhältnis zwischen der indigenen Bevölkerung und den fremden Besatzern verschärft. Jetzt kommt hinzu, dass das US-amerikanische Verteidigungsministerium plant, in den kommenden Jahren weitere 4 000 Marinesoldaten auf Guam anzusiedeln, bzw. besser formuliert: umzusiedeln. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges war es den US gestattet, auf der nahe gelegenen japanischen Insel Okinawa bis zu 30 000 Militärs und zusätzliches Personal zu stationieren. Trotz der Rückgabe dieser Insel an Japan im Jahr 1972 blieb dort die Präsenz der Amerikaner so gut wie unverändert. Der Grund: die strategische Relevanz wegen der geopolitischen Entwicklungen in der Taiwan-Straße, sowie dem Aufstieg Volksrepublik China und Bedrohung durch Nordkorea. Die USA nutzen Okinawa als „stationären Flugzeugträger“ im westlichen Pazifik, aber auch hier seit Jahrzehnten in starkem Widerspruch zu den Inte-

ressen der dort wohnenden Bevölkerung, die gegen die Militärpräsenz von mehr als 10 000 SoldatInnen anhaltend Kritik geübt hat.

Jetzt sollen 4 000 amerikanische Marine-SoldatInnen von Okinawa nach Guam verlegt werden, um in der geopolitischen Weltlage den USA-Einfluss gegenüber China sichern zu können. Im Fall einer Konfrontation mit der Volksrepublik ist die Insel Guam im Nordosten mit Sicherheit dann das erste Angriffsziel. Bereits jetzt sind die konkreten Auswirkungen der Truppenaufstockung auf Guam zu spüren. Der Zustrom von Militärpersonal führt dazu, dass für die Einwohner der Wohnraum knapp wird, die Marktpreise werden in die Höhe getrieben und die vielen Militärübungen verursachen Umweltschäden. Die einheimische Bevölkerung hat zudem keinerlei Einfluss auf das zuständige ame-



Im Übersee-Museum in Bremen gibt es seit Ende März 2025 eine Ausstellung über die Kultur der Inseln im Pazifik.

CC BY-SA 4.0 © Übersee-Museum Bremen, Foto Volker Beinhorn, Übersee-Museum Bremen, Bahnhofplatz 13, 28195 Bremen. www.uebersee-museum.de/das-magazin-zur-ausstellung/

rikanische Verteidigungsministerium, auch wenn es immerhin eine für die zuständige Gouverneurin mit Namen Lou Lon Guerrero gibt. Eine Kommission soll sich nun per Referendum um mehr Autonomie kümmern. Drei Optionen stehen dafür zur Auswahl:

1. Guam wird ein eigener Bundesstaat mit Wahlrecht
2. Es bekommt eine eigene Assoziationsfreiheit wie die „Föderierten Staaten von Mikronesien“ oder Palau
3. Guam erhält seine vollständige Unabhängigkeit von den USA.

Letzteres ist angesichts der Erfahrungen mit dem imperialen USA der letzten Jahrzehnte und ihrer jetzigen Regierung wohl kaum zu erwarten. Auch wenn die Widerstände und Aktionen der indigenen Bevölkerung zunehmen.

„Linke Antworten auf reale Bedrohungen“

Interview mit Martin Schirdewan, von 2022 bis 2024 Vorsitzender der Partei Die Linke, ist seit 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments und aktuell Co-Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament (GUE/NGL).

Politische Berichte: Anfang Juni haben große deutsche Friedensforschungsinstitute ihr „Friedensgutachten 2025“ vorgestellt. Darin empfehlen sie, Europa solle seine sicherheitspolitische Eigenständigkeit stärken. Die USA unter Trump bewegten sich in Richtung Autokratie, die Beistandsklausel des Nato-Vertrages sei durch Trump faktisch obsolet. Ist das auch deine Wahrnehmung? Kritik an Hochrüstung und wahnwitzigen Fünf-Prozent-Klauseln ist sicher richtig. Aber sollte die Linke nicht auch eigene sachlich begründete Vorschläge für eine europäische Verteidigung entwickeln?

Martin Schirdewan: Mit der Wiederwahl Donald Trumps und dem autoritären Kurs in den USA steht Europa sicherheitspolitisch vor einem Bruch. Die transatlantische Verlässlichkeit ist erschüttert, die Nato-Beistandsklausel verliert auch in konservativen Kreisen an Glaubwürdigkeit. Europa muss daraus Konsequenzen ziehen – in Form strategischer Unabhängigkeit, aber nicht durch blinde Hochrüstung. Strategische Unabhängigkeit bedeutet aus sozialistischer Perspektive zuerst Energie-, Ernährungs- und digitale Souveränität, ein funktionierendes Gesundheitssystem, Investitionen in Industrie, Forschung- und Entwicklung, Bildung.

Das von der Nato angestrebte Fünf-Prozent-Ziel bedeutet nichts anderes als einen massiven Ausbau der Rüstungsbudgets – auf Kosten von Bildung, Gesundheit und sozialem Zusammenhalt. Nachhaltige Sicherheit entsteht jedoch nicht durch immer neue Waffensysteme, sondern durch gesellschaftliche Resilienz und friedliche Konfliktlösung. Wir wollen mehr politische Eigenständigkeit und ein Ende der Abhängigkeit von Nato-Doktrinen.

Wir als Linke fordern deshalb eine europäische Sicherheitsarchitektur, die neben der notwendigen Verteidigungsfähigkeit primär auf Abrüstung, Diplomatie und sozialer Stabilität beruht. Es braucht Investitionen in zivile Krisenprävention, in Cybersicherheit, in Klimaanpassung – nicht in neue Raketen. Die Rüstungsindustrie gehört verstaatlicht und demokratisch kontrolliert – und nicht auf Rendite getrimmt.

SPD und Grüne plädieren für eine stärkere europäische Verteidigung, scheinen

das allerdings immer noch mit weltweiten interventionistischen Positionen zu verknüpfen. Statt wie früher am Hindukusch Deutschland zu verteidigen, müssen nun das Horn von Afrika oder die Meerenge zwischen China und Taiwan für Aufrüstung und Flottenpolitik herhalten. Gibt es demgegenüber in der links-grünen Fraktion im EP so etwas wie einen Konsens, dass „Verteidigung Europas“ an den Grenzen Europas endet? Wenn ja, was folgt daraus?

In der Linksfraktion im Europäischen Parlament herrscht Einigkeit: „Verteidigung Europas“ darf nicht als Türöffner für globale Interventionspolitik missbraucht werden. Der Einsatz europäischer Kriegsschiffe im Indopazifik oder am Horn von Afrika ist keine Verteidigung, sondern machtpolitisches Muskelspiel. Unsere sicherheitspolitische Ma-



Martin Schirdewan

xime ist die Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Nichtangriffsfähigkeit.

Deshalb setzen wir uns für eine strikt defensive, an den Grenzen Europas orientierte Sicherheitsstrategie ein – ohne globale Machtprojektion, ohne geostrategische Eskalation. Gemeinsame Verteidigungsstruk-

turen in Europa können sinnvoll sein, wenn sie Koordination, Abrüstung, demokratische Kontrolle und Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen.

Die Nato bleibt dabei ein Problem. Ihr Einfluss auf europäische Außen- und Sicherheitspolitik behindert eine eigenständige, friedensorientierte Ausrichtung der EU. Unser Ziel ist eine klare Trennung: Die EU darf nicht der Juniorpartner eines transatlantischen Militärblocks sein, sondern muss ein zivilpolitischer Akteur werden, der auf Kooperation statt Konfrontation setzt.

Die Zahl von länderübergreifenden militärischen Kooperationen in Europa nimmt zu. Die Bundeswehr in Litauen und deutsch-niederländische Militärstrukturen beispielsweise. Auch die Kooperation im Bereich der Rüstungsindustrie soll ausgebaut werden. Macron bietet Deutschland Frankreichs nuklearen Schutz an. Wie wird darüber im EP und in der GUE/NGL diskutiert?

Leider erleben wir, dass unter dem Deckmantel „gemeinsamer Verteidigung“ immer mehr militärische Strukturen geschaffen werden, etwa die dauerhafte Stationierung der Bundeswehr in Litauen oder bi- und trilaterale Kommandostrukturen. Das birgt die Gefahr, dass sich der Fokus von Verteidigung zu geopolitischer Eskalation verschiebt.

In der Fraktion The Left lehnen wir diese Entwicklung klar ab – wie auch die Pläne zur Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie, die am Ende nur Konzernen wie Rheinmetall und Dassault nutzt. Besonders gefährlich ist Macrons Vorstoß, Frankreichs nuklearen Schutzschirm für Europa zu öffnen. Atomwaffen schaffen keine Sicherheit – sie steigern das Risiko globaler Eskalation.

Wir sagen klar: Europa braucht Sicherheit durch nukleare Abrüstungsinitiativen, nicht atomare Drohkulissen. Statt hunderte Milliarden in militärische Strukturen zu stecken, sollte die EU ein Vorreiter für die Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrags werden.

Von konservativer Seite wird eine Rückkehr der Hochschulen zur Rüstungsforschung und die Streichung der Zivilklausel verlangt. Sind das auch Themen im Europaparlament und in der Fraktion von The Left?

Die Forderung nach Rückkehr zur Rüstungsforschung an Hochschulen ist ein klarer Rückschritt – und die Abschaffung der Zivilklausel ein Angriff auf die Autonomie der Wissenschaft. Universitäten sollten Räume für zivilgesellschaftliche Innovation und Bildung, nicht für militärische Entwicklung sein.

Im Europäischen Parlament setzen wir uns daher für eine klare Trennung von ziviler und militärischer Forschung ein. Programme wie der Europäische Verteidigungsfonds führen dazu, dass Forschung zunehmend unter sicherheitspolitischen Zielen gestellt wird. Das lehnen wir ab.

Wir fordern stattdessen, dass öffentliche Forschung konsequent dem Gemeinwohl dient: etwa bei der Bewältigung der Klimakrise, bei sozialer Innovation oder ziviler Konfliktbearbeitung. Die Abschaffung von Zivilklauseln wäre das falsche Signal – gerade jetzt, wo friedliche Perspektiven und wissenschaftlich gestützte Lösungen dringender denn je gebraucht werden.

In der Lübecker Bucht wurde 2024 ein Pilotprojekt zur Kampfmittelräumung in der Ostsee gestartet. Wenn das auf alle Ostseerainerstaaten ausgedehnt

wird, müsste auch Russland einbezogen werden. Könnte das ein Schritt zurück zu einer stärker regelbasierten internationalen Ordnung sein? Gibt es darüber Debatten im EP?

Das Pilotprojekt zur Kampfmittelräumung in der Lübecker Bucht ist ein überragender Schritt. Millionen Tonnen Munition rosten am Meeresgrund der Ostsee und gefährden Ökosysteme, Schifffahrt und Küstenbevölkerung. Eine europäische Initiative zur Räumung wäre nicht nur ökologisch sinnvoll – sie könnte auch neue Wege der Kooperation eröffnen.

Ohne jede Naivität, denn die geostrategischen Verschiebungen und Schwierigkeiten durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sind ja evident: Wenn alle Ostseeanrainer einbezogen werden – auch Russland –, entsteht die Chance für vertrauensbildende Maßnahmen jenseits militärischer Konfrontation. Solche Projekte könnten zeigen: Sicherheit entsteht auch durch gemeinsame Verantwortung für Umwelt und Lebensgrundlagen.

Im Parlament wird das zunehmend erkannt. Wir bringen diese Themen in Ausschüssen und Berichten ein, auch als Beitrag zu einer nichtmilitärischen europäischen Sicherheitspolitik. Kampfmittelräumung ist konkrete Friedensarbeit – und ein Ansatz, um Dialog statt Abschreckung zu fördern.

Wenn wir richtig informiert sind, gibt es in Teilen der Europäischen Linken Überlegungen, sich dem schwierigen

Thema Verteidigungspolitik zu nähern über die Stärkung des Zivilschutzes, der Verteidigung der Zivilbevölkerung bei möglichen Angriffen. Könnte das ein Weg sein, um auch in der The Left im EP und in der Linkspartei einen Einstieg in Themen der Verteidigungspolitik zu versuchen?

Sicherheit muss neu definiert werden. Nicht allein als militärische Stärke, sondern als Fähigkeit, unsere Gesellschaften krisenfest, solidarisch und handlungsfähig zu gestalten. Der Ausbau von Zivilschutz, Infrastrukturresilienz und Katastrophenvorsorge ist daher ein zentraler Bestandteil linker Sicherheitspolitik.

In der Europäischen Linken wächst die Überzeugung, dass wir uns dem Thema Verteidigung nicht verweigern dürfen: mit dem Fokus auf Schutz der Zivilbevölkerung, auf Gesundheitssysteme, auf sichere Kommunikation, auf demokratische Strukturen. Das ist keine Flucht vor der Realität, sondern ein konstruktiver Gegenentwurf zu Militarisierung und Wettrüsten.

Auch in unserer Fraktion diskutieren wir, wie wir diese Themen stärker in die europäische Debatte einbringen können. Zivile Verteidigung ist ein Türöffner, um linke Antworten auf reale Bedrohungen zu formulieren – ohne in militärische Logiken zu verfallen.

Die schriftlichen Fragen stellten Christoph Cornides, Rüdiger Lötzer und Rolf Gehring.

Dänischer Vorsitz im Rat der EU: 1. Juni bis 31. Dezember 2025

Eva Detscher, Karlsruhe. Zum achten Mal sitzt Dänemark mit seiner Premierministerin Mette Frederiksen dem Rat der EU vor. Dänemark, ein Anrainer-Staat der Ostsee (wie auch Polen, Ratsvorsitz bis 30.6.), fokussiert unter dem Motto „Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel“ auf die „sich wandelnde geopolitische Landschaft, die von Unsicherheit, globalem strategischem Wettbewerb, einem technologischen Wettlauf und zunehmendem Konflikt geprägt ist“. Die europäische Einheit, eine solide wirtschaftliche Grundlage, stabile Demokratien und sozial ausgewogene Gesellschaften sieht der dänische Ratsvorsitz als Stärke und als Herausforderung für Europa. Europäische Verteidigungsindustrie, politische, militärische, wirtschaftliche und zivile Unterstützung für die Ukraine sowie Druck auf Russland prägen die Schwerpunktsetzungen, auch die migrationspolitischen Ansätze sind der Schaffung von sicheren Außengrenzen untergeordnet.

In einem Beitrag zur dänischen Ratspräsidentschaft hebt die Deutsche Sozialversicherung Europavertretung DSV auf folgende Punkte ab: „Laut dem dänischen

Programm ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit ein Eckpfeiler der Zusammenarbeit in der EU“. Sie möchte „Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen vorantreiben, darunter die sechste Überarbeitung der Richtlinie über karzinogene, mutagene und reproduktionstoxische Stoffe“, „angemessene Rahmenbedingungen für Praktika in der gesamten EU sicherstellen und schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen verhindern“. Gleichbehandlung und Anti-Diskriminierung im Zuge der „Aktualisierung der Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ will Dänemark befördern, im Gesundheitsbereich die Mitgliedsländer stärken hinsichtlich Krisen und Naturkatastrophen, Arzneimittelzugang und speziell der Bedrohung durch antimikrobielle Resistenzen einen „One-Health-Ansatz“ verfolgen, der Tiergesundheit und menschliche Gesundheit miteinander verbindet.

<https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/presidency-council-eu/>

<https://dsv-europa.de/de/news/2025/06/daenische-ratspraesidentschaft.html>

und <https://dsv-europa.de/en/news/archive.php?filter=2025,06>

EU: Stichwort AStV

Rolf Gehring, Brüssel. AStV steht für Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (französisch Comité des représentants permanent – Coreper). Dieser Ausschuss wurde bereits 1958 nach dem Vorbild einer Koordinierungskommission im Bereich der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) eingesetzt. Rechtsgrundlage ist der Artikel 240 Abs. 1 des Vertrages zur Arbeitsweise der EU. In der Geschäftsordnung des Rates der Europäischen Union finden sich Ausführungen zur Arbeitsweise des AStV:

„Alle Punkte auf der Tagesordnung einer Ratstagung werden vom AStV einer vorherigen Prüfung unterzogen. Der AStV bemüht sich, auf seiner Ebene Einvernehmen zu erzielen, so dass er den betreffenden Text dem Rat zur Annahme unterbreiten kann. Ist ein Einvernehmen zustande gekommen, so wird der Punkt unter Teil A der Tagesordnung aufgenommen und vom Rat ohne Aussprache angenommen (...). Vom AStV können Ausschüsse oder Arbeitsgruppen zur Durchführung vorbereitender Arbeiten oder Untersuchungen eingesetzt werden.“

Es gibt einen AStV I (verantwortlich u.a. für die Politikbereiche Sozialpolitik, Beschäftigung, Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung und Umwelt) und einen AStV II (Allgemeine Angelegenheiten, Außenpolitik, Wirtschaft und Finanzen, Recht und Innenpolitik).

Die Mitglieder des AStV, die auf Weisung der Mitgliedstaaten handeln, bereiten die Sitzungen des Rates vor. Der AStV erstellt die Tagesordnung für die Ratssitzungen und bereitet Beschlussvorlagen vor. Zu den unstrittigen Gegenständen, werden sogenannte A-Punkte vorbereitet, die ohne Debatte im Rat beschlossen werden. Umstrittene Gegenstände werden unter B-Punkten gefasst. Findet in der Ratsdebatte keine Einigung statt, werden die Gegenstände im Regelfall an den AStV zurückverwiesen.

Der AStV tagt permanent und verhandelt parallel mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission auf Basis der im AStV formulierten Positionierungen. Praktisch haben damit die Mitgliedstaaten über den AStV eine zentrale Rolle in der Koordination und dem Aushandlungsprozess in der EU-Politik. In der öffentlichen Diskussion und Debatte wird die Kommission häufig als die eigentliche Initiativkraft auf EU-Ebene dargestellt, und dabei übersehen, dass sie durch die Ratsbeschlüsse einen politischen Rahmen und oftmals auch konkrete Vorgaben erhält.

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Bundesbauministerin Verena Hubertz will mit dem § 246e Baugesetzbuch Kommunen erlauben, Bauvorhaben ohne regulären Bebauungsplan innerhalb von zwei Monaten zu genehmigen. Die Regelung ist bis Ende 2030 befristet und soll eine flexible Handhabung baurechtlicher Vorgaben z.B. beim Lärmschutz ermöglichen, unter Wahrung einer „überschlägigen“ Umweltprüfung. Daran gibt es Kritik, da es zu einer Schwächung von Umweltstandards und Beteiligungsverfahren führt und ein zu starker Fokus auf Neubauflächen geführt wird. Außerdem fehlen Regelungen zum Sozialwohnungsbau und zentrale Hemmnisse wie Bodenpreise, Baukosten und Fachkräftemangel werden außer Acht gelassen.

Falscher Kurs beim Wohnungsbau – NABU kritisiert „Bau-Turbo“ auf Kosten von Natur und Klima

Mit der Novelle des Baugesetzbuchs will die Bundesregierung den Wohnungsbau beschleunigen. Doch Bauen im Eiltempo auf der grünen Wiese ist keine Antwort auf die Wohnungsfrage, sondern ein Rückschritt im Natur- und Klimaschutz. Am Mittwoch, 18. Juni 2025, hat das Bundeskabinett die Novelle des Baugesetzbuchs beschlossen. Die Neuerung soll voraussichtlich im Herbst 2025 in Kraft treten. Im Fokus steht dabei der Paragraph 246e, der den Wohnungsbau beschleunigen soll. Aus NABU-Sicht ein gefährlicher Irrweg, der den bereits viel zu hohen Flächenverbrauch in Deutschland weiter antreiben wird. Statt zur Lösung der Wohnungsfrage beizutragen, verschärft die Regelung bestehende Zielkonflikte um die Flächennutzung in Deutschland. Was steckt hinter dem „Bau-Turbo“? Mit dem neuen Paragraphen führt die Bundesregierung eine weitreichende Sonderregelung im Baugesetzbuch ein. Ursprünglich für Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt gedacht, gilt sie bald bundesweit bis 2030: Kommunen sollen auch ohne Bebauungsplan von zentralen Planungsgrundsätzen abweichen können. So können Gemeinden neue Baugebiete genehmigen, ohne ausreichende Berücksichtigung anderer öffentlicher Interessen – ein Geschenk für Investoren und die Bauwirtschaft. Dadurch droht die Beteiligungskultur in Deutschland verloren zu gehen, die sonst vielfältige Interessen ausgleicht, Konflikte mindert und Planungssicherheit schafft.

Beschleunigung ohne Rücksicht auf Verluste!

Die neue Regelung bringt erhebliche ökologische und stadtentwicklungspolitische Risiken mit sich. Die zentralen Kritikpunkte:

- **Neubau statt nachhaltiger Nutzung:** Die Gesetzesänderung berücksichtigt zwar auch Umnutzung und Umbau, legt den Fokus aber vor allem auf Neubau. Der tatsächliche Wohnungsbedarf spielt dabei keine Rolle mehr, denn die Neubau-Regelung gilt pauschal und bundesweit.
- **Mehr Flächenfraß und Zersiedelung:** Die erleichterte Genehmigung treibt die Versiegelung weiter voran, gefährdet

wertvolle Böden und untergräbt das Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Anstelle kompakter, flächensparender Entwicklung droht eine weitere Zersiedelung.

- **Abbau demokratischer Beteiligung:** Bereits das Gesetzgebungsverfahren war intransparent: Die Länder- und Verbändeanhörung zum Gesetzgebungsverfahren beschränkte sich auf lediglich 2,5 Werktage – deutlich unter dem üblichen Durchschnitt von rund zwei Wochen. Auch künftig drohen eingeschränkte Mitsprachemöglichkeiten für Anwohnende, Umweltorganisationen und Fachbehörden – ein Einfallstor für einseitige Investoreninteressen.

- **Belastung für Natur und Klima:** Grünflächen erfüllen zentrale Funktionen: Sie speichern Wasser, kühlen Städte und bieten Lebensräume für viele Arten. Ihre Bebauung verschärft die Folgen von Hitze und Starkregen – und schwächt unsere Anpassungsfähigkeit an die Klimakrise.

- **Dauerlösung statt Übergangsregel:** Ursprünglich befristet, soll Paragraph 246e nun bis 2030 verlängert werden – und droht damit zur neuen Normalität zu werden. Das gefährdet nicht nur den Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch eine ausgewogene Beteiligung, die alle Interessen berücksichtigt.

Mehr Wohnraum – aber an der richtigen Stelle

Klar ist: Deutschland braucht mehr bezahlbaren Wohnraum. Doch dieser muss umweltverträglich, sozial gerecht und zukunftsfähig entstehen. Statt übereiltem Neubau auf der grünen Wiese braucht es durchdachte, nachhaltige Lösungen im Bestand. Das geht durch Umbau, Aufstockung und die konsequente Nutzung innerstädtischer Flächen. Eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung setzt auf verbindliche Umweltprüfungen, echte Beteiligung der Öffentlichkeit und klare ökologische Leitplanken. Nur so lässt sich neuer Wohnraum schaffen, der nicht nur sozial gerecht, sondern auch naturverträglich und klimarobust ist.

www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/bauen/BauGB246e.html



Verbände fordern Streichung § 246e

Nein zu diesem „Bau-Turbo“ § 246e BauGB – Ja zu sozialer und nachhaltiger Stadtentwicklung

Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung sollte sich vor allem auf eine sorgfältig geplante Innenentwicklung sowie die optimale Nutzung und Aufwertung des Bestands konzentrieren, anstatt unversiegelte Flächen neu zu bebauen. Als breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Akteure fordern wir im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens die Streichung dieses Paragraphen aus dem Gesetzentwurf aus folgenden Gründen:

- 1. Kein Beitrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.** § 246e führt nicht zu bezahlbarem Wohnraum. Weder sind klare Vorgaben zum Bau von Mietwohnungen oder zur sozialen Wohnraumförderung enthalten, noch werden Mietpreisbindungen oder Schutzmechanismen für Mieter:innen gestärkt. Stattdessen wird es einfacher, bestehende Regelungen für Milieuschutz zum Schutz vor Mietpreissteigerungen zu umgehen. Dies begünstigt Verdrängungsprozesse in ohnehin angespannten Wohnungsmärkten und treibt die Mieten weiter in die Höhe.

- 2. Türöffner für Bodenspekulation auf Kosten der Allgemeinheit.** § 246e öffnet der Bodenspekulation Tür und Tor. Indem weitgehend von den Vorschriften des BauGB abgewichen werden kann, wird der Wettbewerb um Baurechte und Bauland verschärft. Dies begünstigt spekulative Grundeigentümer:innen und Investor:innen und führt zu weiter steigenden Bodenpreisen. Voraussichtlich werden vor allem der Handel mit Baurechten und Bauland sowie profitorientierte Bauprojekte gefördert, während die Schaffung bezahlbarer Wohnungen, nicht-kommerzielle Nutzungen und kleinteiliges Gewerbe auf der Strecke bleiben. Der „Bau-Turbo“ droht somit die soziale Ungerechtigkeit zu verschärfen und zementiert Fehlentwicklungen in der Bodenpolitik.

- 3. Gefahr für Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung.** § 246e schwächt den dringend notwendigen Schutz von wertvollen Grün- und Agrarflächen. Empfindliche Ökosysteme in

städtischen Randgebieten drohen zerstört und die Zersiedelung vorangetrieben zu werden, ohne dass dies dem bezahlbaren Wohnungsbau zugute kommt. Dies konterkariert sowohl das nationale Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, als auch die Verpflichtung aus der EU-Wiederherstellungsverordnung, bis 2030 keinen Verlust städtischer Grünflächen zu verzeichnen. Weiterhin werden Elemente der Novelle zur Förderung einer klimafreundlichen und klimaangepassten Stadtentwicklung ausgehebelt.

4. Angriff auf kommunale Selbstverwaltung und demokratische Planungskultur. Die Einführung des § 246e als Abweichungsverfahren ohne www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nachbarnatur/241008_verbaende-forderungspapier_streichung-246e.pdf

Architektenkammer NRW sieht Fehlanreize im „Bau-Turbo“ – und schlägt Korrekturen vor

Am 10. Juli 2025 berät der Deutsche Bundestag in Erster Lesung den Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung. Der darin enthaltene neue § 246e BauGB ist aus Sicht der Architektenkammer NRW in der vorliegenden Form abzulehnen. Er hebt grundlegende städtebauliche Prinzipien aus und konterkariert das Ziel, bezahlbaren Wohnraum sozial und ökologisch verantwortungsvoll zu schaffen. Der Gesetzentwurf sieht vor, Befreiungen nach § 246e BauGB nicht mehr auf Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt zu beschränken und ermöglicht sie auch im Außenbereich. Dies öffnet Tür und Tor für Fehlentwicklungen: Zersiedelung, Überkapazitäten und dauerhafte Infrastrukturkosten zulasten der Kommunen. Durch den Bau-Turbo würden steigende Infrastrukturkosten provoziert, die die Kommunen bei der Schuldenbremse langfristig nicht zahlen können.

Flächenausweisung ohne Baugebot – ein fataler Anreiz

Besonders kritisch ist, dass die Regelung ohne ein verpflichtendes Baugebot auskommt. Dadurch werden Baurechte geschaffen, ohne dass die Realisierung gesichert ist. Gerade in Verbindung mit der Möglichkeit, auch Einfamilienhäuser ohne Mindestwohnungszahl zu errichten, führt dies zu einer Aufwertung von Flächen, die der Allgemeinheit und den Kommunen keinen Nutzen bringt – ein „Vermögens-Turbo“ statt eines „Bau-Turbos“.

www.aknw.de/aktuelles/news/details/news/aknw-sieht-fehlanreize-im-bau-turbo-und-schlaegt-korrekturen-vor

Deutsche Umwelthilfe (DUH): „Bodenspekulation und Naturzerstörung statt bezahlbarem Wohnraum und Klimaschutz“

Trotzmassiver Kritik aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Fachwelt hat die Bundesregierung heute den sogenannten Bau-Turbo (§ 246e BauGB) im Kabinett beschlossen. Der Paragraph soll Pla-

teiligung greift die demokratische Planungskultur an und stellt die kommunale Selbstverwaltung grundsätzlich in Frage. Die Aufgabe der Planungsträgerinnen soll vollständig auf die Genehmigungsbehörden verlagert werden. Diese verfügen weder über die nötigen Instrumente noch Kapazitäten, um komplexe Interessenkonflikte zu lösen. Das trilaterale und fristengebundene Genehmigungsverfahren zwischen Bauherrinnen, Genehmigungsbehörde und Kommune ist hierfür nicht geeignet. Das alles steht im Widerspruch zu den rechtsstaatlichen Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft und den Zielen und Grundsätzen einer nachhaltigen, geordneten städtebaulichen Entwicklung.

www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nachbarnatur/241008_verbaende-forderungspapier_streichung-246e.pdf

Vorschläge zur Korrektur

Sollte die Einführung des § 246e BauGB nicht verhindert werden können, sind aus Sicht der Architektenkammer NRW folgende Mindestkorrekturen erforderlich:

- Beschränkung auf angespannte Wohnungsmärkte, definiert nach § 201a BauGB.
- Begrenzung auf den Innenbereich und klarer Ausschluss von Flächenausweisungen im Außenbereich ohne bestehende planerische Grundlage.
- Verpflichtendes Baugebot mit Frist von 1,5 bis 3 Jahren zur Realisierung, andernfalls Erlöschen der Genehmigung.
- Mindestanzahl von sechs Wohneinheiten, um Geschosswohnungsbau zu fördern.
- Verbindliche Quote von mindestens 50 % bezahlbarem Mietwohnungsbau.
- Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung bei größeren Vorhaben (ab 20 bzw. 50 Wohneinheiten). Es bräuchte die Möglichkeit zur Beteiligung von Fachdienststellen und Öffentlichkeit bei größeren Vorhaben, denn dazu reichen die derzeit vorgesehenen Fristen nicht aus.

Ohne diese Anpassungen droht der Gesetzentwurf, bestehende Probleme zu verschärfen, statt zu lösen.

Die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen – mit ihren rund 32 000 Mitgliedern – appelliert daher an die Verantwortlichen, den § 246e BauGB grundlegend zu überarbeiten oder aus dem Gesetz zu streichen.

nungsprozesse für den Wohnungsbau beschleunigen – bislang allerdings auf Kosten von Umweltstandards, demokratischer Mitbestimmung und nachhaltiger Stadtentwicklung. Die Deutsche Umwelt-

hilfe (DUH) kritisiert den geplanten Beschluss scharf und fordert eine Sanierungsoffensive und einen „Umbau-Turbo“ statt Neubau auf der grünen Wiese.

Dazu Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH:

„Dieses Gesetz markiert einen neuen Tiefpunkt in der deutschen Baupolitik: Neue Einfamilienhäuser auf bislang unbebauter Fläche sollen ermöglicht, Umweltstandards und Beteiligungsrechte mit der Brechstange ausgehebelt werden. Bezahlbarer Wohnraum entsteht so nicht – stattdessen drohen Bodenspekulation und Naturzerstörung. Der blinde Glaube an das Mantra ‚bauen, bauen, bauen‘ wird die Wohnungskrise nicht lösen. Statt aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und auf soziale und ökologische Stadtentwicklung zu setzen, will die neue Bauministerin Hubert Neubau um jeden Preis.“

Wir brauchen eine Sanierungsoffensive und einen echten ‚Umbau-Turbo‘ im Bestand. Andernfalls vergrößert sich die Klimälücke im Gebäudebereich noch weiter. Der Bundestag muss den Paragraphen 246e im parlamentarischen Verfahren dringend nachbessern.“

www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/kabinett-beschliesst-bau-turbo-bodenspekulation-und-naturzerstoerung-statt-bezahlbarem-wohnraum-und/

Mieterbund sieht Bauturbo aufgrund mangelnder Sozialverträglichkeit kritisch

Der Deutsche Mieterbund (DMB) bewertet die vorgesehenen Verlängerungen des Umwandlungsschutzes (§ 250 Baugesetzbuch) und der Bestimmung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt (§ 201a) um fünf Jahre als außerordentlich wichtig, da beide Regelungen befristet sind und Ende 2025 bzw. 2026 auslaufen. Beide Instrumente sind zentral zum Schutz vor Verdrängung und Kündigung von Mieterhaushalten sowie zur Nutzung von Vorkaufsrechten oder Baugeboten für Kommunen. Der DMB bewertet die Verlängerung als sachgerecht, fordert aber einen flächendeckenden Schutz vor Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und eine dauerhafte Entfrischung der beiden Instrumente.

Die Ausgestaltung des sogenannten „Bau-Turbos“ sieht der DMB aufgrund mangelnder Sozialverträglichkeit kritisch und fordert umfangreiche Änderungen. Insgesamt ist der vorliegende Gesetzentwurf zwar zu begrüßen, bleibt aber im Ergebnis zu kleinteilig, um die Probleme des Wohnungsmarktes perspektivisch zu lösen.

mieterbund.de/themen-und-positionen/stellungnahmen/stellungnahme-zum-entwurf-eines-gesetzes-zur-beschleunigung-des-wohnungsbau-und-zur-wohnraumsicherung/

Kirche kritisch gegen Krieg und Kriegsgeschrei

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt. Krieg und Kriegsgeschrei beherrschen in diesen Tagen und Wochen die Medien und den öffentlichen Diskurs. Wer „kriegstüchtig“ werden will, wer die stärkste konventionelle Armee Europas auf die Beine stellen will, der muss nicht allein Milliarden von Euros in Waffen und Gerät investieren, der muss vor allem Hegemonie und Hoheit über die öffentliche Meinung der Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Neuformatierung der Erinnerungskultur, konkret der Umgang mit der eigenen militärisch-militaristischen Vergangenheit.

Foto: Hamburg Bramfeld: Eine Schautafel kommentiert das Kriegerdenkmal. Weiterführende Info ist hier zu finden: <https://www.denk-mal-gegen-krieg.de/> Foto: Marlise Appel, Evangelische Akademie der Nordkirche



Die Kirchen, mit ihren Traditionen und Ritualen, sind dabei ein erheblicher Bestandteil dieser Erinnerungskultur. Der erste Volkstrauertag wurde 1925 begangen. Als Tag „für die im Weltkriege Gefallenen“, so hieß es damals. Um die 100 000 Ehrenmäler sind seitdem in Städten und Dörfern in ganz Deutschland errichtet worden. Darauf wird der gefallenen Soldaten aus dem deutsch-französischen Krieg, in Schleswig-Holstein auch der Erhebung gegen den dänischen König 1848/50, sowie den Soldaten der beiden Weltkriege gedacht. Auf hunderten von sogenannten Kriegerdenkmälern mit einer Anmutung von Heldenverehrung wird durch Inschriften wie „Sie starben fürs Vaterland“ oder „Sie ließen ihr Leben für Deutschlands Einheit und Größe“ dem Tod der Soldaten Sinn gegeben: „Sie litten und stritten und starben für ein hohes Gut“, denn „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen!“ So das Zitat des Dichters Heinrich Lersch; es findet sich nach wie vor auf dem 1936 eingeweihten Kriegsklotz am Hamburger Dammtorbahnhof.

Die NS-Regierung erklärte 1934 den Volkstrauertag per Gesetz zum „Heldengedenktag“. Kirchliche Vertreter – damals ganz offen, ab den 1950er Jahren dann etwas kleinlauter – scheuten nicht den Vergleich zwischen dem Opfertod Jesu und dem Sterben der deutschen Soldaten: „Niemand hat größere Liebe denn die, dass er sein Leben lässt für die Freunde.“ (JOH. 15,13) Dieser Text aus dem Johannesevangelium wird häufig verwendet, wobei „Freunde“ synonym zum „deutschen Volk“ gesetzt wird. „Auch unsere Kameraden, mit denen wir Seite an Seite gekämpft, haben einen gerechten Kampf gekämpft, indem sie für ihr Vaterland, für ihr Volk, für uns ihr Leben hergaben.“ Die Geistlichen verlasen dann die Namen der Gefallenen. „Nach der Niederlegung der Kränze krachte die Ehrensalue über den Hügel ...“, so wird immer wieder dieses Ritual überliefert.

Und heute? In Werbekampagnen, auf Plakaten, in Social-Media-Beiträgen der Bundeswehr wird das Risiko des Todes eher ausgeblendet. Die Realität von Kampf, Verwundung oder Tod spielt in der Außendarstellung noch eine untergeordnete Rolle. Anders im Lebenskundlichen Unterricht und bei Vereidigungen. Bereits drängend fragt der Reservistenverband nach: „Wo sind die Helden? Welche Vorbilder braucht eine ‚kriegstüchtige‘ Bundeswehr, die das Land und das Bündnis verteidigen soll?“

Für die Kirche ist Erinnern zentraler Bestandteil ihrer Existenz, alle kirchlichen Rituale beruhen auf Gedenken. Das Buch der Bibel ist ja eine einzige Sammlung des Erinnerns. Tradition und Veränderung haben es dabei den Kirchen immer ermöglicht, sich in der jeweiligen politischen und veränderten gesellschaftlichen Situation selbst neu zu bestimmen: war man damals für den Kaiser, so ist man heute für die Republik.

Es gibt ein erfreuliches Projekt bei der Evangelischen Nordkirche, das hier initiativ geworden ist und gerade in heutiger Zeit Bewusstsein wecken will. Dazu heißt es in ihrem Selbstverständnis: „In zahlreichen kirchlichen ... Gemeinden wird weiterhin am Volkstrauertag das Ritual der Gedenkfeiern mit den obligatorischen Kranzniederlegungen vollzogen. Das Unbehagen an diesem Ritual soll allerdings dadurch abgemildert werden, dass nicht mehr nur an die getöteten Soldaten, sondern an ‚alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft‘ erinnert wird. Die damit verbundene Gefahr einer Gleichsetzung von Opfern und Tätern wird selten reflektiert.“

Das Projekt DENK MAL! will die Bedeutung der Denkmäler und das mit ihnen verbundene Denken ins Bewusstsein bringen. Es will auch die Auseinandersetzung, Zentrale christliche und kirchliche Themen wie Trauer, Buße und Versöh-

Siehe auch: www.linkekritik.de/fileadmin/pb2018/pb18-10-i.pdf, S. 18-19, „Der Hamburg Kriegsklotz“ oder (Nur-Text): www.linkekritik.de/fileadmin/pb1810/pb1810-18-HH-Kriegsklotz-Interview-Hentschel-Lechner.html

nung werden dabei kritisch bedacht und der Dialog mit anderen Überzeugungen und Traditionen gesucht. „Die Aktion soll generell das Bewusstsein schaffen und verstärken, dass die Geschichte und ihre Interpretation den gegenwärtigen Umgang von Gesellschaft und Kirche zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen (Nationalismus, Rassismus, Kriegseinsätzen ...) prägen und beeinflussen.“

Unter dem Motto: Erinnern – Erkennen – Gestalten greift die Evangelische Akademie Hamburg einen Appell der Synode der Nordkirche auf, sich kritisch mit den vielen hundert Ehrenmalen im Lande auseinanderzusetzen. Gerade die öffentlichen Ehrenmäler zum Ersten Weltkrieg zeigen den damals prägenden Einfluss nationalistischer und auch nationalsozialistischer Ideologie. Viele Ehrenmale zum Zweiten Weltkrieg stehen unter dem Einfluss der Formensprache jener Zeit. „Die Auseinandersetzung mit den Denkmälern gehört zu unserer Erinnerungskultur. Dabei wird sichtbar, dass wir auch als Kirche lernen, die eigenen Verstrickungen in die Geschichte von Krieg und Gewalt kritisch zu beleuchten.“

Dr. Stephan Linck ist Studienleiter für Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit in der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Er schreibt:

„Erinnerungskultur kann nicht die Demokratie retten, aber Erinnerungskultur kann zum Nachdenken anregen über Menschenrechte ebenso wie über die Folgen des eigenen Handelns ... Die Förderung der Erinnerungskultur wird oft als Schlüssel zur Rettung der Demokratie angesehen. Doch vielleicht greift diese Perspektive zu kurz. Der Kampf sollte nicht primär für die Demokratie an sich geführt werden, sondern für die grundlegenden Werte von Menschlichkeit, Solidarität und Würde, die sie erst lebenswert machen. In einer Zeit, in der Parteien wie die AfD zunehmend Einfluss gewinnen und demokratische Prozesse für ausgrenzende, oft menschenfeindliche Rhetorik missbraucht werden, zeigt sich eine gefährliche Lücke: Demokratie ist kein Selbstzweck. Ohne eine breite gesellschaftliche Basis, die auf Mitgefühl, Respekt und Diversität aufbaut, kann sie leicht zu einem Werkzeug von Ungerechtigkeit werden ... Deshalb muss Erinnerungskultur mehr leisten, als historische Fakten wachzuhalten. Sie muss eine ethische Grundlage schaffen, die Empathie stärkt und den Wert jedes Menschen in den Mittelpunkt stellt. Nur so können wir verhindern, dass demokratische Strukturen in menschenverachtende Hände geraten.“

Altschuldenregelung für NRW beschlossen

Thorsten Jannoff, Essen. Am 9. Juli 2025 hat der nordrhein-westfälische Landtag einstimmig eine Altschuldenregelung beschlossen. Das Land übernimmt 50 % der übermäßigen Liquiditätskredite seiner Kommunen. Keine Kommune soll danach mehr als 1500 Euro Schulden pro Kopf haben. Für die Stadt Essen z.B. würde das bedeuten, dass bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 2607 Euro – 1,53 Milliarden Euro insgesamt – zum Stichtag 31.12.2023 eine Entschuldung von rund 606,4 Millionen Euro erfolgt. Die Umsetzung des Entschuldungsprogramms soll bis zum 31. Dezember 2026 abgeschlossen sein. Daraus könnte sich eine jährliche Zinsersparnis von etwa 14 Millionen Euro ergeben.

Das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ begrüßt diesen Schritt und fordert, dass sich der Bund – wie im Koalitionsvertrag von Union und SPD vorgesehen – ebenfalls mit 50 % an den Altschulden beteiligt.

Das Bündnis sagt auch zurecht:

„Eine reine Altschuldenhilfe greift zu kurz, solange nicht auch die Ursachen für strukturelle Unterfinanzierung bekämpft werden.“

Diese Strukturprobleme verschärfen sich derzeit massiv:

„Die Kosten für Aufgaben, die die Städte und Gemeinde im Auftrag von Bund und Länder erfüllen, sind in jüngster Vergangenheit regelrecht explodiert. Deshalb betrug das Defizit in den Kern- und Extrahaushalten aller Kommunen allein im vergangenen Jahr 24,8 Milliarden Euro.“

Zur Vermeidung neuer Schuldenschlägt das Bündnis deshalb vor, die kommunale Steuerbeteiligung (Verbundquote) auf 28 % anheben, den Kommunen drei Viertel des NRW-Anteils am „Sondervermögen Infrastruktur“ zukommen lassen, sich stärker an Sozialausgaben zu beteiligen und Förderprogramme zu vereinfachen, damit auch strukturschwache Kommunen profitieren können.

Wie wichtig die Beseitigung der strukturellen Probleme ist, zeigt ebenfalls das Beispiel der Stadt Essen. Statt wie geplant mit einem mageren Haushaltsplus von 2,3 Millionen Euro am Ende des Jahres abzuschließen, zeigen die neuesten Prognosen einen Jahresfehlbetrag von fast 121 Millionen Euro.

Der Hauptgrund dafür sind massiv steigende Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche. Die meisten Kommunen stehen vor vergleichbaren Problemen.

https://www.fuerdiewuerde.de/neuigkeiten/nrw-altschuldenregelung-hat-noch-zwei-schwachpunkte_743.html

Olympiabewerbungen Hamburg, Berlin, Ruhrgebiet, München. Wie positioniert sich Die Linke.



Drohende Gigantomanie auf der Binnenalster oder in der amtlichen Tonlage:

„Visualisierung einer spektakulären Eröffnungsfeier im Herzen der Stadt Hamburg“

JA zu einem besseren Hamburg – NEIN zu Olympischen Spielen!

Von Heike Sudmann, Hamburg*

Der Hamburger Senat wirft zum dritten Mal seinen Hut in den Ring für die Austragung Olympischer Spiele. Am 31. Mai wurde die Bewerbung – für die Jahre 2036, 2040 und 2044 – als erstes Grobkonzept beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) abgegeben. Bis September prüft der DOSB nun die Einhaltung der Mindestanforderungen und ob weitere Unterlagen erforderlich sind. Ende des Jahres entscheidet dann die DOSB-Mitgliederversammlung, ob alle vier Bewerbungen – Berlin, München, Rhein-Ruhr-Region und Hamburg – weiterhin im Rennen bleiben. Alle Bewerber*innen versprechen, die Bevölkerung noch zu beteiligen, in Hamburg soll es Ende Mai 2026 ein Referendum geben. Voraussichtlich im Herbst 2026 legt sich der DOSB dann fest, welches Konzept aus welcher Stadt/Region und für welche Jahre beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) eingereicht werden soll.

Alles neu und besser? „Grüne“ Olympische Spiele

2015 haben die Hamburger*innen mehrheitlich in dem damaligen Referendum gegen die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Hamburg votiert. Gibt es seitdem gravierende Änderungen, die nicht nur den Blick auf die Spiele, sondern auch auf das Internationale Olympische Komitee (IOC) und sein Gebaren verändern (müssen)?

Viel ist zu lesen und zu hören ist von neuerdings „grünen“ Spielen. So sollen Sportstätten nicht mehr extra für Olympia gebaut werden, vielmehr würden temporäre Bauten oder Umbauten bevorzugt. Damit ließ sich sehr gut eine gemeinsame Bewerbung von Hamburg und Berlin

für die Olympischen Spiele begründen. Denn Berlin hat, was Hamburg fehlt: ein international anerkanntes Leichtathletikstadion. Gut ein Jahr lang wurde diese gemeinsame Bewerbung hochgehalten, auch mit dem Hinweis, dass sich dadurch ja die Kosten für Hamburg halbieren dürften. Außerdem würde das IOC Bewerbungen von Regionen bzw. zwei Großstädten sehr gut finden. Beides ist hinfällig. Das IOC ist abgerückt von gemeinsamen Bewerbungen mehrerer Großstädte. Und der Berliner Senat ist abgerückt von Hamburg und hat sich Anfang 2025 entschieden, gemeinsam mit Brandenburg und anderen Bundesländern eine Bewerbung einzureichen. Daraufhin hat Hamburg sich für eine eigenständige Bewerbung entschieden, mit Kiel als Austragungsort für Segeln, Handball und Rugby.

Doch zurück zu den „grünen“ Spielen. Ist es klimaschonend(er), wenn temporäre Bauten errichtet werden oder temporäre Umbauten erfolgen? Diese Frage wird in den nächsten Monaten beantwortet werden müssen. Das vermutlich größte Projekt eines temporären Umbaus ist für das Volksparkstadion geplant: dort sollen die Schwimmwettkämpfe und das Wasserspringen stattfinden. Die Messehallen würden temporär umgebaut für Badmin-



„Olympic Park City“ (Bild: MOKA-Studio, https://www.hamburg-activecity.de/olympiabewerbung*)

* Heike Sudmann, Fraktion Die Linke in der Hamburger Bürgerschaft, Co-Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Wohnen, Miete und Verkehr. Nachdruck (Text und Abbildungen) mit freundlicher Genehmigung der Autorin aus dem „Bürgerinnenbrief“ 2025/06, https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2025/07/BB_Sudmann_Jersch_2025-06_web.pdf

ton, Basketball, Boxen, Fechten, Judo, Ringen, Rhythmische Sportgymnastik, Taekwondo und Tischtennis. Im Millern-torstadion sollen die Hockey-Spiele stattfinden. In den Harburger Bergen wird die Mountain-Bike-Strecke temporär erbaut. Eine Übersicht aller Sportstätten findet sich im Netz.¹

Das Leichtathletikstadion würde neugebaut. Damit diese Kosten nicht den Olympischen Spielen zugerechnet werden, hat der Senat sich einen Coup überlegt: Nach den Spielen soll ein Umbau zu einem Fußballstadion für den HSV erfolgen. Denn das Volksparkstadion sei in den 2040er Jahren sehr stark sanierungsbedürftig, so dass ein Neubau doch besser wäre. Eine Schelmin, die dabei nicht denkt, dass der Senat damit hofft, die Stimmen der HSV-Fans für das Olympia-Referendum zu gewinnen. Egal, wer das Stadion später betreibt, die Baukosten werden nicht vom IOC übernommen, sondern bleiben in Hamburg hängen.

IOC – alles wie gehabt?

Viel war auch zu lesen von einer Neuorganisation des IOC. Doch bis heute gibt es keine Hinweise darauf, dass die Machtspielen, Vetternwirtschaft und Korruption beendet sind. Auch zu den Olympischen Spielen in Paris 2024 gab es wieder einen Korruptionsverdacht.

Auf die Einnahmenseite des IOC sollen die Pariser Spiele im letzten Jahr rund fünf Milliarden US-Dollar gespült haben. Nur ein winziger Bruchteil davon geht an die Athlet*innen, wie das ZDF am 1. August 2024 berichtete.²

Das Pariser Sommermärchen 2024 – und die Realität

Schöne Bilder aus Paris 2024 und stimungsvolle Berichte zeigen nur die eine Seite der Medaille und werden immer wieder als Werbung für Spiele in Hamburg verwendet. Die Vertreibung von zigtausend Obdachlosen, die „Säuberung“ der Innenstadt, die extremen Sicherheitsvorkehrungen, die die Anwohner*innen stark beeinträchtigten, wurden und werden nur selten erwähnt.

Eine abschließende Kostenabrechnung für Paris 2024 liegt noch nicht vor. Die bei den Olympischen Spielen seit Jahrzehnten vorgenommene geschickte Aufteilung in zwei unterschiedliche Budgets soll die hohen Kosten für die Austragungsorte und -länder verschleiern. In dem kleineren Budget, in das u.a. die Ticketeinnahmen fließen, stehen unterm Strich oft kleinere Millionenbeträge für die Ausrichter*innen (nicht für das IOC). In dem größeren Budget werden die Infrastrukturkosten zusammengefasst, die zum allergrößten Teil nur von den Ausrichter*innen zu finanzieren sind. Und da geht es dann um Mil-

liardenbeträge zu Lasten der Städte und Länder. Beim IOC wiederum verbleiben die Einnahmen aus den Werbeverträgen und Fernsehrechte. Da geht es auch um Milliardenbeträge, allerdings als Einnahmen zugunsten des IOC.

2036, 2040 oder 2044 – um welche Spiele geht es?

Die Bewerbung der Stadt Hamburg umfasst drei verschiedene Jahre: 2040, 2044 und – ja, kaum zu glauben – auch das Jahr 2036, einhundert Jahre nach den Nazi-Spielen in Berlin. Es habe wegen 2036 schon Gespräche mit der Jüdische Gemeinde gegeben und die hätte keine Bedenken gehabt. Allein schon wegen der Rechtsentwicklung in Deutschland und der Vorstellung, dass in elf Jahren die AfD und andere Nazi-Parteien noch weiter wachsen und das 100jährige Jubiläum auf ihre Weise abfeiern könnten, verbietet sich das Jahr 2036.

Beteiligung der Bevölkerung

Der Hamburger Senat will Ende des Jahres der Bürgerschaft einen Antrag zur Durchführung eines Referendums vorlegen. Diese Abstimmung soll dann Ende Mai 2026 erfolgen (aktuell wird der 31. Mai als Termin genannt).

1 <https://hamburg-activecity.s3.eu-central-1.amazonaws.com/fragments/2025-05/9f0aac6a-3ed6-42ae-8edc-deac3e6ff59f/uebersicht-sportstaetten-tabelle-final-300525.pdf> 2 <https://www.zdfheute.de/sport/olympia-2024-ioc-einnahmen-kritik-athleten-beteiligung-100.html>

NRW: Noch nicht einmal ein Plan zur Bürgerbeteiligung

Wolfgang Freye, Essen

Auch NRW hat Ende Mai ein Konzept zur Bewerbung für Olympia eingereicht. Es setzt bewusst auf die Bewerbung mehrerer Städte – insgesamt sind es 19, überwiegend im Rheinland und im Ruhrgebiet. Darunter befinden sich die meisten Großstädte der Region wie Aachen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen und Köln. Segeln soll in Kiel-Warnemünde ausgetragen werden, der Kanu-Slalom in Markkleeberg in Sachsen. Das Konzept enthält Festlegungen, welche Sportarten wo ausgetragen werden sollen, bei wichtigen Festlegungen, wo z.B. das Olympische Dorf gebaut werden soll, bleibt es jedoch offen:

Im Rennen sind nach wie vor sowohl Köln als auch Essen.

Im Wortlaut liegt die Bewerbung nicht vor, dafür war Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) auf einer Pressekon-

Ich hoffe sehr, dass die Hamburger*innen wieder weise sein werden und mit NEIN stimmen. Schon 2015 haben sie damit Hamburg vor riesigen Schulden bewahrt. Der Entwicklung Hamburgs hat es nicht geschadet. Der SPD-geführte Senat wird ja nicht müde, sich immer wieder selbst zu loben. Aktuell das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer, mit Active City als Reaktion auf das verlorengegangene Referendum 2015 sei der Hamburger Sport einen Riesenschritt vorangekommen. Auch der Wohnungsbau ist aus Sicht des Senats seit Jahren ein Erfolg. Dabei war die Senatspolitik gegen die Mietenexplosion bisher alles andere als erfolgreich: allein von 2018 bis 2023 sind die Mieten in Hamburg um 25 Prozent gestiegen. Die Ausrichtung Olympischer Spiele wirkt auf den Mietenmarkt wie ein Booster. In Barcelona und London sind die Mieten während und nach den Olympischen Spielen extrem angestiegen (und unverändert extrem hoch). Nicht auszumalen, wie hoch die Mieten jetzt in Hamburg mit Olympischen Spielen geworden wären.

Deshalb JA zu einer Stadt, die sich alle leisten können und NEIN zu Olympischen Spielen!

ferenz der Landesregierung Ende Mai umso wortreicher in der Schilderung, wie toll es wird. Es sind vor allem zwei Argumente, mit denen er beim Olympischen Komitee für den Zuschlag für NRW wirbt: Erstens sei die Bevölkerung in NRW besonders sportbegeistert. Deshalb gäbe es für die Bewerbung einen „großen politischen Konsens ... und eine hohe Akzeptanz in der Region“, und es sei mit hohen Zuschauerzahlen zu rechnen. Zweitens sei das Konzept nachhaltig, weil „95 % der notwendigen Sportstätten bei uns bereits bestehen oder nur temporär errichtet werden müssten“.

Fraglich ist dabei, ob es zu den hohen Zuschauerzahlen aus der Region kommt. Ausdrücklich weist der Ministerpräsident z.B. darauf hin, dass die Schwimmdisziplinen im Schalke-Stadion in Gel-



Siehe auch: www.dielinke-nrw.de/parlament/rvr/detail-rvr/olympia-nur-mit-frueher-buergerinnenbeteiligung10/

senkirchen ausgetragen werden sollen und beim Schwimmen noch nie so viel Zuschauerplätze zur Verfügung standen. Dadurch sind sie allerdings noch nicht besetzt, schon gar nicht aus der Region: Die Arena in Gelsenkirchen hat gut 62 000 Plätze, in Paris lagen die Eintrittspreise beim Schwimmen bei den Endrunden bei bis zu 300 Euro und Gelsenkirchen ist eine der ärmsten Städte der Bundesrepublik.

Auch der Hinweis auf die weitgehend vorhandenen Sportstätten ist fraglich. Die Arena in Gelsenkirchen ist ein Fußball-Stadion. Ein Umbau ist also notwendig, ganz abgesehen von den Anforderungen olympischer Sicherheitskonzepte, die wahrscheinlich nirgends voll erfüllt werden. Dazu passt es, dass die Landesregierung keine einzige konkrete Zahl zu den Kosten der nötigen „Ertüchtigungen“ oder Umbauten genannt hat. Ob das eingereichte Konzept valide Angaben enthält, ist nicht bekannt.

Auffällig ist des weiteren, dass die öffentlich bekannten Planungen nichts zu den vielleicht wirklich nachhaltigen notwendigen Änderungen an der Infrastruktur sagen. Der öffentliche Nahverkehr im Rhein-Ruhr-Raum als Ganzes ist erheblich schlechter als in vergleichbaren Metropol-Ballungsräumen, das ist seit vielen Jahren bekannt. Fachleute sind der Ansicht, dass das Regional- und S-Bahnnetz in NRW nicht in der Lage ist, die hohen Besucherströme zwischen den beteiligten Städten zu transportieren. Es gibt aber keine konkreten Aussagen dazu, welche Verbesserungen geplant und womöglich bis 2036 überhaupt umgesetzt werden könnten. Der RRR als Regionalzugsystem sollte Anfang der 2020er Jahre im 15-Minuten-Takt fahren, inzwischen ist von den 2030er Jahren die Rede.

Schließlich beteuert die Schwarz-Grüne Landesregierung zwar immer wieder, dass Olympia nur mit breiter Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger funktionieren kann. Die Landesregierung hat bisher aber keine Aussage dazu gemacht, wie und wann sie befragt werden sollen. Ein Volksentscheid auf Landesebene kommt eher nicht in Frage, da NRW als großes Flächenland nur teilweise beteiligt ist. Einzelne Ratsbürgerentscheide, die möglich wären, müssten aber gemeinsam „eingestellt“ werden und könnten nur von den Stadträten bzw. Kreistagen beschlossen werden.

Ob die Bewerbung so große Chancen hat, ist fraglich. Eine breite Diskussion findet zurzeit in NRW sowieso nicht statt. Die Pro-Olympia-Beschlüsse, die in den beteiligten Städten vor einigen Jahren auf der Tagesordnung standen, hat die Linke abgelehnt.

Olympia-Luftschlösser des Senats: Teure Träume auf Kosten Berlins

27. Mai 2025. Anlässlich der heutigen Vorstellung des Berliner Olympia-Konzepts durch den Regierenden Bürgermeister Wegner und Innensenatorin Spranger äußert Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin erhebliche Bedenken. Weiterhin sind zentrale Fragen zu Transparenz, Kosten und den konkreten Auswirkungen auf die Berliner Bevölkerung ungeklärt. Angesichts der drängenden Probleme der Stadt, von der Wohnungsversorgung bis zum Sanierungsstau müssen die Prioritäten klar bei den Bedürfnissen der Bürger:innen liegen. Die Linksfraktion kritisiert insbesondere die mangelnde Einbindung der Bevölkerung, die finanziellen Unwägbarkeiten und die ungelösten stadtentwicklungspolitischen Fragen, die eine Olympiabewerbung mit sich bringt.

Dazu erklärt Tobias Schulze, Vorsitzender der Linke-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin:

„Die Olympia-Pläne des Senats gehen meilenweit an den Realitäten und Bedürfnissen der Berlinerinnen und Berliner vorbei. Schwarz-Rot hat nicht einmal Geld für warmes Wasser in den Schwimmbädern, aber träumt von olympischen Luftschlössern. Wir fragen uns:

www.linksfraktion.berlin/politik/presse/detail/olympia-luftschloesser-des-senats-teure-traeume-auf-kosten-berlins/ | Abb.: Einladung zum Fachgespräch am 21. Juli: www.linksfraktion.berlin/themen/th/sport/fachgesprach-olympia-fieber-in-berlin-oder-kosten-kater-blickwinkel-aus-paris-und-los-angeles/



Olympia in München? 7 Gründe dagegen

DOKU 9. Mai 2025. Zehn Jahre nachdem sich eine große Mehrheit der Bürger*innen gegen die Olympischen Winterspiele entschieden hat, hat eine große Mehrheit im Stadtrat beschlossen, dass sich die Stadt München auf die Olympischen Spiele 2040 bewerben soll. Doch die endgültige Entscheidung darüber liegt wieder bei den Münchner*innen. Was hätte Olympia für Konsequenzen für die Stadt und die Menschen. In dieser Info-Broschüre (16 S. /A5) sind sämtlichen Argumente zusammengefasst. (Aus der Broschüre das Inhaltsverzeichnis und das Fazit: PB)

- 1. Finanzielle Risiken** 1.1. Bewerbungskosten 1.2. Betriebskosten 1.3. Gewinnausschüttung 1.4. Boost für die lokale Wirtschaft?
- 2. Vertragspartner IOC** 2.1. Sonderrechte für das IOC 2.2. Korruption beim IOC 2.3. Dopingsskandale
- 3. Nachhaltigkeit** 3.1. CO2-Bilanz 3.2. Mobilität 3.3. Infrastruktur 3.4. Nutzung nach den Spielen
- 4. Soziale Schäden** 4.1. Verdrängung 4.2. Mietsteigerung 4.3. Sicherheitsmaßnahmen
- 5. Einschränkung der Grundrechte**
- 6. Rechtliche Fragen**
- 7. Demokratische Mitbestimmung**

Fazit: Finanziell wäre eine Bewerbung für die Olympischen Spiele ein absolutes Desaster für München. Weder kurz- noch langfristig ist damit zu rechnen, dass die Kosten wieder in den städtischen Haushalt fließen.

Das Argument, dass die Spiele ein Gewinn für die Infrastruktur und den Wohnungsbau wären, ist nicht haltbar, da die Stadt ohnehin die Kosten trägt und ohne die Spiele sehr viel gezielter investieren könnte. Aus einer ökologischen Sicht sind globale Großveranstaltungen, wie die

* www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/publikationen/detail/olympia-in-muenchen-7-gruende-dagegen/



Sollen wirklich Milliarden für ein vierwöchiges IOC-Spektakel versenkt werden, während unser Alltagssport verfällt und bezahlbarer Wohnraum fehlt? Die vagen Pläne für ein Olympisches Dorf, das angeblich bezahlbaren Wohnraum schaffen soll, und die leeren Nachhaltigkeitsversprechen riechen stark nach Greenwashing und Gentrifizierung ... Alle werden betroffen sein, alle sollen entscheiden. Echte Bürger:innenbeteiligung, bevor Fakten geschaffen werden, ist für uns nicht verhandelbar. Die Überlegungen des Landessportbundes und des NOlympia-Bündnisses zu Volksinitiativen zeigen, wie berechtigt diese Forderung ist. Für uns ist klar: Olympia ist Gift für eine soziale Stadt.

Bonn rollt – Koalition zur Skateveranstaltung am 28. April Bonn bleibt in Bewegung: Nur zwei Wochen, nachdem der Postmarathon Bonn in seinen Bann gezogen hatte, gibt es den nächsten sportlichen Höhepunkt: Am Sonntag, den 28. April, findet die Skateveranstaltung „Bonn rollt“ zwischen 15 und 19 Uhr statt. „Es hat sich gelohnt, hier hartnäckig zu bleiben und weiterhin nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen“, sagt Thomas Geisen, sportpolitischer Sprecher der Grünen, nachdem im vergangenen Jahr die Veranstaltung ausgefallen war. Geisen: „Wir haben einen Koalitionsantrag initiiert und auf das erfolgreiche Konzept in Münster verwiesen. Dort sind die Skate-Events in der Stadt fest etablierte, regelmäßige Veranstaltungen.“ Tobias Haßdentenfel ergänzt: „Als Linksfraktion freuen wir uns über dieses Event, das die Vielfalt und Lebendigkeit unserer Stadt zeigt. Die Veranstaltung sorgt für Spaß und Bewegung bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern und bietet die Gelegenheit, den öffentlichen Raum gemeinschaftlich zu nutzen.“ Im Jahr zuvor hatte die Koalition maßgeblich zur erfolgreichen Reaktivierung einer stadtweiten, inklusiven und familienfreundlichen Skateveranstaltung beigetragen. Die Koalition sieht in der jetzt genehmigten Veranstaltung eine herausragende Möglichkeit Bonns, sich als „Sportstadt für alle Menschen“ zu präsentieren ...

<https://www.linksfraktion-bonn.de/politik/pressemitteilungen/detaildarstellung-pressemitteilungen/heilige-allianz-fuer-mehrparkplaetze-1/>

Kein Happy End fürs Baerwaldbad: BERLIN. In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es seit Schließung des Spreewaldbades im Herbst letzten Jahres kein Hallenbad fürs Schwimmen mehr. Die wenigen, die ab und zu das Interimsbad auf dem Gelände des Prinzenbades nutzen können, sehen es mir bitte nach... Das ist im eigentlichen Sinne keine Schwimmhalle. Zum denkmalgeschützten von Ludwig Hoffman erbauten Baerwaldbad in Kreuzberg gibt es seit dessen Schließung 2017 inzwischen die dritte Machbarkeitsstudie. Es verwundert nicht, dass die Kosten für eine Sanierung und Wiedereröffnung des Bades mit jeder Studie steigen. Inzwischen sind es ca. 70 Millionen Euro, zuletzt waren es noch 41 Millionen Euro. Da der Bezirk nicht in der Lage ist, dieses Geld aufzubringen, gibt es seit Jahren den Wunsch, dass das Land Berlin mit seinen Bäderbetrieben hier einspringt und seiner Verantwortung gerecht wird. Doch danach sieht es auch in 2024 und den folgenden Jahren

nicht aus. Zur Erinnerung: Neben diversen Appellen der Schwimmvereine des Bezirkes wegen fehlender Hallenzeiten gibt es auch einen erfolgreichen Einwohnerantrag aus 2018 zur Wiederinbetriebnahme des Bades. Der mit den Stimmen aller Fraktionen in der BVV beschlossen wurde ... Eine Nutzung als Schwimmbad ist vor der aktuellen Haushaltslage und fehlender Personalkapazitäten weiterhin ausgeschlossen. Wegen des Denkmalschutzes muss der potenzielle Erhalt der Schwimmflächen gewährleistet werden. Damit ist allerdings frühestens 2030 zu rechnen und setzt die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel voraus. Aktuell muss schnellstmöglich die Sanierung der denkmalgeschützten Substanz beginnen, um einen weiteren Verfall des Gebäudes zu verhindern. Nach der Mindestsanierung sollen mit verschiedenen Akteuren kleinteilige und nachbarschaftliche Zwischennutzungen auf den Weg gebracht werden. Gleichzeitig bedarf es einer Kooperationsvereinbarung zwischen Bezirk und gemeinwohlorientierten Dritten mit Festlegung auf gemeinsame Ziele. Wir werden an dieser Stelle über den weiteren Verlauf des Prozesses berichten.

Regine Sommer-Wetter, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg für Die Linke, klar.links Ausgabe #6 November/Dezember 2024, <https://www.dielinke-friedrichshain-kreuzberg.de/politik/nachrichten/nachrichtendetail/kein-happy-end-fuers-baerwaldbad/>

Münchner*innen besser vor Hitze schützen – Schwimmbad-Eintritt gratis an Hitzetagen. Die Hitzewellen aufgrund der Klimakrise bedrohen insbesondere in München etliche Menschen. Besonders vulnerable Gruppen, wie ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Vorerkrankungen sowie einkommensschwache Haushalte, sind einer akuten Gesundheitsgefahr ausgesetzt. Auch der jährliche Anstieg der hitzebedingten Todesfälle zeigt deutlich, dass München die Bürger*innen besser vor der Hitze schützen muss. Ein wichtiger Schritt dafür ist, allen Zugang zu Abkühlung zu ermöglichen.

Fraktionsvorsitzender im Münchner Stadtrat Stefan Jagel, Die Linke, erklärt dazu: „Klimaschutz ist Daseinsvorsorge und Abkühlungsmöglichkeiten dürfen kein Luxus sein. Eine klimagerechte Stadt darf niemanden davon ausschließen. Für viele sind Isar oder andere offene Gewässer keine Option, deshalb müssen benötigen alle die Option, sich gratis in einem Schwimmbad abzukühlen – mit längeren Öffnungszeiten, damit Menschen das Angebot auch in den kühleren Morgen- und Abendstunden nutzen können.“

Die Stadtratsfraktion Die Linke / Die Partei hat deshalb heute beantragt, dass an Tagen mit amtlicher Hitzewarnung die Münchner Schwimmbäder für alle gratis sein müssen.

Fraktionsvorsitzender im Münchner Stadtrat Stefan Jagel, Die Linke, verweist weiter: „Die Stadt Marseille hat dies bereits eingeführt und es gibt keinen Grund, warum das in München nicht auch passieren sollte.“

<https://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/presse/detail/muenchnerinnen-besser-vor-hitze-schuetzen-schwimmbad-eintritt-gratis-an-hitzetagen/>

30 Stunden für den Stadtsportbund! GREIFSWALD. Die Fraktion Die Linke und Partei Mensch Umwelt Tierschutz hat einen Prüfauftrag auf den Weg in die Bürgerschaft gebracht, der die Grundlage für einen Ausbau der Geschäftsführungsstelle des Stadtsportbundes darstellt.

Dr. Mignon Schwenke, Vizepräsidentin der Bürgerschaft und Vorsitzende des Sportausschusses sagt hierzu:

Greifswald ist eine Sportstadt. Viele tausend Menschen jeden Alters treiben Sport in über 100 Vereinen oder individuell. Der Stadtsportbund ist das Sprachrohr gegenüber der Stadt, dem Landkreis und dem Landessportbund, damit die Sportlerinnen und Sportler gute Bedingungen vorfinden.

Die Geschäftsführerin leistet Immenses, um den Anforderungen der Vereine, der Netzwerkarbeit in der Stadt gerecht zu werden. 20 Stunden reichen dafür nicht mehr aus. Deshalb sollte die neue Bürgerschaft die Stelle mit mindestens 30 Stunden ausstatten.

Wir hoffen, dass die neue Bürgerschaft dem Sport in Greifswald den gleichen Wert beimisst und – abhängig vom Ergebnis des Prüfauftrages – den Stadtsportbund mit den Mitteln ausstattet, eine noch bessere Arbeit leisten zu können.

<https://www.linksfraktion-greifswald.de/aktuell/ausder-buergerschaft/#c384922>

Sport in Nord – Anlagen nach Bedarf schaffen: JENA. Die Linke stellt für den anstehenden Sportentwicklungsplan den Antrag, der Prüfung zum Ausbau der Sporthallenkapazitäten in Jena Nord eine hohe Priorität zu geben. Die Fraktion sieht hier Defizite bei der Verfügbarkeit von Angeboten. Stadtrat Ralph Lenkert meint dazu: „Laut Abschlussbericht zur kommunalen Sportentwicklungsplanung Jena fehlen in Jena Nord bereits jetzt Hallenzeiten für den Schulsport in der regulären Schulzeit. Wird der Schulsport auf den späten Nachmittag verschoben, ist das nicht nur unangenehm für die betroffenen Schüler.“

Es nimmt auch den Vereinen die Möglichkeit, die Sportanlagen zu nutzen. Es wird deutlich, dass in Nord Handlungsbedarf hinsichtlich der Kapazitäten von Sportanlagen bereits jetzt besteht.“

Lenkertweist daraufhin, dass Jena Nord aktuell die geringste Sportanlagendichte Jenas in Bezug auf die Einwohnerzahl hat und gleichzeitig das größte Einwohnerwachstum in den nächsten Jahren erwarten kann. „Die Situation in Nord wird sich absehbar weiter verschärfen, wenn nicht zeitnah gehandelt wird. Die Menschen wünschen sich wohnortnahe Angebote auch beim Sport. Doch dafür fehlt es in Nord schlicht an Kapazitäten. Diese strukturellen Nachteile bei der sozialen Infrastruktur des Nordgebietes gilt es rechtzeitig zu beheben. Deshalb stellen wir den Änderungsantrag dazu, den Ausbau mit Priorität anzugehen“, erklärt Lenkert abschließend.

<https://www.die-linke-jena.de/startseite/aktuell/detail/sport-in-nord-anlagen-nach-bedarf-schaffen/>

Weichen für das Pilotprojekt Offene Schulsportanlagen und Schulhöfe gestellt: CHEMNITZ. Die Fraktion Die Linke hat gemeinsam mit Bündnis90/Die Grünen in der gestrigen Stadtratssitzung ihren Antrag auf Öffnung der Schulsportanlagen und Schulhöfe eingebracht. Parallel dazu reichte die CDU/FDP einen Antrag zu unserem Antrag ein. Nach einer kurzen Auszeit haben sich alle drei Fraktionen im Sinne der jungen Menschen gemeinsam auf eine Lösung geeinigt, bei der beide Anträge zusammengeführt wurden. Das Ansinnen erhielt eine breite Mehrheit im Stadtrat. Nun ist die Verwaltung aufgefordert, gemeinsam mit potenziellen, interessierten Schulen ein Konzept für das Pilotprojekt zu entwickeln und es dann umzusetzen. Dabei sollen auch bestehende, erfolgreiche Konzepte anderer Städte, die teilweise seit mehr als 50 Jahren ihre Schulhöfe für die Bevölkerung in schulfreien Zeiten öffnen, beachtet werden.

Unser sportpolitischer Sprecher André Dobrig erklärt dazu: „Diese Entscheidung des Stadtrates ist ein großer Erfolg. Gerade in einer wachsenden Stadt, in der freie Flächen begrenzt sind, müssen wir kreative Lösungen finden, um mehr Raum für Bewegung und Begegnung zu schaffen. Die Öffnung von Schulhöfen und Schulsportanlagen ist eine solche Lösung – erprobt in vielen anderen Städten und nun auch in Chemnitz auf dem Weg. Entscheidend wird jetzt sein, ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, das sowohl den Schutz der Schulen als auch die Interessen der Anwohner:innen berücksichtigt. Die positive Erfahrung aus anderen Kommunen zeigt, dass solche Projekte gut funktionieren, wenn sie mit

der richtigen Begleitung umgesetzt werden. Unsere Fraktion wird den weiteren Prozess eng begleiten und befördern. In diesem Sinne: Sport frei!“

<https://www.linksfraktion-chemnitz.de/2025/01/weichen-fuer-das-pilotprojekt-offene-schulsportanlagen-und-schulhoe-fe-gestellt/>

Kreissportbund plädiert für mehr Unterstützung des Ehrenamtes und stärkere Sportstättenförderung. HILDBURGHAUSEN. Das Urteil der Landtagsabgeordneten Linda Stark war im Anschluss an einen Besuch beim Kreissportbund Hildburghausen eindeutig: „Hier wird offensichtlich mit viel Überlegung und Herzblut erfolgreich wertvolle Arbeit geleistet.“

Die linke Politikerin, in ihrer Landtagsfraktion für Kinder-, Jugend- und Ausbildungspolitik zuständig, hatte sich bei Geschäftsführer Ulrich Hofmann und Jugendsportkoordinatorin Andrea Wingerter zum Ortstermin angemeldet. Was sie über das Konzept des KSB erfuhr, kann sich sehen lassen:

103 Vereine sind mit insgesamt 10 508 Mitgliedern im Kreissportbund organisiert, das sind 359 Mitglieder mehr als im Vorjahr. Mitgliederstärkste Vereine sind der SV 03 Eisfeld, SV EK Veilsdorf und der SC 07 Schleusingen e.V. Besonders erfreulich sind die Mitgliederzuwächse im Kinder- und Jugendbereich.

Damit sich dieser Trend fortsetzen kann, lassen sich die Macher des KSB einiges einfallen. Sorgen bereitet den Sportorganisatoren, das keineswegs in allen Schulen die obligatorischen 3 Wochenstunden Schulsport abgesichert werden können. Der KSB kooperiert deshalb mit Schulen und richtet vierzehntägig eine ergänzende Sport- Arbeitsgemeinschaft aus.

Fundament für eine erfolgreiche Sportvereinsarbeit ist die perspektivische Ausbildung von Sporthelfern, Übungsleitern und Vereinsmanagern. Um die damit verbundenen Kosten abdecken zu können, Netzwerk der KSB mit unterstützenden Unternehmen. In diesen Betrieben erfolgt nach einem erfolgreichen Ausbildungslehrgang auch die feierliche Übergabe der jeweiligen Zertifikate ... Auch sei es für auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesene Jugendliche angesichts des Bus- und Bahnangebots im Kreis nicht einfach, die für sportliche Aktivitäten notwendige Mobilität vorzufinden.

Regelrecht alarmierend sei die Situation beim baulichen Zustand der Sportstätten. Thüringenweit sieht der Landesportbund einen Sanierungsbedarf in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Bis 2023 standen ganze 900 000 Euro für solche Maßnahmen zur Verfügung. Allein aus dem Landkreis Hildburghausen lägen in Erfurt 10 Förderanträge mit dieser Ge-

samthöhe vor. Schätzungsweise hätte ein Fünftel davon Aussicht auf Bewilligung. Frau Stark sagte zu, diese Forderungen noch einmal mit in die noch laufenden Haushaltsberatungen des Landtags zu nehmen.

<https://www.die-linke-hildburghausen.de/aktuell/was-ist-los-im-kreis/news-detail/kreissportbund-plaedierte-fuer-mehr-unterstuetzung-des-ehrenamtes-und-staerkere-sportstaettenfoerderung/>

Tribüne erhalten – Die Hundertjährige muss bleiben: STADE. Die Tribüne auf dem Sportgelände Camper Höhe ist ein stadtteilprägendes Gebäude, das sich im Besitz der Stadt Stade befindet. Sie wurde Anfang der zwanziger Jahre am Rande der damaligen Pferderennbahn erbaut. Im Sachverständigenbericht über den baulichen Zustand der Tribüne aus dem Jahr 2019 wird noch von einem befriedigendem baulichen Zustand ausgegangen.

Es wurden aber auch nötige Substanz erhaltende Maßnahmen eingefordert wie: Herstellung eines geregelten Oberflächenwasserabflusses von der Tribünenfläche, Ausbesserung bzw. Austausch der beschädigten Außenwandbekleidung und Fassadenbauteile.



Die Fraktion Die Linke beantragt seit 2022 jedes Jahr, das in den städtischen Haushaltsplan Gelder eingestellt werden, damit der Erhalt dieses städtischen Gebäudes gesichert wird. Ein – wie von der Stadtverwaltung vorgeschlagener – offener Umgang mit der Tribüne darf nicht dazu führen, einen langsamen Verfall zuzulassen. Bei der zweimaligen vergeblichen Bewerbung von Fördergeldern für die Umgestaltung der Camper Höhe wurde die denkmalwürdige Tribüne nicht einmal in den Unterlagen der Stadt Stade erwähnt.

Die Fraktionen von CDU/WG, SPD, FDP/UBLS und Bündnis 90/Die Grünen haben im Stadtrat regelmäßig, letztmalig am 16. Dezember 2024, gegen den Antrag der Linken gestimmt, Gelder für nötige Instandsetzungsarbeiten an der Tribüne im Haushaltsplan der Stadt Stade aufzunehmen.

Die Partei Die Linke in Stade und die Fraktion Die Linke im Stader Stadtrat werden sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Tribüne mit der Gaststätte „Güldenstern Casino“ erhalten bleibt.

<https://www.dielinke-kreis-stade.de/start/themen/tribune-erhalten-die-hundertjaehrige-muss-bleiben/>





Neu | Pressemitteilung
Gesamtpaket bis 2032 für alle Beschäftigten erreicht
11. Juli 2025



Neu | Pressemitteilung
Sicherheitsnetz für Kölner Ford Belegschaft bis 2032 gespannt!
11. Juli 2025



„Wir sind bei den Beschäftigten von Ford mit Herz und Verstand“

Jörg Detjen aus platzjabbeck 3/25

„Der Kölner Stadtrat bekräftigt seinen Beschluss, weiterhin auf die Konzernzentrale von Ford einzuwirken, dass der Produktionsstandort, das Entwicklungszentrum und das Ersatzteilzentrum in Köln langfristig erhalten werden.“ So beginnt ein gemeinsamer Beschluss des Rates der Stadt Köln, an dem auch die Ratsfraktion Die Linke mitgewirkt hat, aber vor allem

auch der Betriebsrat, die IG Metall und der DGB in Köln. Als Rat der Stadt Köln können wir helfen, den Erhalt des Werkes zu fordern, aber nicht zusichern. Wir sind bei den Beschäftigten von Ford mit Herz und Verstand.

Von 1931 bis zum 90. Jahrestag 2021 wurden in Köln insgesamt 18 Millionen Fahrzeuge in den Ford-Werken gebaut –

eine gigantische Zahl, die deutlich macht, welche durchdringende Wertschöpfungskette dieses Unternehmen in Köln hat.

In der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD steht, man wolle in Deutschland bis 2030 15 Millionen E-Autos produzieren. Pro Jahr wären das 3 Millionen E-Autos. Ford hat einen Anteil von 3,5 % der Autos in Deutschland. Das wären dann 105 000 Autos im Jahr. Die Kölner E-Produktionsstraße ist aber für 250 000 Autos ausgelegt.

Im Koalitionsvertrag von Kanzler Merz steht: Deutschland solle „Leitmarkt für Elektromobilität“ werden und daran würden die „Fördermaßnahmen ausgerichtet“. Der Automobilstandort Köln braucht Fördermittel von Bund und Land, wenn wir für innovative Mobilität investieren wollen. Entscheidend ist jedoch, dass die Verwaltung und der Stadtrat freierwerden: Die Fläche auf dem Ford-Gelände nur für industrielle Nutzung und moderne, innovative Mobilität freigeben.

Es ist jetzt noch zu früh, um konkret zu werden. Deshalb müssen wir strategisch agieren. Aber wir brauchen jetzt viele Akteure, die aktiv werden. In diesem Jahr brauchen wir eine Perspektive für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wenn der Koalitionsvertrag sagt „der Ausbau der Ladeinfrastruktur muss dem Bedarf vorausgehen“ und „wir werden den Masterplan Ladeinfrastruktur zügig überarbeiten ... sowie einen Schwerpunkt auf kommunale Vernetzung der Lösungen legen“, dann muss die Bundesregierung auch klar sagen, welche Mittel sie den Kommunen dafür bereitstellen wird.

93,5 % der IG-Metall-Mitglieder bei Ford haben für Streik gestimmt. Das ist ein klares Zeichen gegen die Ford-Kapitalisten in den USA. Sie müssen von ihrem geplanten Gewinn von 7 bis 8,5 Milliarden Euro Mittel bereitstellen für die Forderungen des Betriebsrates nach einem Sozialplan. Dieses tolle Abstimmungsergebnis sollte aber auch für den Rat der Stadt Köln ein Ansporn sein, den Ausbau der E-Mobilität voranzubringen und den Ford-Standort weiterzuentwickeln.

Resolution des Kölner Rates zu Ford

Die aktuellen Verhandlungen zwischen der US-Konzernleitung und der Verhandlungskommission der IG Metall sind noch nicht abgeschlossen. In Solidarität mit den Initiativen des Ford-Betriebsrats, der IG Metall Köln-Leverkusen und des DGB Köln-Bonn begrüßt der Rat der Stadt Köln die Verhandlungen der Tarif- und Sozialpartner bei Ford über eine sozialverträgliche Absicherung der Interessen der Beschäftigten. Er fordert das amerikanische Ford-Management auf, dem Standort und seinen Beschäftigten eine Zukunftsperspektive zu geben.

Das Ziel der Beschäftigungs-offensive ist, die bestmögliche Unterstützung der Ford-Mitarbeitenden sowie die wirtschaftliche Stabilität und das soziale Wohl der Stadt Köln zu sichern.

Für eine zukunftsfähige Standortentwicklung:

Bereits jetzt ist das Interesse an einer Nachnutzung des Ford-Geländes sehr groß. Eine potenzielle Nachnutzung sollte nicht auf dem Rücken der Mitarbeitenden von Ford ausgetragen werden oder den Anschein erwecken, dass der Standort nicht erhalten werden soll. Zur Vorbeugung weiterer Interessens-

bekundungen privater Investoren fordert der Rat die Stadtverwaltung auf, mit dem Unternehmen über die Weiterentwicklung des Kölner Ford-Standorts zu beraten und sich für die Schaffung von neuen Industriearbeitsplätzen auf dem Standortgelände einzusetzen. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung und die zuständigen Dezernate, sicherzustellen, dass die bereits jetzt zur Verfügung stehenden Flächen sowie die transformationsbedingt zukünftig von Ford nicht weiter genutzten Flächen in einem nach dem gesamtstädtischen Nutzen der Stadt gerichteten Konzept weiterentwickelt werden. Dies könnte eine weitere industrielle Nutzung oder eine Weiterentwicklung sein. Auf diesem Gelände könnten die Cluster moderner und innovativer Mobilität, Energie sowie industrielle Produktion, Forschung und Entwicklung im Mittelpunkt stehen. Der Rat bittet die Verwaltung, bei den Gesprächen und Verhandlungen die Landesregierung einzubeziehen.

Für die Zukunft der E-Mobilität:

Der Rat fordert die Verwaltung außerdem auf, den Umstieg vom Verbrenner zur E-Mobilität im motorisierten Individualverkehr zu fördern.

Stellenabbau und gewerkschaftliche Initiativen

Bruno Rocker, Berlin

In der Bundesrepublik sind 2024 viele Stellen abgebaut worden in fast allen Branchen der Industrie. Gegen Ende des Jahres gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hierzulande noch 5,5 Millionen Beschäftigte. Das waren fast 70000 weniger als im Jahr zuvor und 200000 weniger als 2018. Viele Ökonomen sehen die deutsche exportorientierte Industrie vor allem durch die geopolitischen Verschiebungen unter starken Druck. Die USA als auch China suchen durch Subventionen und Protektionismus ihre eigene Industrie zu stärken. Laut einer durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY bereits im März veröffentlichten Studie dürften in der Bundesrepublik bis zum Jahresende 2025 weitere 100000 Industriearbeitsplätze verloren gehen.

Im März hatten Vorzieheffekte aufgrund der angekündigten US-Zölle noch für ein Zwischenhoch gesorgt. Inzwischen jedoch drücken die gegenteiligen Effekte die Produktion ins Minus. Die Krise in der Industrie hat schon seit Längerem eine Debatte über den Standort entfacht. Einige sprechen bereits von einer Deindustrialisierung. Die Autobranche kämpft aktuell weiter mit der

niedrigeren Nachfrage, vor allem nach Elektroautos. Im Maschinenbau fehlen gleichfalls die Aufträge.

Die Gewerkschaft IG Metall verzeichnet große Verunsicherungen und sinkende Mitgliederzahlen. Von den 2018 noch 2,27 Millionen Mitgliedern der IG Metall sind zum Jahresanfang 2025 noch knapp 2,1 Millionen verblieben, neuere Zahlen liegen noch nicht öffentlich vor.

In dieser schwierigen Lage suchen die Vorsitzende und der zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner und Jürgen Kerner, den direkten Kontakt und das Gespräch mit den IGM-Mitgliedern. Mit einem neuen Format wandten sie sich Ende Juni auf zwei Terminen über YouTube zusammen mit zwei Betriebsräten direkt an alle Mitglieder, die sich für das „Online-Treffen“ angemeldet hatten. Den beiden Vorstandsmitgliedern ging es darum, die Stimmung wahrzunehmen, wie sie sagten. Den Teilnehmern war es möglich gemacht worden, die Diskussion live zu kommentieren oder auch Fragen zu stellen. Gleichfalls war es möglich, aus dem Studio Fragen an die Teilnehmer zu richten.

Themen aus der Diskussion:

- Die IG Metall wird sich gegenüber der Politik dafür einsetzen, dass auswärtige

ge Konzerne, die in Europa Industrieprodukte verkaufen wollen, auch hier in Europa produzieren und entsprechend Lieferketten einrichten.

- Die IG Metall und Betriebsräte sehen etliche Arbeitgeber überfordert, wenn es darum geht, auf die veränderte Wettbewerbssituation zu reagieren. Die IG Metall wird die Betriebsratswahlen 2026 auch nutzen, um Kreativität und Initiativen aus der Belegschaft zu fördern. (z.B. mehr Wertschöpfung durch Batterie-Forschung)
- Die IG Metall gründet ein KI-Institut und berät Betriebsräte in allen Fragen der Entwicklung und des Einsatzes von künstlicher Intelligenz im Betrieb.
- Die IG Metall greift das Anliegen vieler Mitglieder für Tarifbestandteile ausschließlich für Mitglieder auf.



Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns

Bruno Rocker, Berlin

Der Mindestlohn in der Bundesrepublik soll zum 1. Januar 2026 laut Beschluss der Mindestlohnkommission auf 13,90 Euro und ein Jahr später auf 14,60 Euro steigen. Aktuell liegt die Lohnuntergrenze bei 12,82 Euro. Die erste Erhöhung entspricht einer prozentualen Erhöhung um 8,4 Prozent, die zweite um weitere 5 Prozent. Beide Erhöhungen zusammen genommen machen auf den heutigen Mindestlohn eine Erhöhung von 13,88 Prozent aus. Bärbel Bas, Ministerin für Arbeit und Soziales, stellte bereits kurz nach Bekanntgabe des Beschlusses der Kommission klar, dass sie der Bundesregierung vorschlagen werde, den Beschluss unverzüglich durch Rechtsverordnung umzusetzen.

Einige Politiker, u.a. auch Cansel Kiziltepe, SPD-Senatorin im Berliner Senat, hielten jedoch auch nach dem Beschluss der Kommission und nach dem Votum von Bärbel Bas an der Forderung fest, dennoch per Gesetz 15 Euro Mindestlohn festzuschreiben. Das wäre dann auch das Ende der Kommission gewesen. Deren Vertreter hatten bereits

zuvor durchblicken lassen, eine Nichtübernahme ihres einstimmig gefassten Vorschlags führe faktisch zur Auflösung der Kommission.

Der Mindestlohn sorgt für Veränderungen

Der Mindestlohn liegt mittlerweile 30 Prozent höher als 2021 und stieg damit stärker als die allgemeinen Löhne.

Außerdem: Vor zehn Jahren arbeiteten noch knapp 22 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Das waren 2014, vor der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns noch ca. 7,6 Millionen Beschäftigte. 2024 waren es dann nur noch ca. 16 Prozent aller Beschäftigten.

Durch die Einführung des Mindestlohns und seine schrittweise Anhebung hatte sich ein enormer Druck auf die knapp darüber liegenden Tariflöhne und für bessere Tarifverträge entwickelt. Die Gewerkschaften sorgten entsprechend mit einer veränderten Tarifpolitik für Mindestzahlungen für die unteren Lohngruppen. Die Lohnstruktur hat sich mit der Entwicklung des Mindestlohns positiv verändert.

Mindestlohn reicht nicht immer

Der aktuelle Mindestlohn von 12,82 Euro reicht bei vielen dennoch vorne und hinten nicht aus. Jedenfalls dann nicht, wenn sie in Großstädten wie München, Düsseldorf, Berlin oder Hamburg leben, wo die Mietkosten in den vergangenen Jahren stark gestiegen sind. Etwas anders sieht das offenbar in ländlichen Gebieten aus, besonders in abgelegenen Regionen. Mit knapp 2300 Euro brutto in Vollzeit (Beispiel der Sozialverbände) und alleinerziehend, bleiben nach Steuern und Sozialabgaben etwa 1700 Euro netto. Die Miete für eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Großstädten verschlingt oft 1000 Euro Kaltmiete. Was bleibt dann noch?

Mindestlohn reicht nicht überall

Angesichts der ungleichen Lebensverhältnisse, die ein Mindestlohn in Großstädten einerseits und ländlichen Regionen andererseits mit sich bringt, fordern einige Ökonomen schon seit Langem einen regional gestaffelten gesetzlichen Mindestlohn. Der Vorteil regionaler Mindestlöhne für die Bezieher ist, dass sie in ihrer Kaufkraft gleichgestellt werden.

„Zweite Verfolgung“ und Emanzipationsbewegung der Sinti und Roma in der BRD

Christiane Schneider, Hamburg.

Drei Monate nach der Kapitulation des Deutschen Reichs schrieb der Dienststellenleiter des Haupternährungsamtes Harburg an den Bürgermeister:

„An der Waßmerstraße befindet sich eine Kolonie von 234 Zigeunern. Viele dieser Leute sind, wie nicht anders zu erwarten war, KZ-Häftlinge gewesen. Diese minderwertigen Kreaturen (sind) ja jedem als Nichtstuer, Bettler und Tagelöhne bekannt. (Sie machen) Bezugsrechte (als NS-Verfolgte) geltend. (Oft) werden die Brüder (dabei) frech. (Wir würden gerne) Vorschläge vortragen, um Wilstorf endgültig von der Zigeunerplage zu befreien.“¹

Die seit Jahrhunderten tradierten antiziganistischen Ressentiments waren ungebrochen.

Dem Völkermord an den Sinti und Roma (Porajmos) waren in Deutschland und dem besetzten Europa in den KZs und

bei Massenerschießungen 500 000 Menschen zum Opfer gefallen.

Von den ca. 20 000 deutschen Sinti und Roma haben kaum 5 000 überlebt – traumatisiert, schwer gezeichnet und oft durch Zwangssterilisierung und medizinische Experimente verletzt. Sie hatten alles verloren, standen vor dem Nichts. Ihre sozialen Zusammenhänge waren zerstört. Der Vernichtung knapp entkommen, wurden sie marginalisiert, diskriminiert, nicht selten angegriffen. Städte und Gemeinden weigerten sich, sie aufzunehmen, drängten sie in Elendsquartiere an den Stadträndern, um sie loszuwerden.

Das Deutsche Reich hatte vielen Sinti und Roma die Staatsbürgerschaft entzogen, bundesdeutsche Behörden machten weitere Überlebende zu Staatenlosen. Schlimmer noch: Die „Wiedergutmachungs“behörden erkann-

ten ihre Verfolgung als rassistisch begründet in der Regel nicht an. In Baden-Württemberg z.B. legte man 1950 per Erlass fest, dass Roma und Sinti „überwiegend nicht aus rassistischen Gründen“, sondern wegen ihrer „asozialen und kriminellen Haltung“ inhaftiert worden seien.² Das bekräftigte der Bundesgerichtshof 1956 in einem schändlichen Grundsatzurteil. Bis zur Entschuldigung dauerte es 60 Jahre. Als „Kriminelle“ diffamiert, war den Sinti und Roma jahrzehntelang die Anerkennung als NS-Opfer verweigert worden. Damit waren sie weitgehend von „Entschädigungs“zahlungen ausgeschlossen.³

Opere Roma – steht auf, Roma

In dieser Situation totaler Entrechtung blieben in der BRD erste, vor allem von den Überlebenden Oskar und Vinzenz Rose betriebenen Bestrebungen der Selbstorganisation zunächst schwach.

In einigen west- und osteuropäischen Ländern jedoch entstanden ab den 1950er Jahren, inspiriert von den antikolonialen Bewegungen, Selbstorganisationen der Roma, die sich transnational vernetzten.⁴ 1969 übergaben Aktivisten aus Irland, Großbritannien und Frankreich dem Europarat eine Dokumentation über menschenrechtswidrige Praktiken gegenüber Roma und Fahrenden. Der kritisierte die Verletzung der Menschenrechte und sprach „Empfehlungen zur Lage der Zigeuner in Europa“ aus. 1971 kamen in London Vertreter aus 14 Ländern zum ersten Welt-Roma-Kongress zusammen. Ergebnisse war u.a. der Beschluss über die „Ablösung von abschätzig konnotierten Fremdbezeichnungen wie ‚Zigeuner‘“ und die Verständigung auf die „Selbstbezeichnung ‚Roma‘ als Überbegriff für alle Angehörigen der Minderheit“. Außerdem forderte man, völkerrechtlich als eigenständige Nation ohne Territorium anerkannt zu werden. Am zweiten Welt-Roma-Kongress 1978 nahmen bereits 50 Organisationen aus 26 Ländern teil, u.a. aus den USA, Indien, Pakistan. Sie schlossen sich zur internationalen Roma-Union zusammen. Bereits 1977 hatte die UN die Roma als Minderheit anerkannt. Der UN-Ausschuss zur Beseitigung der Rassendiskriminierung verlangte von der BRD Auskunft über ihre Lage und Eingliederung. 1979 nahm die UNO die Roma-Union als Konsultatives Mitglied in den UN-Wirtschafts- und Sozialrat auf, dessen Menschenrechtskommission die Förderung der Menschenrechte oblag.

Antiziganistische Strukturen in der Polizei

Am 21.1.1983 protestierte die Bürgerrechtsbewegung vor dem Bundeskriminalamt mit Slogans wie „Nie mehr Auschwitz“, „Nie mehr Rassismus“ gegen die andauernde Sondererfassung der Sinti und Roma. Am gleichen Tag entschied die Innenministerkonferenz, die namentliche Erfassung von Sinti und Roma in ihren Wissensbeständen fortzuführen.



geunername“) durch „Landfahrer“, dann das Kürzel HWAÖ („häufig wechselnder Aufenthaltsort“) und bis in die jüngste Zeit durch weitere Codes zu ersetzen.

Antiziganistische Ressentiments sind in den polizeilichen Strukturen bis heute verankert. So konzentrierte die Polizei nach der Ermordung der Polizeibeamtin M. Kiesewetter durch den NSU 2007 ihre Ermittlungen zu 60% auf eine Roma-Gruppe, die nahe dem Tatort Halt gemacht hatte. In Fachpublikationen der Polizei finde sich immer wieder antiziganistisches Gedankengut, wurde 2021 in einer Podiumsdiskussion des Deutschen Instituts für Menschenrechte dargelegt. In einem Fall legte der Zentralrat Beschwerde bei der UNO ein, nachdem die Staatsanwaltschaft keine Diskriminierung hatte feststellen können – und bekam Recht. Eine Untersuchung zu antiziganistischen Strukturen in Polizeibehörden sei überfällig, so der Vertreter des Zentralrats.

¹ Anders als die Gestapo wurde die Polizei von den Alliierten nicht als Verbrecherorganisation eingestuft, so dass die Polizeitäter straflos blieben.

Ein schwerer Weg zur Anerkennung

1971 hatten Vinzenz Rose und sein Nefee Romani Rose das „Zentralkomitee der Sinti Westdeutschlands“ (ab 1972 „Verband der Sinti Deutschlands“) gegründet. Bald nahm die Organisation den Kampf gegen Diskriminierung, für die Anerkennung als Opfer der nationalsozialistischen „Rassen“politik und für Entschädigung auf. Ermutigt durch die transnationale Roma-Bewegung, die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland – die 68er-Bewegung, die mit der Regierungsübernahme durch die SPD 1969 verbundenen Reformpolitik – wuchs sie in den 1970er Jahren an. Sie erhielt dabei wichtige politische und finanzielle Unterstützung durch die Gesellschaft für bedrohte Völker.

Als im Mai 1973 ein Polizist in Heidelberg den Sinto Anton Lehmann, der das KZ überlebt hatte, willkürlich erschoss, organisierte der Verband der Sinti Deutschlands die erste Demonstration von Sinti in Deutschland. Mit zunehmender Öffentlichkeitsarbeit bildeten sich mancherorts Landesverbände. 1982 wurde ein Dachverband, der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, ins Leben gerufen. Vorsitzender dieser bundesweit größten und wichtigsten bürgerrechtlichen Selbstorganisation ist bis heute Romani Rose. Daneben entstanden etliche unabhängige regionale Initiativen.

Im Mittelpunkt stand in den ersten Jahren der Kampf um die Anerkennung des Völkermords an den europäischen Sinti und Roma. Am 27. Oktober 1979 führte der Verband der Sinti im ehemaligen KZ Bergen-Belsen eine internationale Gedenkkundgebung durch mit 2000 Teilnehmern: Roma und Sinti aus zwölf europäischen Ländern, Vertreter anderer Opfergruppen, Politiker aus Deutschland und vielen anderen Ländern. Simone Veil, die selbst das KZ überlebt hatte, hielt eine Rede. Erstmals

fand eine Aktion großen Widerhall in der Öffentlichkeit. Wenige Tage später überbrachte man der Bundesregierung ein Memorandum des Verbandes Deutscher Sinti⁵ mit neun Forderungen. An erster Stelle stand die Anerkennung des Völkermordes. Das Bundeskanzleramt schlug sich lange mit Bedenken herum, doch endlich, am 17. März 1982, erkannte Bundeskanzler Helmut Schmidt den Holocaust an den Sinti und Roma völkerrechtlich verbindlich an. Das war ein wichtiger Erfolg.

Ostern 1980 hatten zwölf Sinti, darunter vier Überlebende von KZs, in Dachau

lichen Sondererfassung von Sinti und Roma. Die Akten stützten sich auf die „Zigeuner“-Personenakten, die vor 1945 in breitem Stil erhoben und nach 1945 weiterverwendet wurden. 1981 besetzten 18 Sinti den Keller des Tübinger Universitätsarchivs und forderten die Herausgabe der Unterlagen. Innerhalb weniger Stunden wurden sie ins Bundesarchiv überführt. Jedoch waren die ca. 20 000 sogenannten NS-„Rassengutachten“ der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“, die die Grundlage für den NS-Völkermord gebildet hatten, nicht darunter. Sie fehlen bis heute.

Es gab immer wieder Rückschläge. Die bereits 1981 vom Bundestag beschlossene Einrichtung eines Härtefonds zur „Wiedergutmachung“ wurde zur großen Enttäuschung: 60% aller Anträge von Sinti und Roma wurden abgelehnt. Bei erfolgreichen Anträgen wurden Auszahlungen häufig mit Sozialhilfe verrechnet. Die Forderung nach Anerkennung als nationale Minderheit wurde 1982 abgelehnt. Sie erfolgte erst 1995 durch Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten. 2012 hat Schleswig-Holstein nach der dänischen Minderheit auch die deutschen Sinti und Roma als Minderheit in die Verfassung aufgenommen. Seit 2013 haben vier Bundesländer, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern, Staatsverträge mit Landesverbänden abgeschlossen, die die Teilhaberechte der Sinti und Roma stärken.

Der Emanzipationskampf der Sinti und Roma hat bis heute trotz immer wieder erfahrener Rückschläge

viel erreicht. Doch das antiziganistische Ressentiment, Drohungen, Gewalt, Diskriminierung sind nicht verschwunden, sie nehmen gegenwärtig sogar zu: in der Gesellschaft, in der Politik, im Bildungsbereich, bei Behörden. Bisher gibt es in sechs Bundesländern Meldestellen – es sollte sie in allen geben.⁶



Heidelberg, 18. Juni 1973.* Sinti demonstrieren gegen die Erschießung des Sinto Anton Lehmann durch die Polizei. Bei einem Bevölkerungsanteil von 0,1% kamen zwischen 1945 und 1980 14 Sinti und Roma durch Polizeigewalt zu Tode. Fünf Fälle wurden durch journalistische Recherche im Auftrag der „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“ 2019/2020 aufgearbeitet.¹

einen einwöchigen Hungerstreik durchgeführt, der große internationale Aufmerksamkeit erhielt und eine große Solidaritätswelle auslöste. U.a. verlangten sie vom bayerischen Justizministerium Auskunft über den Verbleib der Akten der ehemaligen „Landfahrerzentrale“ und ein Ende der andauernden polizei-

(1) Ingrid Müller-Münch, Tödliche Polizeigewalt gegenüber Sinti und Roma 1945 bis 1980; (2) bpb, NS-Verfolgung von „Zigeunern“ und „Wiedergutmachung“ nach 1945; (3) Karola Fings, Sinti und Roma, Geschichte einer Minderheit; (4) Die Ausführungen in diesem Absatz beruhen auf Daniela Gress, „Quellen zur Geschichte der Menschenrechte. Memorandum des Verbandes Deutscher Sinti und der Roma-Union“ und auf Karola Fings, a.a.O.; (5) https://www.geschichte-menschenrechte.de/fileadmin/editorial/download/Memorandum_des_Verbandes_Deutscher_Sinti.pdf. Unter <https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat/geschichte-der-organisation/> findet sich eine Zeitleiste wichtiger Momente und Erfolge. (6) <https://www.antiziganismus-melden.de/ueber-uns/standorte/>

* Fotos: Abdruck in dieser Ausgabe mit freundlicher Genehmigung des Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e.V., <https://dokumentation.sintiundroma.de/>

Das Neue Jerusalem

Vor 80 Jahren gewinnt die Labour Party die britischen Wahlen und führt einen modernen Sozialstaat ein

Florian Weis, Berlin

Am 8. Mai 1945 stand Winston Churchill (1874–1965), seit fünf Jahren Premierminister einer Kriegsregierung, die Großbritannien zum Sieg über Nazi-Deutschland an der Seite der USA und der UdSSR geführt hatte, auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn. Um 15 Uhr Ortszeit verkündet er den „Victory in Europe Day“ – der Krieg gegen Japan sollte freilich noch mehr als drei Monate andauern.

Die Zeitzeug*innen haben sich ein Bild von diesem 8. Mai 1945 als eines Tages von Stolz und Freude über den Sieg, Erleichterung und Ausgelassenheit ob des eigenen Überlebens bewahrt. Großbritannien hatte seine „finest hour“, die Churchill in seinen großen Durchhaltereden im Mai und Juni 1940 beschworen hatte, bestanden. Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 ist von der Überzeugung getragen, dass der Sieg gegen den nazideutschen Feind so gerecht war, wie es ein Krieg nur sein kann. Der Erste Weltkrieg hingegen hatte nicht nur auf britischer Seite zu wesentlichen höheren Verlusten geführt, er wurde überschattet durch fragwürdige Kriegsgründe und -ziele ebenso wie durch gebrochene Versprechungen gegenüber der eigenen Bevölkerung und den Menschen in den beherrschten Gebieten, die in beiden Kriegen wesentlich zum alliierten Sieg beitrugen.

Zukunftsperspektive schlägt Pathos: Attlee ersetzt Churchill

Nach fast zehn Jahren, zuletzt wurde im November 1935 gewählt, waren Unterhauswahlen überfällig. Sie fanden am 5. Juli 1945 statt. Churchills Versuch, die Kriegsregierung noch mindestens bis zum Sieg über Japan, der in alliierten Planungen zu diesem Zeitpunkt frühestens 1946 erwartet wurde, fortzuführen, war der Labour-Basis nicht zu vermitteln. Labour kehrte deshalb am 23. Mai 1945 in die Rolle einer konstruktiven Opposition zurück. Um den Angehörigen der britischen Streitkräfte in aller Welt die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen, wurden die am 5. Juli abgegebenen Stimmen nach Großbritannien gebracht und dort einheitlich am 26. Juli ausgezählt. Die Wahlbeteiligung lag mit rund 73 Prozent deutlich unter den folgenden Rekordwerten von 1950 und 1951 (rund 83 Prozent), war aber angesichts der kriegsbedingten organisatorischen Herausforderungen durchaus bemerkenswert (und weit höher als bei den letzten acht Unterhauswahlen nach 1992).

Churchill nahm ab dem 17. Juli an der Potsdamer Konferenz mit Stalin und dem erst seit drei Monaten im Amt befindlichen US-Präsidenten Harry S. Truman teil. Vorsorglich nahm Attlee als Beobachter in der britischen Delegation an der Konferenz teil, doch konnte sich kaum einer der Mitwirkenden in Potsdam vorstellen, dass Churchill nicht zurückkehren würde, als die Konferenz am 25. Juli unterbrochen wurde.

Jedoch errang die Labour Party rund 48 Prozent der Stimmen und fast 400

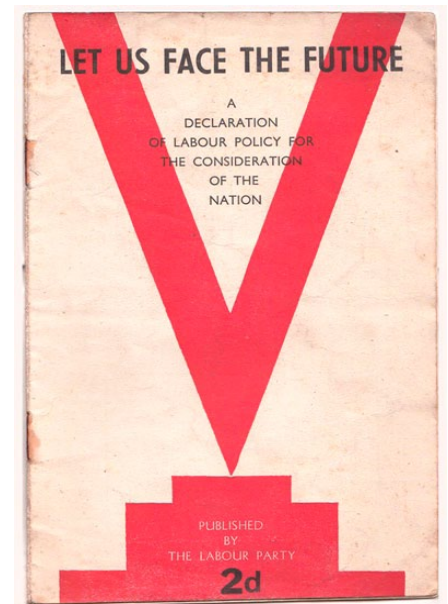
Mandate, Churchills Tories gerade einmal 40 Prozent und kaum mehr als 200 Sitze. Der unscheinbar wirkende Clement Attlee (1883–1967, Labour-Vorsitzender 1935–1955) und nicht Winston Churchill kehrte am 28. Juli als Premierminister in Begleitung seines neuen Außenministers Ernest Bevin (1881–1951) nach Potsdam zurück. Stalin dürfte ob dieser reibungslosen Übung eines demokratischen Machtwechsels erstaunt gewesen sein. Wie konnte, wird er sich und werden sich viele Beobachter*innen gefragt haben, der Kriegsheld Churchill abgewählt werden?

Der – nur scheinbar – überraschende Sieg der Labour Party im Juli 1945

Auf den zweiten Blick aber war das Wahlergebnis weniger überraschend. Es war eine rationale Entscheidung der Wähler*innen: Churchill mochte der richtige Kriegspremier gewesen sein, für den Wiederaufbau des Landes und den Ausbau eines Sozialstaates war er ungeeignet. Bereits seit 1942 wiesen Umfragen und Nachwahlergebnisse auf einen klaren Linkstrend hin. Auch andere Länder Europas wandten sich in einer Mischung aus Patriotismus, Antifaschismus und Antikapitalismus nach links.

„Let us face the Future“ hieß das Programm der Labour Party, von dem 1,5 Millionen Exemplare verkauft (!) wurden. Ein Programm, das kaum 30 000 Zeichen umfasste und eine konkrete, umsetzbare und in großen Teilen umgesetzte Grundlage für die konsequente Reformpolitik bis 1951 lieferte.

Viele Menschen waren 1945 großen Nöten ausgesetzt, hatten aber gleichwohl op-



„Let us face the Future“ hieß das Programm der Labour Party, von dem 1,5 Millionen Exemplare verkauft (!) wurden.

timistische Erwartungen und Vertrauen an und in Politik, Parteien und Staat. Der Zweite Weltkrieg hatte große Opfer gekostet, galt aber als notwendiger Kampf für eine gerechte Sache, der durch Gemeinsinn und kollektive Planung erfolgreich bewältigt worden war. Daraus zogen die Anhänger*innen der Labour Party Stolz und Zuversicht.

Neben einem klaren Reformprogramm, einer kompetenten Führung und einer gesellschaftlichen Einsicht in die existentiellen Herausforderungen konnte Labour sich 1945, anders als heute, auch auf eine stabile Lagerbildung und feste Klassenloyalitäten stützen.

Rationierung, eine umfassende Wirtschaftssteuerung und eine hohe Besteuerung auch der Wohlhabenden waren erfolgreich praktiziert worden – wenn dies im Krieg möglich war, warum nicht auch im Frieden? William Beveridges großer Report im Auftrag der Regierung plädierte 1942 für ein einheitliches Sozialsystem „von der Wiege bis zur Bahre“ und für eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Dieser spröde sozialwissenschaftliche Bericht wurde zur Blaupause für die Attlee-Regierung und zu einem Bestseller, gelesen gerade von den Angehörigen der Streitkräfte. Staatliche Planung war der – positiv besetzte – Schlüsselbegriff.

Die Erstwähler*innen, und das waren vor dem Hintergrund der fast zehn Jahre zurückliegenden Wahlen alle Menschen, die jünger als 30 Jahre alt waren, orientierten sich nach links, was sich am deutlichsten in den Streitkräften zeigte: Bis zu 60 Prozent der Soldat*innen, so schwer belegbare Schätzungen, votierten für Labour.¹

Auch die Kommunisten gewannen, zum Ärger von Labour, zwei Unterhaussitze, je einen im Londoner East End und in Schottland. Es sollten die letzten Mandatsgewinne in Westminster für die Kommunistische Partei bleiben. Die Unterordnung der britischen Kommunisten unter Moskau während der Zeit des Paktes zwischen der UdSSR und Nazi-Deutschland zwischen dem August 1939 und dem Juni 1941 schien vergessen zu sein. Vielmehr profitierten die Kommunisten von ihrem entschiedenen Antifaschismus vor 1939 und nach 1941, von den allseits bewunderten Leistungen der Roten Armee, der gewerkschaftlichen Verankerung und im East End auch von der Unterstützung von Teilen der jüdischen Gemeinschaft, der die KP in ihrem Kampf gegen die Faschist*innen von Oswald Mosley energisch zur Seite gestanden hatte.²

Neue Regierung unter schwierigen internationalen Rahmenbedingungen

Die Regierungszeit der Labour Party zwischen Juli 1945 und Oktober 1951 war maßgeblich von internationalen Faktoren wie der ökonomisch belastenden Besatzungsaufgabe in Nordwestdeutschland, dem beginnenden Kalten Krieg mit zentralen Eskalationspunkten wie der Berlin-Blockade 1948/49 und dem Korea-Krieg ab 1950, dem Unabhängigkeitskampf in Indien und der Mandatsmachttrolle in Palästina bis 1948 geprägt. Labour spielte ferner eine wichtige Rolle bei der Initiierung des Marshall-Plans und der Gründung der Nato 1948/49.³ Entgegen manchen linken Mythen, der britische Imperialismus habe den Zionismus in den 1930er und 1940-er Jahren gefördert und Israel unterstützt, trifft eher das Gegenteil zu: Die Mehrheit des Kabinetts, insbesondere Attlee und Bevin, sowie das Foreign Office waren antizionistisch eingestellt; nur eine Minderheit in der Labour Party, vorwiegend, aber nicht ausschließlich auf dem linken Parteiflügel, unterstützte das entstehende Israel. Im November 1947 enthielt sich die Mandatsmacht Großbritannien in der UN-Vollversammlung bei der Abstimmung über den Teilungsplan (Resolution 181), der einen jüdischen und einen arabischen Staat in Palästina vorsah, der Stimme, während die Sowjetunion zustimmte.⁴ Es waren keine britischen Waffen, sondern nicht zuletzt solche aus der bereits kommunistisch dominierten CSSR, die mit Unterstützung der UdSSR Israels Sieg im Krieg von 1948/49 mit ermöglichten, während die britische Seite

eher die Arabische Legion in Jordanien unterstützte. Während also nicht wenige Veteran*innen der Roten Armee in den israelischen Streitkräften kämpften, waren britische Offiziere auf arabischer Seite aktiv.

Allen Widrigkeiten zum Trotz – ein radikales Reformprogramm

Labours radikales Reformprogramm startete auch deshalb unter denkbar widrigen Umständen, weil das Land im August 1945 dem finanziellen Bankrott nahe war. Die Kosten der Besatzung in Deutschland waren beträchtlich, die Militärausgaben blieben hoch,⁵ die Energieversorgung war prekär, die USA banden ihren überlebenswichtigen Kredit an harte Auflagen. Entsprechend wurden die Rationierungen zahlreicher alltäglicher Güter noch lange beibehalten, länger als im besiegten (West)Deutschland. Auch die Löhne wurden zeitweilig eingefroren; das Wohnungsbauprogramm blieb hinter den Erwartungen und Erfordernissen zurück. Gleichwohl wurden die wesentlichen Programmziele bis 1951 umgesetzt: Ein kostenloser nationaler Gesundheitsdienst, der NHS, wurde aufgebaut; Eisenbahnen, Kohlegruben, Stahlindustrie und die Bank of England verstaatlicht. Die kriegsbedingte staatliche Wirtschaftslenkung wurde weiterentwickelt, die Schulzeit langsam verlängert, eine annähernde Vollbeschäftigung erreicht und allgemein die soziale Absicherung spürbar verbessert. Die verstaatlichten Industrien waren freilich weit von einer Arbeiter*innenselbstverwaltung entfernt, vielfach arbeitete das alte Management einfach weiter. Anders als noch im frühen zwanzigsten Jahrhundert waren syndikalistische Strömungen in den Gewerkschaften in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts schwach ausgeprägt.

So fortschrittlich und erfolgreich Labours Sozialreformen waren, in puncto Geschlechtergerechtigkeit bewegte sich Labour erst ab den 1960er Jahren langsam vorwärts. 1945 gehörte nur eine Frau dem Kabinett an, „Red Ellen“ Wilkinson. Im Unterschied zu den anderen Parteien war der Frauenanteil in der Labour-Fraktion zwar höher, lag gleichwohl aber bei kaum mehr als 5 Prozent. Ethnisch-kulturelle Minderheiten waren 1945, vor dem Beginn der großen Einwanderung aus den Ländern des Commonwealth, vor allem die irischen und jüdischen Communities, die beide stark in der Labour Party vertreten waren. Und nie wieder bildete ein Ka-

binett die Klassenzusammensetzung und darin vor allem die Arbeiter*innenschaft Großbritanniens so stark ab wie dasjenige von 1945.

Labours Finest Hour?

Großbritannien war nach 1945 ein Land mit vielen Einschränkungen im Alltagsleben, aber es war ein Land mit einer größeren gesellschaftlichen Fairness sowie einem größeren Maß an sozialer Sicherheit und Gleichheit als je zuvor und nur noch selten danach. Die Labour-Regierung, die bis zum Oktober 1951 amtierte und dann paradoxerweise mit ihrem besten Wahlergebnis aller Zeiten (fast 49 Prozent der Stimmen, mehr als die siegreichen Tories) die Wahlen verlor, prägte die Grundlinien der britischen Sozial- und Wirtschaftspolitik für drei Jahrzehnte. Ähnlich prägend war später nur noch die Regierung von Margaret Thatcher (1979-1990), die den sozialstaatlichen Konsens zerstörte und als eine Gegenrevolution (oder Gegenreformation) zur Politik der Attlee-Regierung gelesen werden kann.

Lange unterschätzt, gilt Clement Attlee mittlerweile vielen als der bei weitem erfolgreichste Labour-Premierminister, wahrscheinlich der erfolgreichste Premier überhaupt seit dem Zweiten Weltkrieg. Auf Attlee können sich heute fast alle Strömungen der Labour Party positiv beziehen – wer könnte das von Tony Blair, Jeremy Corbyn oder Keir Starmer behaupten?

Die Schaffung des NHS, die systematische Ausweitung des Sozialstaates, die langfristige Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Akzeptanz der indischen und pakistanischen Unabhängigkeit und die britischen Initiativen für den Marshall-Plan und die Nato gehören zu den lange nachwirkenden Ergebnissen der Labour-Regierung von 1945 bis 1951. Die Konservativen führten nach 1951 die Früchte der Wirtschaftspolitik Labours ein. Labours Führung war nach über 11 Jahren Regierungsarbeit unter schwierigsten Umständen ausgelaugt, die Führungsfiguren der nächsten Generation, Nye Bevan und Hugh Gaitskell, ideologisch und persönlich bitter verfeindet, was die Partei fast ein Jahrzehnt lang blockierte. Dennoch hatte Labour große Teile seines Regierungsprogramms konsequent umgesetzt. Erst Margaret Thatcher brach mit dem von Attlee geprägten Nachkriegskonsens. Labour verstand sich 1945 als sozialistische Partei, die ihre Ziele, very british, schrittweise und pragmatisch umsetzen wollte.

¹ BBC Politics 97. Ein Film aus dem Jahre 2005 fängt die Stimmung des Wahlkampfes ebenfalls gut ein: www.youtube.com/watch?v=SWXtb3gUJw. Ferner: Eric Hobsbawm, *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert*, München 2002, S. 194. Ähnlich John Bew, *Citizen Clem. A Biography of Attlee*, London 2017, S. 344. ² www.der-rechte-rand.de/archive/9579/we-fight-fascists/ ³ Gemäß dem Lord Ismay zugeschriebenen Satz: The purpose of the Nato alliance is „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down.“ ⁴ Jeffrey Herf, *Israel's Moment: International Support for and Opposition to Establishing the Jewish State*, Cambridge University Press 2022, Angelika Timm: <https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/44995/die-gruendung-des-staates-israel/> ⁵ 1947 lagen sie bei einem Sechstel des Bruttoinlandsproduktes, sanken dann deutlich unter 10 Prozent, ehe sie mit Beginn des Korea-Krieges zunächst wieder stiegen. ⁶ www.ukpublicspending.co.uk/uk_national_defence_analysis und https://www.ukpublicspending.co.uk/past_spending. * **Abb:** <https://rgshistory.com/wp-content/uploads/2015/01/image.jpg>

Eine Anmerkung zu „Teddy“ Thälmann

Harald Pätzolt. Berlin. Auch ich war einst ein Thälmann-Pionier. Der Name dieses Mannes, Ernst Thälmann, ist in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts fest eingeschrieben.

Wenn heute viele Thälmannstraßen anders heißen, die Denkmale abgeräumt und so mancher Betrieb, der diesen Namen trug, verschwunden ist, so bleibt er doch, was er Zeit seines Lebens war: eine bedeutende Figur der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung.

Der Biograph als Historiker hat sich nicht zuerst um Legenden, die sich noch um jede Person der Zeitgeschichte ranken, zu kümmern. Er hat die Aufgabe, mit wissenschaftlicher Akribie den durch Quellen belegten Lebensweg Thälmanns nachzuzeichnen. Das tut Ronald Friedmann auf über 500 Seiten. Er hat umfangreiches Quellenmaterial gehoben, erstmals in diesem Umfang und manches erstmals öffentlich gemacht. So entsteht beim Lesen das Bild des Menschen Ernst Thälmann, mit dem Respekt gezeichnet, der jedem Menschen gebührt. Der Nutzen für alle, die wie ich mit der Legende von „Teddy“ lebten, liegt aber eben nicht in deren Verblässen, sondern im Erkennen der Umstände, unter denen Thälmann geworden ist, was er war. Man kann wohl sagen: Ernst Thälmann bekommt so erst seine Würde als Mensch zurück.

Gezeigt werden die Umstände des Lebens als deutscher Kommunist im „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm). Der Historiker als Biograph interessiert sich genau dafür. „Denn Thälmann und die KPD waren eingebunden in ein System politisch-ideologischer und materieller Abhängigkeiten, das sich vor allem in Gestalt der Kommunistischen Internationale, aber auch in einer kaum zu überschauenden Vielzahl personaler Netze zeigte, die von Stalin und anderen Moskauer Spitzenfunktionären über Jahre hinweg in aller Welt gesponnen und gepflegt wurden.“ (Einleitung)

Friedmann sieht in dieser Einbindung der KPD den entscheidenden Punkt für den „erstaunlichen Aufstieg Thälmanns zum bekanntesten und einflussreichsten deutschen Kommunisten der Weimarer Republik, obwohl Thälmann weder über die notwendige Bildung verfügte noch die charakterliche Eignung besaß, um seiner selbstgewählten Rolle als ‚Führer der Partei‘ und ‚Führer des deutschen Proletariats‘ tatsächlich gerecht werden zu können.“ (Einleitung)

Diesen Beitrag, der zuerst in der Zeitschrift „Das Blättchen“ (<https://das-blaetchen.de>) hat uns Harald zur Veröffentlichung übergeben. Dr. Harald Pätzolt ist Diplom-Philosoph und Publizist. Er lebt und arbeitet als freier Politikberater in Berlin.

Ronald Friedmann:

„Wenn Moskau das so will ...“ – Eine Ernst Thälmann Biographie.

trafo Wissenschaftsverlag, 2025,
517 S., 44,80 Euro. Erscheint demnächst.

Neu herausgearbeitet hat Ronald Friedmann einiges. So war für mich, ich nenne hier nur einige Beispiele, überraschend, dass es im Sommer 1925 keinen Machtkampf von Thälmann gegen Ruth Fischer / Arkadi Maslow gab. Thälmann strebte nicht an die Spitze der KPD. Er musste zum Jagen getragen werden. Alle Initiative ging von Moskau aus. Die „Arbeitergruppe“ um Thälmann war nur eine Fiktion, das dürfte Stalin gewusst haben.

Dass der Kampf gegen den „Sozialfaschismus“, also die Sozialdemokratie, keine Episode in der Geschichte der KPD war, sondern spätestens ab 1928 bis weit in das Jahr 1934 hinein der politische Schwerpunkt der KPD ist meines Erachtens so auch noch nicht dargestellt worden. Thälmann selbst habe, schreibt Friedmann, mehrfach erklärt, dass die SPD eine größere Bedrohung als die Nazi-partei sei und dass die Vernichtung der Sozialdemokratie die Voraussetzung für den Kampf gegen Hitler sei.

Thälmann ist in den elf Jahren Haft von 1933 bis 1944 standhaft geblieben. Auch als ihm klar wurde, dass es keine Chance auf Rettung durch Stalin gab, war er nicht bereit, sich mit einer antikomunistischen Erklärung die Freiheit zu erkaufen. Neu dürfte sein, dass er andererseits auch zu keinem Zeitpunkt bereit gewesen war, öffentlich – zum Beispiel mit einer Erklärung an den Siebten Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935 – zum Kampf gegen Hitler und den drohenden Krieg aufzurufen.

Eine Biografie ist die Darstellung eines Lebens von Anfang bis zum Ende. Nicht mehr, nicht weniger. Eine besser recherchierte über Ernst Thälmann gibt es nicht.

Das Manuskript konnte ich vorab lesen und finde die Biografie zu 99 Prozent großartig. Zu dem einen Prozent, was wohl dem Autor einen formidablen Shitstorm der, nennen wir sie, „Ziegenhals-Community“ einbringen dürfte, wollte ich dann doch etwas anmerken.

Mit dem Buchtitel „Wenn Moskau das so will ...“ setzt Friedmann einen psychologischen Punkt. Er sieht letzten Endes in Thälmanns Unzulänglichkeiten, er sei Moskau, also Stalin gegenüber, steuerbar, willig und widerspruchsflos gewesen, den Grund, dass er protegiert und, weil es der sowjetischen Außenpolitik nutzte, dann auch im Gefängnis bis zu seiner Ermordung verbleiben musste.

Friedmann setzt noch einen drauf. Für eine abschließende Wertung sieht er den maßgeblichen Beitrag Thälmanns zur Zerstörung der innerparteilichen Demokratie, zur Bolschewisierung der KPD in der Zwischenkriegszeit. Bis 1933 gebe es nichts, was eine Ehrung oder Würdigung Thälmanns gerechtfertigt hätte.

Wow, das ist harter Tobak. Man könnte darum Friedmann des latenten Antikomunismus verdächtigen. Das trifft aber nicht zu. Ronald Friedmann ist Mitglied des Sprecherrates der Historischen Kommission der Linkspartei und geradezu paradox für einen Historiker, aber nicht unüblich in der Zunft, Opfer dessen geworden, was man in der Psychologie den „Rückschaufehler“ nennt. Man sitzt der Illusion auf, die Vergangenheit zu verstehen. Das Gehirn denkt sich Narrative über die Vergangenheit aus. Rückschaufehler sind umso größer, je schlimmer die Folgen. Rückschau ist besonders unfreundlich gegenüber Entscheidern, notiert Nobelpreisträger Daniel Kahneman in seinem Buch über menschliches Denken 2011. Hätte Friedmann die Umstände des Lebens Ernst Thälmanns nur etwas weiter gefasst, eines Lebens, das für ihn von Anbeginn Klassenkampf ums tägliche Brot, Welt- und Bürgerkrieg und wieder Weltkrieg war, ein Leben in der politischen Welt von Carl Schmitt, die nur Freund und Feind kannte, nicht wirklich Demokratie, schon gar nicht in Parteien, hätte Friedmann es bei der Lebensbeschreibung belassen können. Die Wertungen tun nichts dazu.

ArGe-Sommerschule – (Themen siehe <https://www.linkekritik.de/fileadmin/pb25-03/24b-arge-sommerschule-7-9-august-arge.html>)
Erfurt, Do 7.8., 14 Uhr, bis Sa, 9.8., 16 Uhr). Neben der Befassung mit Dokumenten freuen wir uns auf drei Gastvorträge:

Do., 16-18 Uhr. Bildung von links denken, trotz alledem. Ref.: Ulrike Gross-Röthig. – Vor dem Hintergrund völkischer und AfD-Positionen zu Bildung und Erziehung und mit Blick auf die UN-Kinderrechtskonvention.

Fr., 16 bis 18 Uhr. „Linke Außenpolitik heute – wie könnte das gehen?“ Ref.: Jan Schlemmermeier (zugeschaltet). Wir diskutieren u.a. im Kontext des ArGe-Projektes „Solidarisches Europa“.

Sa., 9-12 Uhr. Lage Ukraine und Positionen der ukrainischen Linken. Ref.: Bohdan Mamchur (Präsenz). Wir diskutieren im Spannungsfeld von Notwendigkeiten der Verteidigung und Friedenspolitik.

ACHTUNG: Angemeldete können den Link zum Download des Materialblocks bei Michael Juretzek michael.juretzek@nord-com.net bestellen. **Download ab Sonntag, den 3.8.2025, 11 Uhr möglich. Die Dokumente zur Diskussion werden bei Konferenzbeginn auch ausgedruckt vorliegen.**

Fünf Prozent für die „teuflische Homolobby“

Karl-Helmut Lechner. Die derzeitige Situation um den Bremer Pastor Olaf Latzel ist weiterhin hoch umstritten und polarisiert Kirche und Öffentlichkeit. Wir hatten in den „Politischen Berichten“ mehrfach berichtet.

Im Oktober 2019 äußerte sich Pastor Olaf Latzel in einem gemeindeinternen Eheseminar abfällig über queere Menschen. Er sprach von „Genderdreck“, einer „teuflischen Homolobby“ und bezeichnete Teilnehmer des Christopher Street Day als „Verbrecher“. Diese Aussagen führten zu einem Strafverfahren wegen Volksverhetzung, das im Sommer 2024 gegen eine Geldauflage von 5000 Euro eingestellt wurde. Die Bremische Evangelische Kirche (BEK) verhängte nun im Mai 2025 eine Disziplinarstrafe: Latzels Gehalt wird für vier Jahre um 5 % gekürzt. Die BEK hat sich mehrfach offiziell zur Causa Olaf Latzel geäußert. So betonte der Kirchenausschuss (KA) der Bremischen Evangelischen Kirche seine uneingeschränkte Achtung gegenüber der in der Verfassung der BEK festgeschriebenen Glaubens-, Gewissens- und

Lehrfreiheit. Sie finde aber ihre Grenze dort, wo Menschen diskriminiert oder ausgegrenzt würden. Die Aussagen des Olaf Latzel seien unvereinbar mit den Grundwerten der Bremischen Kirche und der inklusiven Position der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die einbehaltenen Gelder sollen queeren Organisationen zugute kommen, die als Anlaufstellen für Betroffene dienen. Die St.-Martini-Gemeinde, in der Latzel tätig ist, lehnt die Strafe ab; sie will aber keine rechtlichen Schritte einleiten – aus dem Wunsch heraus, das „unsägliche Verfahren“ nach fünf Jahren zu beenden. In einer Stellungnahme betont die Gemeinde, dass dies „keine Anerkennung“ der Strafe sei – „im Gegenteil“. Denn sie wirft der Kirchenleitung vor, ihre Rechte verletzt und das Verfahren ohne Einbeziehung der Gemeinde geführt zu haben. Die St.-Martini-Gemeinde hält weiterhin an ihrer reaktionären Auslegung der Bibel fest: Praktizierte Homosexualität sei „gegen den Willen Gottes“. Man wolle sich „dem Zeitgeist entgegenstellen“ und „für die biblische Wahrheit kämpfen“.

Compact-Verbot aufgehoben, aber ...

Christiane Schneider. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat das Verbot des extrem rechten Magazins Compact durch das Innenministerium aufgehoben. Grundsätzlich hat es den von vielen Juristen problematisierten Weg eröffnet, über das Vereinsrecht auch Medien zu verbieten. Doch wurde deutlich, dass das Siegesgeheul nach dem Urteil Elsässer und der gesamten extremen Rechten noch im Halse stecken bleiben wird. Denn das BVerwG hat in seiner PM klargestellt, dass das von Sellner entwickelte und von Elsässer vertretene „Remigrationskonzept“ eindeutig verfassungsfeindlich ist: „Mit der Menschenwürde sind weder ein rechtlich abgewerteter Status noch demütigende Ungleichbehandlungen

vereinbar. Das gilt insbesondere, wenn derartige Ungleichbehandlungen gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG verstoßen. Das ist bei dem sog. ‚Remigrationskonzept‘ der Fall (...). Diese Vorstellungen missachten (...) das sowohl durch die Menschenwürde als auch das Demokratieprinzip geschützte egalitäre Verständnis der Staatsangehörigkeit. Denn sie gehen von einer zu bewahrenden ‚ethnokulturellen Identität‘ aus und behandeln deshalb deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund als Staatsbürger zweiter Klasse.“ Allerdings hätten die verbotsrelevanten Äußerungen des Magazins noch nicht die „Schwelle der Prägung“ erreicht. Es gebe viele Beiträge auch zu anderen Themen.

VGH Bayern: ein mehr als zweifelhaftes Urteil

Christiane Schneider. Es ist belastend genug, einen Personenschutz zu brauchen. Wie unerträglich aber muss es für Charlotte Knobloch sein, der Präsidentin der jüdischen Kultusgemeinde München, dass ein Polizist, der sie als Leibwächter eng begleitete, zur selben Zeit im Chat mit einem Freund antisemitische Vernichtungsfantasien und Naziparolen austauschte. Die Polizeiführung hatte den Beamten aus dem Dienst entlassen wollen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) jedoch

wies, wie zuvor das Verwaltungsgericht, eine Entlassung zurück. Er sah keinen Verstoß gegen die Verfassungstreuepflicht des Beamten. Seine geäußerten Vernichtungsfantasien seien zwar inakzeptabel, aber psychologisch erklärbar. „Suche nach Anerkennung“, privat geäußert und damit „als Ausdruck der Persönlichkeit und Bedingung ihrer Entfaltung“ durch Grundrechte geschützt. Dass der Polizist sich zwischen 2014 und 2020 nicht nur in einem, sondern (Zitate aus der Urteilsbegründung nach Dr. Max Kolter, LTO und Redaktion beck-aktuell)



Michael Moos:

„Und nichts mehr wurde, wie es war ...“

Die Geschichte der schwäbisch-jüdischen Familie Moos und mein Leben in Tel Aviv, Ulm und Freiburg

Herausgegeben vom DZOK und dem Haus der Stadtgeschichte, Klemm + Oelschläger Verlag, 2025, 159 Seiten, 19,80 Euro

Michael Moos zeichnet im druckfrischen Buch die Geschichte seiner Familie nach, die über Jahrhunderte im Schwäbischen beheimatet war, bevor seine Eltern 1933 aus Ulm über London nach Tel Aviv flüchten mussten. Alfred und Erna Moos kehrten 1953 mit ihrem sechsjährigen Sohn nach Ulm zurück. Der Autor erzählt von Flucht und schmerzhafter Rückkehr, von seiner Kindheit in Tel Aviv und Ulm sowie seinem Aufbruch und Leben als linker Student, Rechtsanwalt und Gemeinderat in Freiburg. Er thematisiert offen generationsübergreifende Traumata, seine lange Suche nach Identität und berichtet, was ihm Kraft für ein erfülltes Leben gab.

Das Buch ist im DZOK in der Büchsen-gasse 13, im Stadtarchiv im Schwörhaus, im Museum „Die Einsteins“ und per Bestellung im Buchhandel erhältlich.

Quelle: Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, Ulm. KZ-Gedenkstätte, Verlagsanzeige.

Wir planen, das Buch in einer der nächsten Ausgaben der Politischen Berichte ausführlicher zu besprechen. (Red)

in mehreren Chats, auch in einem Gruppenchat, antisemitisch und rassistisch „entfaltete“, hat an der Rechtsauffassung der VGH nichts geändert. Wegen seines ansonsten „außerordentlich positiven Persönlichkeitsbildes“ erkannte der VGH auf eine Zurückstufung vom Kriminalhauptmeister zum Kriminalobermeister – zur Last wurde ihm nur gelegt, eine verfassungsfeindliche Äußerung eines Bekannten widerspruchslos hingenommen zu haben.

Gelungene Aufarbeitung? Eine Veranstaltung zu 60 Jahre Urteile im Frankfurter Auschwitzprozess

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Der Förderverein Fritz Bauer Institut lud am 21. Juni zum Gedenken an den ersten Frankfurter Auschwitzprozess vor 60 Jahren in den Fritz-Bauer-Saal im Bürgerhaus Gallus in Frankfurt am Main ein. Dort fand ein Teil des Prozesses von April 1964 bis August 1965 statt, weil man einen größeren Saal benötigte. Unter der Regie des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer ergingen hier Urteile gegen 21 SS-Angehörige und ein Funktionshäftling.

Prof. Dr. Boris Burghardt, (Strafrecht und Strafprozessrecht an der Uni Marburg) erklärte, dass Fritz Bauer große, komplexe Strafverfahren einführte, in denen das System der Verbrechen in den KZs mit ihren verschiedenen Abteilungen nachvollziehbar wurde und durch die erkennbar wurde, wie einzelne Personen, die vielleicht keine Befehlsgewalt hatten, trotzdem an den Verbrechen beteiligt waren. Die Richter waren darauf bedacht, die Täter nicht zu dämonisieren, sondern zu zeigen, dass ganz normale deutsche Bürger und Bürgerinnen, keine Monster, die Morde verübt hatten.

Es war der größte Strafprozess der Nachkriegszeit in Deutschland, in dem der letzte Lagerkommandant des KZ Auschwitz, Richard Baer, sein Adjutant Robert Mulka und andere an der Vernichtung von Menschen Beteiligten verurteilt wurden (Baer starb noch vor dem Prozess). Verantwortlich waren drei Richter und sechs Geschworene.

359 Zeugen und Zeuginnen wurden zum Prozess einbestellt. Viele erklärten sich zur Vernehmung nur bereit, weil Fritz Bauer sie im persönlichen Gespräch davon überzeugt hatte.

Der damalige Zeugenbetreuer im Prozess, Peter Kalb, berichtete, der Umgang mit diesen Menschen durch das Gericht sei anfangs unbedacht gewesen. Man schützte die Zeugen nicht davor, ihren ehemaligen Peinigern auf der Straße oder beim Mittagessen zu begegnen. Später organisierte eine Justizangestellte deren Begleitung.

Die Zeugen saßen während des Prozesses nur vier Meter von den Angeklagten entfernt und durch Blickkontakt bei der Befragung stand ihnen oft die Angst ins Gesicht geschrieben. Diejenigen, die die Lagerhaft überlebt hatten, durchlebten nach zwanzig Jahren den Schrecken nochmals. Die Wirkung auf die Öffentlichkeit war sehr stark, die Zeugenaussagen brachten vielen Menschen erstmals genaue Informationen über die KZs. Viele waren fassungslos. Insgesamt nahmen ca. 20 000 Zuschauer, auch Schulklassen,

an den Prozessterminen teil, was Peter Kalb (damals 20-jährig) als zu wenig einschätzte. „Man hätte mehr Werbung dafür machen müssen, auch in den Schulen ...“, sagte er. In einem Interview, in dem er 1965 gefragt wurde, wie er die Wirkung der Verhöre auf Gleichaltrige einschätzte, sagte er, diejenigen, die „politisch neutral“ als Zuschauer in den Prozess gegangen waren, wären dadurch Nazigegner geworden.

Er sprach sich damals schon dafür aus, die Tonbandaufnahmen, die während der Vernehmungen gemacht wurden, der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dies wurde allerdings erst nach 40 Jahren umgesetzt. Dann kamen sie ins Staatsarchiv nach Wiesbaden, ebenso wie die Prozessakten. Fast fünfzig Jahre später wurden die Tonaufnahmen vom Frankfurter Fritz-Bauer-Institut aufbereitet und übers Internet frei zugänglich gemacht. Sie zählen seit 2017 zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Das Strafrecht, das im Prozess angewandt wurde, umfasste die Teile des Strafrechts der Tatzeit, die mit dem in der BRD gültigen übereinstimmten. Le-

„Sprachkampf“ von rechts

Olaf Argens, Schmitten/Hessen.

Vor drei Jahren veröffentlichte Henning Lobin, Direktor des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim, im Dudenverlag eine lesenswerte Analyse über die Sprachpolitik der Neuen Rechten, insbesondere der AfD.¹

Der Autor zeigt, dass es ihnen nicht um die Sprache als solche geht, sondern um das, was durch sie politisch ausgedrückt wird. Das Buch behandelt also nur am Rande wissenschaftlich linguistische Kontroversen. Im Zentrum stehen die aktuellen Diskurse – Lobin nennt sie Sprachkämpfe –, die sich mit Themen wie der Rechtschreibreform, Anglizismen, Deutsch im Grundgesetz und in der EU, politische Korrektheit und insbesondere gendergerechter Sprache und Schreibweise verbinden. Lobin legt dar, dass identitäre Sprachpolitik für die Neue Rechte einen wesentlichen Bestandteil kultureller Identitätspolitik ausmacht.

Sprachkämpfe existierten bereits lange bevor es die deutsche Nation überhaupt als Staatsgebilde gab. Kampagnen gegen Eindeutschungen, die für die Entwicklung der Sprache wichtig waren, hatten stets die Abgrenzung des Eigenen von den Nachbarn zum Ziel.

Umtriebiger Akteur in den aktuellen Auseinandersetzungen ist der 1997 gegründete Verein deutsche Sprache (VDS). Der einflussreiche Verein betreibt sprach-



Auf Initiative Bauers angebrachter Artikel 1 Satz 1 Grundgesetz am Gebäude der Frankfurter Staatsanwaltschaft.

Foto: Karsten Ratzke – Eigenes Werk.
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=49313610>

diglich Täter konnten danach verurteilt werden, denen sich eine Mordbeteiligung persönlich nachweisen ließ. Viele konnten deshalb nur als Mitläufer verurteilt werden. Von den 20 verbliebenen Angeklagten wurden 16 zu Zuchthausstrafen verurteilt: sechs lebenslang, die anderen zehn mit Haftzeiten zwischen drei Jahre, drei Monate und 14 Jahren. Der als extrem brutal bekannte SS-Mann Hans Stark erhielt eine Jugendstrafe von zehn Jahren Haft, da er erst 19 war, als er nach Auschwitz kam. Drei Angeklagte wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

politische Kampagnen, in letzter Zeit vor allem gegen eine geschlechtergerechte Sprache und eine angebliche Schreib-, Sprech- und Denkwirkung. Seine Versuche, die Meinungsbildung in den Parlamenten zu beeinflussen, verdeutlichen, welche überragende Rolle der Auseinandersetzung um die Sprache als Scharnierthema für Rechte und Konservative zukommt. Vor allem die AfD tritt immer wieder mit einschlägigen parlamentarischen Initiativen hervor, in denen es um die deutsche Sprache als angeblich prägendes Element deutscher Identität geht.

Lobin knüpft in seinem Fazit bei den Gebrüdern Grimm an, die dafür eintraten, dass sich die Sprache frei entwickeln sollte. Patriotische Sprachpflege lehnten sie ab. Bei der Wortwahl gilt dem Autor Respekt und Höflichkeit als Maßstab. Der geschlechtergerechten Sprache kommt dabei eine positive Symbolwirkung zu. Ein Umkehrschluss ist allerdings nicht zwingend. Für den Genderstern als Symbol geschlechtlicher Vielfalt gibt es bis jetzt keine sprachsystematische Ausdrucksform.

¹ Henning Lobin, Sprachkampf – wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert, 164 Seiten.

Bewegungen gegen die Faszisierung in den USA und die historischen Wurzeln der MAGA-Bewegung

Die amerikanische Historikerin Heather Cox Richardson lehrt am Boston College, am MIT und der University of Massachusetts Amherst mit Schwerpunkt „Amerikanischer Bürgerkrieg“ und „Abschaffung der Sklaverei“. Ihr täglicher Newsletter: „Letters from an American“ (Briefe einer Amerikanerin), zeichnet historische Linien der US-amerikanischen Tagespolitik nach. Wir können nur sehr selektiv und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit die Aufmerksamkeit auf die Geschehnisse in den USA lenken.

Abb.: No Kingsday-Aktion in Chico, Kalifornien, 14.6.2025. Quelle: Wikipedia: No Kings-Proteste. Foto: Frank Schulenburg, eigenes Werk. Eva Detscher, Karlsruhe, und Rosemarie Steffens, Langen (Hessen).



Das ist der Fall: Massenabschiebungen des Heimatministeriums. „Der großflächige Einsatz von Beamten der Einwanderungsbehörde Immigration and Customs Enforcement (ICE) wird „als das bislang umfangreichste Abschiebeprogramm in der Geschichte der Vereinigten Staaten“ beschrieben. ... Die Zahl der festgenommenen Personen ohne Vorstrafen steigt von Januar bis Juni von rund 860 auf über 7800. Ziel der Regierung: täglich bis zu 3000 Personen zu verhaften, insbesondere in Städten mit hoher Migrant:innenzahl wie Los Angeles, Houston, New York und Chicago.“¹

Die demokratische Antwort: Gegen die brutalen Aktionen der ICE-Behörde demonstrierten mehrtägig und USA-weit Menschen mit dem Slogan „Bring them back“. Trump setzte – gegen den Willen des kalifornischen Gouverneurs und der Bürgermeisterin von Los Angeles – Teile der Nationalgarde und der Marineinfanterie ein.² „Das harte Vorgehen der Regierung gegen Migranten hat die Opposition mobilisiert. Eine neue Quinnipiac-Umfrage zeigt, dass 64 % der registrierten Wähler einen Weg zur Legalisierung für undokumentierte Einwanderer unterstützen. Nur 31 % wollen, dass die meisten von ihnen abgeschoben werden. Dieser Prozentsatz hat sich seit Trumps Amtsantritt um 9 Punkte in Richtung Legalisierung verschoben. Auch in der Einwanderungsfrage befürworten 41 % seine Haltung, 57 % lehnen sie ab.“³

Das ist der Fall: Am 14.6. findet die Militärparade zum 250-jährigen Jubiläum des Heeres der Streitkräfte der Vereinigten Staaten statt.

So hat sich der Protest organisiert: USA-weit wurde die Parade als Macht-

demonstration und „diktatorische“ Inszenierung aufgefasst. In allen Bundesstaaten und anderen Ländern gingen vier bis sechs Millionen Menschen mit der Forderung: „No Kings!“ auf die Straße. Die Gruppe hinter den Demonstrationen, die 50501-Bewegung (50 Staaten, 50 Proteste, eine Bewegung), veranstaltet seit April Proteste gegen die Regierung. (4)

Das ist der Fall: Trump beschneidet mit einem Dekret die Rechte von knapp einer Million Bundesbeschäftigter. Bestehende Gewerkschaftsverträge werden aufgehoben, das Recht auf Tarifverhandlungen beseitigt und der Einzug von Mitgliedsbeiträgen verboten. Mark Dimondstein von der US-Postgewerkschaft: „Präsident Trump hat seine Absichten deutlich gemacht – er ist darauf aus, die Arbeiterbewegung zu zerstören.“

Dagegen steht: Seit dem Beginn von Trumps „Krieg gegen die Arbeiter“ verzeichnen manche Gewerkschaften einen lang nicht mehr dagewesenen starken Zulauf. Allein in der ersten Februarwoche traten 5575 Bundesbeschäftigte der Gewerkschaft AFGE bei. Gewerkschafter Townsend setzt seine Hoffnungen auf die neue Generation von Gewerkschaftern, die auch den Starbucks-Erfolg erkämpft hat: „Sie sind jung, weiß, schwarz, eingewandert, oft mit Hochschulabschluss. Wir haben ihnen viel zu verdanken.“⁵

Das ist der Fall: Angriffe seitens der Trump-Regierung auf Anwaltskanzleien und Anwälte sowie auf Richter von Bezirksgerichten und von Gerichten der Einzelstaaten.

Der Widerstand: Chris Geidner von LawDork⁶ stellt fest, dass „der Widerstand ... sehr real ist“. Er verweist auf

eine Klage der American Bar Association⁷ gegen Trump, die Trumps Vorgehen als „beispiellos und einzigartig gefährlich für die Rechtsstaatlichkeit“ bezeichnen. Viele Richter hielten die Verfassung aufrecht. Beispiel sei US-Bezirksrichter William Young von Massachusetts, der vom republikanischen Präsidenten Ronald Reagan ernannt wurde. In einer Anhörung bestand Young darauf, die Regierung „sowohl für Trumps Handlungen als auch für die Folgemaßnahmen derjenigen, die Trump zum Handeln ermächtigt hat“, zur Verantwortung zu ziehen. Young bezeichnete die Kürzungen der Forschungsgelder für die National Institutes of Health (NIH) für Forschungsprojekte zu Diversitätsthemen durch die Regierung ... als „illegal“ und „nichtig“ und ordnete die sofortige Wiederherstellung der Mittel an. „Ich zögere, diese Schlussfolgerung zu ziehen – aber ich habe die unerschütterliche Pflicht, sie zu ziehen –, dass dies eine rassistische Diskriminierung und eine der LGBTQ-Gemeinschaft in Amerika darstellt. Ich habe noch nie einen Fall gesehen, in dem Rassendiskriminierung so offensichtlich war“, sagte Young. „Ich sitze jetzt seit 40 Jahren auf dieser Bank. ... Sie gehen gegen Menschen anderer Hautfarbe vor, weil sie eine andere Hautfarbe haben. Die Verfassung lässt das nicht zu. ... Sind wir so tief gesunken? Haben wir kein Schamgefühl?“

Das ist der Fall: Trumps Dekret, die Geburtsrechtbürgerschaft (ius soli), in den USA abzuschaffen. Jeder, der in den USA geboren wird, mit wenigen Ausnahmen, hatte bisher nach dem 14. Zusatzartikel zur Verfassung die US-Staatsbürgerschaft. Kindern, deren Mütter bei der Geburt keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus hatten, soll sie nun verweigert werden.

Der Protest: Auf dem Klageweg protestierten 22 Bundesstaaten und einige Bürgerrechtsorganisationen. In diesem Zusammenhang feierte Trump die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, der damit die Befugnis von Bundesrichtern einschränkt, landesweite einstweilige Verfügungen gegen Anordnungen (Dekrete!) des Präsidenten zu erlassen. Ob dies auch für das ius soli gilt, wird der Oberste Gerichtshof im Oktober 2025 entscheiden.

H. Cox Richardson ordnet diesen antirassistischen Verfassungsartikel historisch ein: „Der 14. Zusatzartikel zur Verfassung, der das Geburtsrecht festschrieb, entstand aus einer ganz bestimmten Situ-

1 amerika21.de 2 Dieser Einsatz ist vor dem historischen Hintergrund der Schaffung nationaler Streitkräfte um so fragwürdiger. Die Historikerin Richardson erinnert an die Ursprünge und deren Sinn-Umkehr durch die Trump-Regierung. Im Folgenden kurz eine eigene Zusammenfassung, das Original zu lesen, lohnt! (evd.) Am 14.6.1774 lehnte der Kontinentalkongress die Aufstellung einer stehenden Armee noch ab, da er befürchtete, dass eine schlechte Regierung eine Armee gegen ihr Volk einsetzen könnte. Nachdem aber die britischen Streitkräfte am 19.4. das Feuer auf Kolonisten eröffnet hatten wurde am 10.5. die Gründung einer Kontinentalarmee beschlossen. Im September 1783 war der Krieg mit dem Vertrag von Paris beendet. <https://heathercoxrichardson.substack.com/p/june-13-2025> 3 Heather Cox Richardson (HCR) 25.6.25 4 Wikipedia 5 publik.Verdi.de 27.3.25 6 Netzwerk, das Gesetze und juristische Entscheidungen kommentiert. <https://www.lawdork.com> 7 (ABA) Vereinigung von Rechtsanwälten, Richtern und Jura-Studenten in den USA. <https://www.americanbar.org> 8 HCR 27.6.25 9 HCR 2.7.25 10 (H.C. Richardson: How the South Won the Civil War: Oligarchy, Democracy, and the Continuing Fight for the Soul of America“, 2020)

ation heraus und befasste sich mit einem konkreten Problem. Nach dem Ende des Bürgerkriegs 1865 verwehrten ehemalige Konföderierte im Süden der USA ihren schwarzen Nachbarn grundlegenden Rechte. Um dieses Problem zu beheben, verabschiedete der republikanische Kongress 1866 ein Bürgerrechtsgesetz, das festlegte: „Alle in den Vereinigten Staaten geborenen und keiner ausländischen Macht unterworfenen Personen, mit Ausnahme der Indianer, die nicht steuerpflichtig sind, werden hiermit zu Bürgern der Vereinigten Staaten erklärt; und diese Bürger jeder Rasse und Hautfarbe ... haben in jedem Staat und Territorium der Vereinigten Staaten die gleichen Rechte.“⁸

Das ist der Fall: Das Haushaltsgesetz Trumps sieht Steuersenkungen für die reichsten Amerikaner und Unternehmen sowie Kürzungen bei Medicaid (Gesundheitsfürsorge für Arme), dem Lebensmittelhilfeprogramm für Langzeit-Arbeitslose, Energiegutschriften und anderen Programmen vor, die der amerikanischen Bevölkerung zugutekommen, während gleichzeitig Mittel in die Einwanderungs- und Zollbehörden sowie in Haftanstalten für Migranten fließen.

So sieht der Widerstand aus: Während die demokratischen Abgeordneten geschlossen gegen die Maßnahme waren, überschütteten Menschen aus dem ganzen Land die Gesetzgeber mit Anrufen und Demonstrationen gegen den Gesetzentwurf, in der Hoffnung, die Republikaner umzustimmen. Im Büro des (republikanischen) Abgeordneten Brian Fitzpatrick hielten Hunderte seiner Wähler eine makabre Aktion ab: sie simulierten das Sterben („Die-In“), um zu demonstrieren, wie sich die Kürzungen im Gesundheitswesen in dem Gesetzentwurf auf sie auswirken würden.⁹

Historische Einordnung von H. Cox Richardson (freie Übersetzung): Amerika wurde auf widersprüchlichen Idealen gegründet, auf der einen Seite die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Chancengleichheit, auf der anderen Sklaverei und Hierarchie. Der Sieg im Amerikanischen Bürgerkrieg (1865) hätte diese Spannungen für immer beilegen sollen. Tiefverwurzelte rassistische Hierarchien lebten aber in der amerikanischen Politik und Kultur weiter. Diese Traditionen – Ablehnung der Demokratie, Festhalten an etabliertem Reichtum, Marginalisierung von Frauen und Menschen anderer Hautfarbe – haben in der modernen konservativen Politik eine Heimat gefunden und lassen das Versprechen Amerikas unerfüllt.¹⁰

(Anmerkungen siehe Seite 29 unten)

DOK Rechte Kräfte in der EU

Red. Michael Juretzek, Bremen

Le Pen scheitert vor EuGMR

FRANKREICH. Nachdem Le Pen aufgrund ihrer Verurteilung ihr Amt als Rätin im nordfranzösischen Pas-de-Calais verlor, wandte sie sich im Juli an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Da sie angesichts der vorläufigen Vollstreckung der Unwählbarkeit nicht bei vorgezogenen Wahlen kandidieren könne, würde ihr ein nicht wiedergutzumachender Schaden entstehen. Die Straßburger Richter wiesen ihren Antrag auf Aussetzung des Urteils einstimmig ab, da „keine unmittelbare Gefahr einer irreparablen Beeinträchtigung eines durch die Europäische Menschenrechtskonvention oder ihre Protokolle geschützten Rechts festgestellt werden kann“.

lto.de 10.7.25; euractiv.de 10.7.25

Rechtswidrige Verwendung von EU-Geldern?

BRUSSEL. In dem noch vertraulichen Bericht der Generaldirektion des Europäischen Parlaments wird die ehemalige Fraktion ID beschuldigt, Aufträge in Höhe von 4,33 Millionen Euro unter Umgehung der Ausschreibungsregeln der EU an fraktionsnahe Unternehmen vergeben zu haben. Dabei geht es um Spenden an Vereinigungen, die nichts mit der Tätigkeit als Fraktion oder den Aufgaben des EU-Parlaments zu tun haben. 1,4 Millionen Euro an Druckaufträgen ging an die Firma Unanime, deren „überlegene Kompetenzen“ laut Bericht darin bestehen, dass sie gar keine technischen Möglichkeiten zum Drucken hat und nicht an der Ausschreibung beteiligt hatte. 1,7 Millionen Euro für Newsletter und soziale Netzwerke gingen an die Kommunikationsagentur e-Politic „ohne dass die Absicht erkennbar war, aus den Angeboten auszuwählen“. Alle Begünstigten haben enge Verbindungen zu europäischen rechtsradikalen Netzwerken.

Quelle: www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2025/07/03/le-rn-et-ses-allies-menaces-par-une-nouvelle-affaire-de-detournements-financiers-auparlement-europeen_6617477_4355770.html

„Anti-Gandhi-Gesetz“ beschlossen

ITALIEN. Das von Meloni als „Stärkung des Schutzes der Bürger“ gefeierte Anfang Juni beschlossene Sicherheitsgesetz führt 14 neue Delikte ins Strafgesetzbuch ein und erhöht die Strafen bestehender Verbote. Straßenblockaden gelten jetzt als Straftat statt Ordnungswidrigkeit und werden zwischen 6 Monaten und 2 Jahren Gefängnis bestraft. Bei passivem Widerstand gegen Polizisten und Ordnungshüter drohen 1 bis 5 Jahre Haft. Auch Haus- und Wohnungsbesetzungen

werden jetzt als Straftat mit 2 bis 7 Jahren Freiheitsentzug eingestuft und ihre gewaltsame Beendigung erleichtert. Gefängnisstrafen für Schwangere und Mütter mit Kindern unter 3 Jahre wurden bisher ausgesetzt. Jetzt kann auf Richterbeschluss die Vollstreckung in besonderen Haftanstalten angeordnet werden. Nicht-EU-Bürger müssen beim Kauf einer SIM-Karte ein Personaldokument vorlegen. Beamten der öffentlichen Sicherheit wird erlaubt, auch außerhalb des Dienstes bestimmte Waffen zu tragen. Martina Corti vom europäischen Netzwerk Solidar: „Das Gesetz ist die größte Bedrohung für die Demokratie in der jüngeren Geschichte.“

faz.net 7.6.2025; monitor.civicus.org 10.3.2025

Die FINNEN verlieren Kommunalwahlen

FINNLAND. Mitte April wurden Regionalräte der 22 Regionen und Kommunalparlamente der 292 Gemeinden gewählt. Die Regionalräte sind verantwortlich für Krankenhäuser, Gesundheitsversorgung und Altenpflege, die Kommunen für Bildung, Stadtplanung und kommunale Dienstleistungen. Die rechtskonservative Regierungskoalition erhielt bei den Kommunalwahlen 38%. Die FINNEN, zweitstärkste Regierungspartei, fiel von 10,5% auf 7,6%. Ihr Wahlkampf gegen die „perverse“ Sexualaufklärung an Schulen war begleitet von Verurteilungen einiger ihrer Kandidaten wegen häuslicher Gewalt. Ihre Wählerschaft ist von Klinikschließungen und dem Abbau medizinischer Versorgung stark betroffen. Die oppositionelle Sozialdemokratie legte um 5,3% zu und wurde mit 23% erstmals seit 20 Jahren stärkste Partei. Die Linke kam mit +1,3% auf 9,3%. Regierungschef Orpos Nationale Sammlungspartei, Wahlsieger der letzten 6 Wahlen, landete mit 20% auf Platz 2.

Quelle: rosalux.eu/2025/the-collapse-of-finnish-right-wing-populism/

Fico will Nato verlassen

SLOWAKEI. Vor dem Gipfel in Den Haag im Juni verglich Regierungschef Fico die Nato mit einem Golfclub, das 5%-Ziel als „neuen Mitgliedsbeitrag“ und verkündete „wir verlassen die Nato“. Der Slowakei würde Neutralität sehr gut stehen. Staatspräsident und oberster Befehlshaber der Streitkräfte Pellegrini widersprach: „Unsere Neutralität würde uns viel mehr kosten als unsere Mitgliedschaft in der Nato.“ Die Slowakei ist seit 2004 Mitglied. Ihre Ostgrenze ist bisher öfter von Nato-Partnern gesichert worden, weil sie dazu nicht ausreichend ausgerüstet ist.

Quellen: newsORF.at 18.6.2025; deutschlandfunk.de 26.6.2025

Belgrader Erklärung des EGB: Für Tarifbindung, Steuergerechtigkeit, starke Bildung – gegen Deregulierung und Autoritarismus

Am 20./21. Mai trafen sich über 300 führende Vertreter der europäischen Gewerkschaften zur Halbzeitkonferenz des EGB in Belgrad. Alle vier Jahre, zuletzt 2023 in Berlin, tagt der EGB-Kongress als höchstes Entscheidungsgremium, legt seinen Arbeits- und Aktionsrahmen fest und wählt seine Führungsgremien. Nachdem jüngst Verhandlungen über ein Arbeitsprogramm der europäischen Sozialpartner gescheitert war, erklärte der EGB-Exekutivausschuss im März: „Nach Ansicht des EGB besteht die Gefahr, dass die EU den Weg der Deregulierung einschlägt, was die Arbeitnehmerrechte ernsthaft gefährden würden ... Die europäische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer schwierigen Phase, die eine neue Aktionsstrategie erfordert.“¹ Der Belgrader Kongress solle dazu genutzt werden.

Auszüge aus der beschlossenen Belgrader Erklärung²:

• **Aktuelle Lage** – „Die Herausforderungen, mit denen die arbeitende Bevölkerung und ihre Gewerkschaften in Europa konfrontiert sind, haben seit dem EGB-Kongress im Jahr 2023 zugenommen, darunter schlecht geführte Umstrukturierungsprozesse und die Gefahr des Verlusts von Arbeitsplätzen in Europa, die zunehmende Lebenshaltungskostenkrise, neue globale und geopolitische Herausforderungen, die von der US-Regierung verhängten zusätzlichen Zölle und ihre Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung, die Fortsetzung der russischen Aggression gegen die Ukraine, der Aufstieg der extremen Rechten, neue Angriffe auf Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte durch Arbeitgeber und Milliardäre, verstärkte Bestrebungen für Deregulierung und Sparmaßnahmen.“

• **Ziele und Prioritäten**: „Die arbeitende Bevölkerung und ihre Gewerkschaften bestehen darauf, dass unsere Zukunft, unser Wohlergehen und unsere Sicherheit in Europa von einer starken Demokratie, individuellen und kollektiven Rechten, Gleichheit, sozialem Fortschritt und sozialem Zusammenhalt sowie von wirtschaftlicher Sicherheit abhängen, die

hochwertige Arbeitsplätze, faire Löhne, Einkommen und Renten bietet, die in der Lage sind, ein erfülltes und glückliches Leben zu führen: eine gerechtere und gleichberechtigte Gesellschaft.“

• **Tarifbindung**: „Die Tarifverhandlungen müssen gestärkt werden, unter anderem durch die wirksame Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie und die umfassende Nutzung der nationalen Aktionspläne, um schrittweise eine Tarifbindung von 80 % zu erreichen, um die Arbeitnehmer besser zu schützen.“

• **Künftige Generationen**: „Wir müssen auch künftige Generationen schützen und ihnen Hoffnung geben, insbesondere indem wir die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels angehen und gleichzeitig hochwertige Arbeitsplätze schaffen, erschwinglichen und angemessenen Wohnraum für alle gewährleisten.“

• **Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht**: „Die jüngsten politischen Entwicklungen in Europa und auf der ganzen Welt warnen davor, dass Frieden, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ohne eine faire Wirtschaft, die Lohn- und Vermö-

Quellen: 1. <https://lcgb.lu/de/2025/03/11/comite-executif-de-la-confederation-europeenne-des-syndicats-ces-5/>; 2. <https://www.etuc.org/en/document/belgrade-declaration>; Übersetzung MSWord

gensgleichheit und Umverteilung schätzt und die Arbeitnehmern, Rentnern, Familien und Gemeinschaften einen guten Lebensstandard bietet, ohne ein stärker integriertes Europa, das die Rechtsstaatlichkeit schützt, und ohne ein starkes multilaterales System auf der Grundlage des Völkerrechts und der Menschenrechte unmöglich sind.“

• **Öffentliche Dienstleistungen, Steuern**: „Die EU-Fiskalvorschriften sollten unverzüglich ausgesetzt werden, um rasche Investitionen in diesen und anderen wichtigen Bereichen [Infrastruktur, Bildung, gerechter grüner Wandel, M.J.] zu ermöglichen, dauerhafte gemeinsame Investitionsinstrumente sollten entwickelt und ein gerechteres Steuersystem garantiert werden, einschließlich Finanztransaktionssteuern und Zufallssteuern.“

• **Deregulierung, „Omnibus I“**: „Das Narrativ der Arbeitgeber, die EU-Rechtsvorschriften als belastend darzustellen, ist reduktionistisch und stellt eine Bedrohung für das europäische Projekt dar. Dieses EU-Bashing untergräbt das Vertrauen in die Institutionen und nährt den Euroskeptizismus und die extreme Rechte ... Der sogenannte „Omnibus I“ stellt eine gefährliche Deregulierungsinitiative dar.“

• **Autoritarismus, Extreme Rechte**: „Angesichts der Bedrohungen durch die extreme Rechte und den Autoritarismus muss Europa seine Werte eines starken Sozialmodells, des Friedens, der Demokratie, des Wohlstands, der Gleichheit, der Einheit, des Zusammenhalts und der Inklusion bekräftigen und darf sich nicht aus ihnen herauspressen lassen. Dazu gehört auch die Verpflichtung, die Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten, unter anderem durch die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälles sowie von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz.“

Elendsbedingungen bei Landarbeit

EU-Delegation auf Einladung von EFFAT in Italien: Tausende Landarbeiter leben in Slums ohne fließend Wasser, während ihre Arbeitgeber EU-Subventionen erhalten. Europäische Landwirtschaftsgewerkschaft EFFAT hat eine Modellrichtlinie über Arbeitsvermittler und faire Arbeitsbedingungen entwickelt, die Lösungen zur Bekämpfung krimineller Arbeitsvermittlung bietet.

<https://www.blick.ch/ausland/sklavenaehnliche-arbeitsbedingungen-italienische-polizei-befreit-33-indische-landarbeiter-id19942926.html>

Foto: <https://effat.org/de/featured/eu-must-act-over-scandal-of-farm-workers-living-in-shacks/>



113. ILO-Arbeitskonferenz

(2. bis 13. Juni 2025)

Luxemburger Gewerkschaft berichtet, trotz „angespannter Diskussionen“: Übereinkommen zu menschenwürdiger Arbeit in der Plattformökonomie in Arbeit. – Verurteilung von Belarus wegen Sanktionen gegen Gewerkschafter und Verstoß gegen Koalitionsfreiheit. – Palästina wird als Nicht-Mitgliedstaat zu Tagungen eingeladen.

<https://lcb.lu/de/2025/06/19/conference-internationale-du-travail-2-13-juin-2025-communique/>
<https://www.ilo.org/de/internationale-arbeitskonferenz/113th-session-international-labour-conference/der-113-tagung-der-internationalen-arbeitskonferenz-vorgelegte-berichte>

Ein Jahrhundert später: Ein erneuter offener Brief gegen die Rückkehr des Faschismus

Am 1. Mai 1925, als Mussolini bereits an der Macht war, veröffentlichten eine Gruppe italienischer Intellektueller einen offenen Brief, in dem sie das faschistische Regime verurteilten. Die Unterzeichner – Wissenschaftler, Philosophen, Schriftsteller und Künstler – verteidigten die Grundpfeiler einer freien Gesellschaft: Rechtsstaatlichkeit, persönliche Freiheit und unabhängiges Denken, Kultur, Kunst und Wissenschaft. Ihr offener Widerstand gegen die brutale Durchsetzung der faschistischen Ideologie – unter erheblichem persönlichen Risiko – bewies, dass Widerstand nicht nur möglich, sondern notwendig war. Heute, hundert Jahre später, ist die Bedrohung durch den Faschismus zurückgekehrt – und wir müssen erneut den Mut aufbringen, ihr entgegenzutreten.

Der Faschismus entstand vor einem Jahrhundert in Italien und markierte den Beginn moderner Diktaturen. Innerhalb weniger Jahre breitete er sich in Europa und weltweit aus, unter verschiedenen Namen, aber mit ähnlichen Strukturen. Wo immer er an die Macht kam, untergrub er die Gewaltenteilung zugunsten autokratischer Herrschaft, unterdrückte die Opposition mit Gewalt, kontrollierte die Presse, verhinderte Fortschritte bei den Rechten der Frauen und zerschlug die Kämpfe der Arbeiter für wirtschaftliche Gerechtigkeit. Unweigerlich durchdrang und verzerrte er alle Institutionen, die wissenschaftlicher, akademischer und kultureller Arbeit gewidmet waren. Sein Todeskult verherrlichte imperialistische Aggression und genozidalen Rassismus und führte zum Zweiten Weltkrieg, zum Holocaust, zum Tod von Dutzenden Millionen Menschen und zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Gleichzeitig bot der Widerstand gegen den Faschismus und verwandte Ideologien einen fruchtbaren Boden für die Vorstellung alternativer Gesellschafts- und Weltordnungen. Die Nachkriegsordnung – mit der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den theoretischen Grundlagen der Europäischen Union und den juristischen Argumenten gegen den Kolonialismus – war weiterhin von tiefen Ungleichheiten geprägt. Doch sie stellte einen entscheidenden Versuch dar, eine internationale Rechtsordnung zu schaffen: das Streben nach globaler Demokratie und Frieden, basierend auf dem Schutz universeller Menschenrechte – nicht nur der bürgerlichen und politischen, sondern auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

Der Faschismus ist nie verschwunden, doch für eine Zeit wurde er eingedämmt. In den letzten zwei Jahrzehnten jedoch haben wir eine neue Welle rechtsextremer Bewegungen erlebt, die oft unverkennbar faschistische Züge tragen: Angriffe auf demokratische Normen und Institutionen, wiederbelebter Nationalismus mit rassistischer Rhetorik, autoritäre Impulse

und systematische Angriffe auf die Rechte derjenigen, die nicht in ein künstlich konstruiertes Bild traditioneller Autorität passen – begründet in religiöser, sexueller und geschlechtlicher Normativität. Diese Bewegungen sind weltweit wieder aufgetaucht – auch in lang etablierten Demokratien –, wo weit verbreitete Unzufriedenheit über das politische Versagen, wachsende Ungleichheiten und soziale Ausgrenzung erneut von neuen autoritären Führungsfiguren ausgenutzt wird. Getreu dem alten faschistischen Drehbuch untergraben diese Figuren unter dem Vorwand eines uneingeschränkten Volksmandats nationale und internationale Rechtsstaatlichkeit, greifen die Unabhängigkeit der Justiz, der Presse, von Kultureinrichtungen, Hochschulen und der Wissenschaft an; sie versuchen sogar, essenzielle Daten und wissenschaftliche Informationen zu vernichten. Sie erfinden „alternative Fakten“ und „innere Feinde“; sie instrumentalisieren Sicherheitsbedenken, um ihre Macht und die der ultrareichen Eliten zu festigen, und bieten im Gegenzug Privilegien für Loyalität.

Dieser Prozess beschleunigt sich, während abweichende Meinungen zunehmend durch willkürliche Inhaftierungen, Gewaltandrohungen, Abschiebungen und eine unerbittliche Kampagne der Desinformation und Propaganda unterdrückt werden – betrieben mit Unterstützung durch Medienmogule, sowohl in traditionellen als auch in sozialen Medien – manche bloß nachgiebig, andere bekennende Technofaschisten.

Demokratien sind nicht fehlerfrei: Sie sind anfällig für Desinformation und noch nicht ausreichend inklusiv. Doch sie bieten von Natur aus fruchtbaren Boden für intellektuellen und kulturellen Fortschritt – und damit stets das Potenzial zur Verbesserung. In demokratischen Gesellschaften können Menschenrechte und Freiheiten erweitert werden, Kunst gedeiht, wissenschaftliche Entdeckungen florieren und Wissen wächst. Sie gewähren die Freiheit, Ideen herauszufordern und Machtstrukturen in Frage zu stellen, Quelle: <https://stopreturnfascism.org/deutsch/> (besucht 5. 7.2025)

neue Theorien vorzuschlagen, auch wenn sie kulturell unbequem sind – was für den menschlichen Fortschritt unabdingbar ist. Demokratische Institutionen bieten den besten Rahmen zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeiten und die größte Hoffnung auf Erfüllung der Nachkriegsversprechen: das Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Teilhabe am kulturellen und wissenschaftlichen Leben sowie das kollektive Recht der Völker auf Entwicklung, Selbstbestimmung und Frieden. Ohne all das drohen der Menschheit Stillstand, wachsende Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Katastrophen – nicht zuletzt durch die existentielle Bedrohung der Klimakrise, die von der neuen faschistischen Welle gezeugt wird.

In unserer hypervernetzten Welt kann Demokratie nicht isoliert existieren. Wie nationale Demokratien starke Institutionen brauchen, ist auch die internationale Zusammenarbeit auf die wirksame Umsetzung demokratischer Prinzipien und auf Multilateralismus angewiesen, um die Beziehungen zwischen den Nationen zu regeln, sowie auf breit angelegte Beteiligungsprozesse, um eine gesunde Gesellschaft zu fördern. Rechtsstaatlichkeit muss über Grenzen hinweg gelten und sicherstellen, dass internationale Verträge, Menschenrechtskonventionen und Friedensabkommen eingehalten werden. Auch wenn die bestehende globale Ordnung und internationale Institutionen verbessert werden müssen, wäre ihr Abbau zugunsten einer Welt, die von roher Gewalt, transaktionaler Logik und militärischer Macht regiert wird, ein Rückfall in ein Zeitalter des Kolonialismus, des Leidens und der Zerstörung.

Wie im Jahr 1925 haben wir – Wissenschaftler, Philosophen, Schriftsteller, Künstler und Weltbürger – die Verantwortung, das Wiedererstarken des Faschismus in all seinen Formen anzuprangern und ihm Widerstand zu leisten. Wir rufen alle, die die Demokratie schätzen, zum Handeln auf:

- Verteidigt demokratische, kulturelle und Bildungseinrichtungen. Deckt Verstöße gegen demokratische Prinzipien und Menschenrechte auf. Verweigert voraus-eilenden Gehorsam.
- Schließt euch kollektiven Aktionen an, lokal und international. Boykottiert und streikt, wo immer möglich. Macht den Widerstand unüberhörbar und schwer unterdrückbar.
- Verteidigt Fakten und Beweise. Fördert kritisches Denken und engagiert euch auf dieser Basis in euren Gemeinschaften.

Dieser Kampf ist fortlaufend. Mögen unsere Stimmen, unsere Arbeit und unsere Prinzipien ein Bollwerk gegen den Autoritarismus sein. Möge diese Botschaft eine erneuerte Erklärung des Widerstands sein.